

J. can. P.

1213

p

Y. can. P. 1213^p

Frey

<36607798770019

<36607798770019

Bayer. Staatsbibliothek



9. cau. P. 1213 #68

Bemerkungen

zu der Schrift:

[von Georg L. K. Kopp]

I d e e n

zu der

Organisation

der

deutschen Kirche.

Ein Beitrag

zum

künftigen Konkordate.

(Frankfurt am Main, 1814.)

[Franz Andre. Frey.]

913

[Bamberg]

Germanien,

1815.

T/1491-158

Bayerische
Staatsbibliothek
MÜNCHEN

§. 1.

Allgemein und beinahe an Enthusiasmus grenzend war die Freude aller deutschen Patrioten, als durch die glücklich gekämpfte Völkerschlacht bei Leipzig im October 1813 dem Vaterlande die Morgenröthe seiner Befreiung erschien, und dasselbe mit der Hoffnung labte, die schmählichen Fesseln, die es seit anderthalb Dezennien getragen hatte, zertrümmert zu sehen. Seit dem so nachtheiligen Frieden von Lüneville verfloss für Deutschland eine traurige Periode. Der immer höher steigende Einfluss Frankreichs, der in eine fürchterliche Despotie ausartete, legte es ganz darauf an, unsere biedere Nation mit Schmach zu überhäufen. Die deutschen Fürsten, nach dem Mazarinischen Grundsatz: *Divide et impera*, behandelt, wurden durch fremdes Interesse irre geführt, immer geizend nach steigender Erweiterung ihrer Gewalt, ihrer Be-

sitzungen und Renten benahmen sie sich unter sich nicht nur wie Fremde, sondern beinahe wie Feinde, kein gemeinsamer Wille verband sie, kein gemeinsames Gefühl belebte sie, nur Mißgunst und Eifersucht leitete sie; daher hatten beinahe Alle das schreckliche Loos, an den Abgrund des Verderbens geführt zu werden. Mehrere und beinahe die reichsten deutschen Provinzen wurden von den verstellten Freunden erobert, von ihren alten Verbindungen gewaltsam abgerissen, ihrer Rechte und Freiheiten beraubt, in Ketten an den Triumphwagen des Siegers gelegt, um dann das Andenken an ihre alte Lage desto geschwinder zu unterdrücken, unter ganz fremde Rechte gestellt, und sogar ernstliche Versuche zur Unterdrückung der dieser Nation eigenthümlichen Sprache gemacht. Wie viel Gutes in dieser so traurigen Katastrophe gestört und zernichtet, wie viel Heterogenes und Bösesartiges dagegen eingeführt und geduldet werden mußte, wessen Feder mag es beschreiben? Mit niedergesenktem Blicke wendet sich der Patriot von diesem Bilde hinweg, und eine heiße Thräne entquillt seinem Auge. Kein Stand, keine Anstalt, keine Verfassung ist, die nicht diese Erschütterung tief em-

pfunden hätte. Patriotische deutsche Schriftsteller haben sich bisher mit rühmlichem Eifer beshäftiget, dieß Gräul der Verwüstung im Detail zu schildern. Dank ihren edlen Bemühungen! Der Segen des Himmels kröne sie!

§. 2.

Unter so vielen Anstalten, die tief in den Abgrund heruntergesunken sind, und beinahe am Rande ihrer Vernichtung stehen, ist auch die katholische Kirche. Ehemals so hehr und glänzend erscheinend hat sie Frankreich in dem Frieden zu Lüneville durch den Ausspruch der Säcularisation um ihre legale Existenz in ihrer Heimath gebracht, und ansteckend durch sein eigenes Beispiel der Verachtung und Willkühr Preis gegeben. Der deutsche Episcopat ist seines Glanzes beraubt, und nahe an seinem Untergange; die Domkapitel sind aufgelöst und zerstreut, die Klöster unterdrückt; viele der Lehranstalten dieser Kirche alterirt, eingezogen, oder doch unter heterogenen Einfluß gesetzt, ihr Kirchengut willkührlich behandelt, mit Administrations - Kosten über die Kräfte beladen, ihre Gerichtsbarkeit angesprochen und widersprochen, ihre Disziplin entnervt. Dieß ist das traurige Bild

dieser Kirche. Da sich noch mehrere Millionen deutscher Bürger zu dieser Kirche bekennen, da sie ihre Beruhigung in derselben finden, und einen gerechten Anspruch auf den Schutz ihrer Religion machen, so ist es gewiss in den gegenwärtigen Zeiten unter den Angelegenheiten der Nation keine unbedeutende — auch auf die katholische Kirche einen Blick zu werfen, und ihr Schicksal zu beachten. Wenn dieß weniger, als es vielleicht vor einem Jahrhunderte noch der Fall gewesen wäre, dermalen ist, so ist die Ursache in den Zeichen der Zeit zu suchen. Ein gewisser, zwar aller positiven Religion, doch vorzüglich dem Katholicismus nachtheiliger Philosophismus hat nicht nur Gleichgültigkeit gegen diese Kirche erzeugt, sondern hat sich durch einen unseligen Verfolgungsgeist, und durch wahrhaft vandalische Ausbrüche charakterisirt. Doch diese Kirche ist nicht ganz ohne Theilnahme geblieben. Einige edle Patrioten haben ihre Stimme laut erhoben, und, indem sie das traurige Loos dieser Kirche schilderten, die Gerechtigkeit und Großmuth deutscher Fürsten, die Redlichkeit und den Biedersinn der deutschen Völker laut aufgefodert, gegen ihre katholischen Mitbürger und

ihre Religionsanstalten gerecht zu seyn, ihnen jenen Grad religiöser und bürgerlicher Freiheit zu versichern, den sie wie andere Konfessionen fordern können, und das in den §§. 34 und 35 des jüngsten Deputationsschlusses vom 25ten Febr. 1803 so feierlich gegebene Wort zu realisiren. Der Hr. V. der am Titel angezeigten Schrift gehört unter die Reihe *)

- *) Die Schriften, die in Deutschland über diesen Gegenstand erschienen sind, sind folgende: Gutachtlicher Entwurf einer gesetzlichen Bestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Ein Beitrag zu dem bevorstehenden Kirchenkonkordate. v. I. B. St 1807. — Planks Betrachtungen über die neuesten Veränderungen in dem Zustande der k. Kirche, besonders über die Konkordate zwischen protestantischen Souverains und dem römischen Stuhle 1808. — Von dem Frieden der Kirche in den Staaten der rheinischen Konföderation (vom Fürstprimas Karl v. Dallberg) 1811. — Erläuternde Bemerkungen zu dieser Schrift. Bamberg und Würzburg, 1811. — An die Souveraine der rheinischen Konföderation. Ueber das Recht ihren Staaten eigene Landesbischöfe, und eine eigene Diöcesan-Einrichtung nach Gutfinden zu geben. Ein patriotisches Wort zu seiner Zeit, von Dr. H. einem katholischen geistlichen Kanonisten. Karlsruhe, 1811. — An die Souveraine der rheinischen Konföde-

der Freunde der kathol. Kirche in Deutschland, und das angezeigte Werkchen ist darauf berechnet, die katholische Kirche aus dem Schutte, in dem sie liegt, hervorzuziehen, ihre Autonomie herzustellen, und ihr die Mittel zu verschaffen, ihren Flor zu befördern. Jede solche Arbeit ist immer mit vielen Schwierigkeiten verknüpft, mit eigenen in Bezug auf Deutschland. Bekanntlich haben sich schon im Allgemeinen die Gesinnungen sehr getheilt. Es mag Freunde der katholischen Kirche geben, die die alte Kirchenverfassung mit allen ihren Attributen wieder hergestellt wünschten. Nach gemachter Erfahrung einer Conversion der Dinge möchte Manchem das alte Sprichwort behagen: Unter dem Krumstab ist gut leben. Allein ihre Zahl dürfte doch dormalen die geringere seyn; ihr guter Wille kaum ausführbar. In einer Periode von

ration. Ueber das denselben zugesprochene Recht ihren Staaten eigene Landesbischöfe, und eine Diöcesan-Einrichtung nach Gutfinden zu geben. Ein abgedrungenes Wort zu seiner Zeit, von Dr. Fr. einen k. Kanonisten. Bamberg u. Würzburg, 1813. — Ideen zur Organisation der deutschen Kirche. Ein Beitrag zum künftigen Konkordate. Frankfurt am Main, 1814.

einem Dezennium hat sich Alles in dieser Kirche so zerstörend geändert. Die vorherigen Institute derselben, die dem Wohle der Religion und der Menschheit frommten, sind beinahe so verschwunden, daß kaum eine Spur davon aufzufinden ist. Es würde daher der Hauptzweck, welcher nur eine neue Organisation dieser Kirche seyn kann, aus dem Gesichtspunkte weit hinweggerückt, und die Erreichung desselben mit neuen Schwierigkeiten umgeben werden, wenn man nach dem Wunsche dieser Freunde der Kirche auf der Herstellung der alten Verfassung bestehen wollte. Klugheit erfordert daher, sich den Zeitumständen anzubequemen. Eine andere Klasse der Menschen geht bei diesem Geschäfte von einem ganz feindseligen Gesichtspunkte aus. Die katholische Hierarchie ist ihr der größte Stein des Anstosses. Diese Klasse theilt sich wieder in zwei Partheien ab. Eine verfolgt die Grundsätze des Territorialsystems, sieht auch die katholische Kirche schlechterdings als dem Staate subordinirt an, und läßt diesem in allen Kirchen-Einrichtungen den Vorzug. Die andere amalgamirt sogar Kirche und Staat, und legt der Staatsgewalt ausschliessend die Befugniß bei, den vollendeten Zweck der

Menschheit in physischer und moralischer Rücksicht zu realisiren. *) Natürlich wird bei dieser Ansicht die Organisation der katholischen Kirche bloß von dem Staate, nicht von ihr selbst ausgehen, und was ihr immer zugedacht werden mag, nicht als ein Recht der Kirchengewalt, sondern als eine Gnaden-Verleihung des Staates betrachtet werden. Zwischen diesen beiden Partheien steht die dritte in der Mitte, die das *sum cuique* in ihrem Paniere führt, die eben so gerecht gegen die Kirche, als gegen den Staat seyn will. Sie erkennt die Autonomie der Kirche an, spricht ihr die hierarchische Form als wesentlich zu, und läßt ihr daher das Recht, ihre innere Organisation zu beginnen und zu vollenden, unbestritten. Jedoch beobachtet sie sorgfältig die Grenze, mißkennt nicht, daß die Kirche im Staate existirt, und räumt daher dem Staate seine Rechte über die äußeren Verhältnisse der Kirche ein. Zu dieser dritten Parthei gehört der H. V. der Ideen. Aus dem Standpunkte der Gerechtigkeit und Mäßigung will er daher seine Vorschläge betrachtet

*) Stephani absolute Einheit der Kirche und des Staats, Würzburg, 1804.

wissen. Wie der H. V. sein Thema ausgeführt, sich dem wahren und reinen Zwecke genähert, oder sich davon entfernt habe, werden diese Bemerkungen zeigen.

§. 3.

Der H. V. beginnt mit den ganz richtigen Satze, daß die Herstellung einer gesetzlichen Ordnung in der Kirche auf einer förmlichen Grenzberichtigung zwischen dem Staate und der Kirche beruhe. Die Gewalten, die diese vorzunehmen haben, sind Staat und Kirche. Nie wird man zum Ziele und zur Eintracht kommen, wenn man diesen Hauptgrundsatz übersieht, oder verwirft. So richtig er zwar in thesi zu seyn scheint, und so einfach er sich dem unbefangenen Verstande darstellt, so ist er doch in den alten und neuen Zeiten oft übersehen worden. Gregor VII., Innocenz III. und Bonifaz VIII. trieben die Befugnisse der Kirchengewalt zu hoch, und mißkannten die Rechte des Staats. Gerade die Kehrseite nehmen die Neueren, und, indem sie die Rechte der Kirchengewalt ganz verkannten, wollten sie diese der Staatsgewalt unbedingt unterwerfen. Wenn man die Papocaesarie übertrieben fand, so muß man die

Caesaropapie auch also finden. Jede Uebertreibung und Ungerechtigkeit rächet die Zeit, und stürzt die Meinungen und Anmassungen, wie die Idole der Einbildung und Phantasie. Nur das reine Gepräg der Wahrheit erhält sich. Der Mensch hat seiner Grundanlage nach eine doppelte Bestimmung, eine physische als sinnliches, und eine moralische als geistiges Wesen. Seine Grundelemente erscheinen im Widerspruche, er sucht sie durch seine Vernunft und äufßere Anstalten zu vereinigen. Die Vernunft empfiehlt ihm zur Erreichung seines physischen Wohls die Staats - und zur Erreichung seines sittlichen - die Kirchenanstalt. Wird ihm seine Freiheit in einem oder dem andern beschränkt, so tritt bei ihm Unbehaglichkeit, Mißvergnügen, Unruhe und ein Streben nach Freiheit ein, das sich manchmal in Kraftäusserungen darlegt, die mit unangenehmen Folgen begleitet sind. Nie sollte daher der Staat, nie die Kirche diese Grundsätze verkennen. Nie sollten sich die Repräsentanten der einen oder der andern Gesellschaft verleiten lassen, sich von diesem Gesichtspunkte zu entfernen. Die Vorsehung, die so wunderbar dem Laufe der Dinge eine Wendung gegeben hat, regiere die Herzen

der deutschen Fürsten und der Vorsteher der Kirche, daß sie beide nicht nur diesen Grundsatz theoretisch einsehen, sondern praktisch befolgen möchten.

§. 4.

Zur Herstellung des Friedens in der katholischen Kirche erscheinen demnach zwei Paciscenten, zwischen welchen eine billige Ausgleichung eingeleitet werden soll — der Staat und die Kirche. Der Staat: Nach der erschienenen Constitutionsakte bildet Deutschland in der Folge einen Bundesstaat unter dem Vorstande des Kaisers von Oesterreich. Die in dieser Akte benannten Fürsten bleiben Souveraine in ihren Staaten, erkennen aber über sich ein Bundesgericht an. Wichtige Angelegenheiten des deutschen Bundes — worunter unstreitig die Religionsangelegenheiten der drei christlichen Konfessionen gehören — sollen gemeinschaftlich berathen und bestimmt werden. Es kann demnach die Organisation der katholischen Kirche in Deutschland auch als eine allgemeine Angelegenheit der verbundenen Staaten betrachtet werden. So wie ehemals der Kaiser im gemeinsamen Namen für das Reich 1446 das Konkordat der deutschen Kirche mit

Eugen IV. zu Rom abhandelte, und auch den Nachtrag zu Aschaffenburg oder Wien im nächsten Jahre abschloß, so kann auch jetzt eine Verhandlung mit dem ganzen Bunde für alle Mitglieder desselben, welche katholische Unterthanen haben, eintreten. Und wie der H. V. der Ideen selbst bemerkt, so wäre sehr zu wünschen, daß das ganze deutsche Kirchengebäude nur eine und die nämliche Form erhalten möchte. Diesen patriotischen Wunsch unterstütze ich nebst den vom Hrn. V. angegebenen Gründen noch mit folgenden. Erstens: Die Katholiken machen einmal, zwar nicht als Stände und Bundesglieder doch als Genossen, wo nicht den größten, doch einen gleichen Theil mit den zwei anderen Religions-Konfessionen aus. Es ist daher ihr religiöser Zustand eben so wie ihr bürgerlicher zu beachten und sicher zu stellen. Zweitens: Einigkeit, Zufriedenheit, und, was ihr Schooskind ist, Patriotismus dürfte nun in Deutschland einheimisch werden, wenn nicht die Kirchen-Angelegenheiten der Katholiken von Reichs oder Bundes wegen festgesetzt werden. Die Vorsehung hat es gewollt, daß die Katholiken nun größtentheils unter protestantischen Regenten stehen. Werden nicht allge-

meine Normen, die ihre Kirchen - Verfassung bestimmen, festgesetzt, so wird immer der Geist des protestantischen Kirchenrechts, der dem katholischen entgegengesetzt ist, auf die subjektiven Gesinnungen der Regenten und ihrer Ministerien einen solchen Einfluß in Bezug auf das katholische Kirchenwesen gewinnen und äußern, welcher bei den Katholiken Beunruhigung erzeugen, und eine immer fließende Quelle zu Beschwerden werden muß. Wer seit der Säcularisations - Periode Gelegenheit gehabt hat, das Benehmen der protestantischen Ministerien gegen die Katholiken ins Aug zu fassen, und überhaupt den Geist des neueren Protestantismus, der sich, wo er kann, sehr wenig tolerant beweist, zu beobachten, der wird sich von der Nothwendigkeit einer solchen Maßregel leicht überzeugen. Die in Schriften zwar so hoch gepriesene Toleranz der Protestanten hat sich nichts weniger als praktisch an Tag gelegt. Dermalen wäre das Corpus der Religionsbeschwerden von Seite der Katholiken weit voluminöser, als das alte der Protestanten ist. Es dringt sich daher jedem Patrioten gewiß der Wunsch auf, der Willkühr durch allgemeine Bestimmungen einen Damm entgegen

gesetzt zu sehen. Ein solcher Wunsch mag drittens von Seite der Katholiken um so billiger seyn, als ihre Lage in Deutschland dormalen die nämliche ist, wie vor Zeiten jene der Protestanten war. Wenn diese ehemals sich alle Mühe gegeben haben, ihrer Religion und Kirche eine gesetzliche Freiheit zu schaffen; wenn der westphälische Friede aussprechen mußte: *sit mutua et perfecta aequalitas inter S. R. I. principes etc., quod uni parti justum est, et alteri videatur*; wenn der *dies et annus normalis*, die *paritas religionis* bei Reichsdeputationen, die bekannte *Itio in partes* die Religions- und politische Freiheit der Protestanten gegen die Katholiken sichern mußten; warum sollten nicht die Katholiken, da das Uebergewicht in Deutschland auf Seite der Protestanten ist, gleiche Garantie, und zwar von Seite des ganzen Bundes fordern können? Immerhin wird sich daher der Wunsch rechtfertigen, die Väter des Vaterlandes möchten das Loos der katholischen Kirche nicht den Verfügungen einzelner Regierungen überlassen, sondern durch legale allgemeine Vorschriften dasselbe bestimmen.

§. 5.

Sollte aber dieser Wunsch nicht erfüllt werden, so bleibt freilich kein anderer Ausweg übrig, als mit jedem einzelnen Souveraine über das Verhältniß der katholischen Kirche in seinen Staaten zu unterhandeln. In diesem Falle wird es sehr begreiflich werden, daß das Verhältniß dieser Kirche zu den verschiedenen Staaten im Zufälligen — im Wesentlichen leidet die Form des Katholicismus keine Veränderung — sehr verschieden ausfallen dürfte. In einem Staate dürften der katholischen Kirche Privilegien bewilligt werden, und sie dürfte mit ihren glänzendsten Attributen ausgeschmückt dastehen, da sie in den anderen unter dem eiser-
nen Arm der Polizei gehalten, einer dürftigen Matrone gleichen würde, die sich aus Armuth kaum hervorzutreten wagt. Der Wechsel der Regierungen, die Gesinnungen der Ministerien, die Stimmung des Volkes, die Kämpfe der Leidenschaften, da nie eine Parthei in den Schranken der Mäßigung bleibt, würden in jedem Dezenium den Religionszustand alteriren. Das Wogen der Partheien, die Uneinigkeit der verschiedenen Konfessionisten, ihr Mißtrauen würden den Frieden aus den Staa-

ten entfernen, und das Wohl derselben untergraben. Jedem Souveraine muß es daher selbst erwünschlich seyn, eher allgemeinen als besonderen Bestimmungen zu folgen. Wenn aber der H. V. der Ideen diesen zweiten Weg aus dem Grunde nicht zu betreten wünscht, weil alsdann Rom den Grundsatz: *Divide et impera*, aufstellen und geltend machen dürfte, und daher den Souverainen vorschlägt, im Gefühle dieser Ansicht nicht anders als gemeinschaftlich mit den deutschen Kirchenbehörden zu unterhandeln, und keine Verträge von Seite der Regierungen ohne Beiziehung und Einstimmung der Bischöfe mit dem römischen Stuhle einzugehen; so gefällt mir dieser Vorschlag nicht. Er ist gegen den römischen Stuhl unbillig, und gegen die Souveraine zu beschränkend. Gegen den römischen Stuhl liegt hierin wieder der Saame zur neuen Zwietracht. Das Oberhaupt der Kirche hat es gewiß verdient, daß man ihm die höchste Achtung erweise, und das größte Zutrauen schenke. Dieses allein hat bei den Stürmen der Zeit einen unerschütterlichen Muth entwickelt, und den Rechten der Kirche nichts vergeben. Sind wohl die deutschen Bischöfe im Stande gewesen, das Un-

gewitter zu beschwichtigen? Welches Ansehen haben sie dermalen noch in dieser kritischen Periode? Können sie bei der Behandlung, die sie bisher erfahren haben, darauf rechnen, daß sie Kräfte genug haben werden, die überall so niedergedrückte Kirche zu erheben, zu retten? Wer mag es aber auch anderer Seits einem Souveraine verdenken, wenn er sich unmittelbar mit Rom einläßt? *Via recta brevissima.* Der deutsche Episcopat ist bis auf wenige Individuen, die noch dazu sehr von der Bürde des Alters gedrückt werden, zusammengeschmolzen. Die Vicariate sind zum Theil Amphibien. Was mit den Bischöfen und den Ordinariaten abgehandelt werden möchte, braucht doch die Bestätigung des Papstes; zu welchem Zwecke also die Umschweife? Warum will man dem Souveraine rathen, aus einer Negotiation zwei zu machen? Rom hat das wahre Interesse der Kirche noch nie vergessen. Es ist nur Selbstsucht, wenn die Bischöfe, vorzüglich dermalen, dagegen klagen.

§. 6.

Der andere Paciscent in diesen Unterhandlungen ist die Kirche. Unter derselben ver-

steht der H. V. der Ideen die legalen Repräsentanten derselben, d. i. den Papst als das Oberhaupt der Kirche, die Erz- und Bischöfe als Organe ihrer Particularkirchen. Die Stimme des Oberhauptes der Kirche ist bei Regulirung wichtiger Kirchen - Angelegenheiten immer, vorzüglich im Occidente als nothwendig angesehen worden. Auch die strengsten Kanonisten rechnen schon die Errichtung der Diöcesen, noch mehr aber die ganz neue Organisation einer Nationalkirche unter die *causas majores*. Wenn daher die deutsche Kirche eine kanonische Institution erhalten soll; so kann dies nicht ohne Mitwirkung und Einstimmung des päpstlichen Stuhles geschehen. Die zweiten Repräsentanten der Kirche wären die Erzbischöfe. Ehemals zählte das eigentliche Deutschland deren vier, dermalen lebt noch der einzige Fürstprimas, dem sein Antheil an einer solchen Negotiation, wenn ein allgemeines Konkordat errichtet werden sollte, nicht bestritten werden wird. Bei den Bischöfen hat die Sache grössere Schwierigkeit. Nur noch 6 Bischöfe leben in Deutschland, 7 oder wie man die Berechnung anstellt, 8 Bisthümer sind verwaist; die Grenzen derselben durch die schnellen und

häufigen Territorial - Veränderungen unberichtigt und verwirrt. Der Episcopat hat also keine volle Repräsentation mehr. Zwar sollten nach den Bestimmungen des Kirchenrechts die Domkapitel die verwaisten Sitze surrogiren. Allein, wie auch der H. V. ganz wohl erinnert, die weltlichen Regierungen sprechen diese Körperschaften als aufgelöst an, sie selbst geriren sich in dieser Eigenschaft nicht mehr, und sind durch Austritt und Tod auf eine unbedeutende Zahl von Individuen zusammengeschmolzen. Nichts bliebe also auf Seite der Episcopate übrig, als die General - Vicariate beizurufen, und durch sie den Episcopat vertreten zu lassen. Zwar fürchtete der H. V. von ihrer wechselseitigen Eifersucht, doch schöpft er die Hoffnung, die Wichtigkeit der Sache und des Moments möge diese verbannen.

§. 7.

Allein auch diesen letzten Vorschlag halte ich kaum ausführbar. Die Rechte der Domkapitel können auf die Vicariate nicht übergehen; hiezu fehlt es an einer legalen Bestimmung. Denselben ist nur vom Papste die geistliche Gerichtsbarkeit und Administration

der Diöces delegirt: sie machen also im Grunde nur eine Person mit dem Papste aus,*) und nimmt der Papst diese Autorisation zurück, so hört ihre Existenz auf. Ist daher, wie es scheint, die deutsche katholische Kirche nicht hinlänglich repräsentirt, so bleiben durchaus nur zwei Wege übrig, wie man zum Ziele gelangen kann. Entweder die Souveraine, gleichviel als Bundesgenossen oder als Einzeln, unterhandeln mit dem römischen Stuhle unmittelbar, oder die Souveraine von Deutschland stellen zuerst die Diöcesen her, sorgen für die Aufstellung neuer Bischöfe und ihre Bestätigung, und treten dann vereinigt mit diesen mit dem römischen Stuhle das Geschäft der Organisation der deutschen Kirchen an. Der erstere Weg, als der einfachste dürfte sich wohl den Souverainen am meisten empfehlen; dadurch, und wenn die Sache mit dem

*) Der erlauchte Fürstprimas hat zwar nach dem Tode des Herrn Fürstbischofs von Augsburg dem Weihbischofe allda, Bischöfe von Tempe, die Administration des Theils dieser Diöces, der in die Württembergischen Staaten sich erstreckt, zur Diöcesan-Administration übertragen. Allein man darf fragen: Mit welchem Rechte? Es sey denn, er habe sich nach dem Trident. Kirchenrathe als *proximum Ordinarium* betrachtet.

Oberhäupte der Kirche in das Reine gebracht ist, beseitigen sich manche Schwierigkeiten, die von dieser Seite erhoben werden könnten; jedes solche Arrangement gewinnt auch bei der Mehrheit der Katholiken zuverlässig ein größeres Ansehen, und sichert dem Staate und der Kirche eine größere Beruhigung zu. Von diesem Gesichtspunkte ist man auch bei der Wiederherstellung der Religion und Organisation der neuen französischen Kirche im J. 1801 ausgegangen. Das Konsulat und der Papst legten ohne Zuziehung der französischen Kirchenprälaten den Grund. Im zweiten Falle, den der H. V. vorschlägt, drängen sich auf allen Seiten Schwierigkeiten bei. Wird wohl der Papst die vorgeschlagenen Bischöfe bestätigen, ohne daß gewisse Forderungen Seiner Seits Genüge geleistet sey? Werden diese nicht schon den ganzen Gegenstand entschöpfen, und wird wohl noch etwas Bedeuten- des zu verhandeln übrig bleiben? Ist diese zweite Art zu unterhandeln einfacher, als die erstere? Schon der H. V. der Ideen fürchtet, die Ordinariate dürften nicht einig seyn, würden es die Bischöfe seyn? Was wäre denn zu erwarten? wen würde das *divide et impera* treffen? Lauter Punkte, die hoch zu berück-

sichtigen sind, wenn man die Sache nicht gleich im Anfange verderben will. Es ist daher sehr wohl zu überlegen, wie auf Seite der Kirche der Weg der Unterhandlungen angegangen werden soll. Hier scheint wohl keiner rathsamer zu seyn, als die Vereinigung der Vorstände der deutsch-katholischen Kirche mit ihrem geistlichen Oberhaupte. Es verschwinde zwischen beiden alles Mißtrauen und kleinliche Eifersucht. Es gilt die Existenz und das Wohl der Kirche. Mit gemeinsamen Kräften und vereinigttem Streben versammeln sich Alle unter einem Paniere. Das Oberhaupt der Kirche berathe sich vorzüglich mit den noch lebenden Bischöfen und den Ordinariaten in Deutschland. Diese haben die Stürme der Zeit erstanden, sie sind vertraut mit der wahren Lage ihrer Kirche, sie kennen die Wunden derselben, und wissen auch die wahren Heilmittel vorzuschlagen. Sie werden das Oberhaupt der Kirche in den Stand setzen, an die Regierungen billige Anträge machen zu können. Auch sie werden dabei eine gewünschte Gelegenheit haben, ihren Patriotismus gegen den Staat und die Regierungen selbst bethätigen zu können; dagegen wird auch dies Oberhaupt die

Bischöfe und Ordinariate nicht nur schätzen, sondern ihre Rechte vertheidigen und ihr Ansehen unterstützen. Einigkeit ist der Centralpunkt der katholischen Kirche. Nur unter dieser Aegyde gedeihet sie.

§. 8.

Auf die Erörterung der Frage: Wer sind die Kontrahenten? läßt nun der H. V. der Ideen die andere folgen, was der eigentliche Stoff der Unterhandlung seyn müsse. Nach seinen Ansichten ist er: I. a) das erschütterte Verhältniß der Kirche zum Staate auf eine Art herzustellen, daß die Ausübung der Kirchenrechte mit dem Staatswohle in Harmonie gesetzt, b) insbesondere, daß den verlornen Kirchengütern eine angemessene Dotation unterlegt werde, womit die erforderliche Zahl der Erz- und Bischöfe mit den nöthigen Diöcesan-Anstalten vollständig und reel fundirt werden könne. II. Die Zeichnung einer richtigen Grenzlinie und die Ausscheidung der päpstlichen Rechte, dann der dem Papste sonst zu belassenden kirchlichen Einwirkung — und der bischöflichen Amtsgewalt nach den Grundsätzen des ursprünglichen Kirchenrechts.

Dem Hrn. V. der Ideen scheint die Lösung dieser Aufgabe eben nicht schwer zu seyn, wenn man *sine ira et odio* zu Werke geht. Er räth daher der Kirche an, sie möge nie vergessen, daß ihr Gebäude im Staate zusammengefügt sey, und nur unter dem Schutze und Einflusse des Staates gedeihe; daß die Kirche allen Staaten und allen Zeiten angehöre, und daher nie versuchen soll, ein politischer Staat im Staate zu werden; daß sie das kostbare Moment der Unterhandlungen nicht versäumen, das wahre Interesse der Kirche nicht wegen kleinlicher Rücksichten verkennen, und über Festhalten unhaltbarer Grundsätze oder veralteter Formen dem Zeitgeiste nicht widerstreben soll. Er glaubt, die Kirche habe um so mehr auf diese Bemerkungen Rücksicht zu machen, als der Zeitgeist, das vorhergegangene französische Konkordat, die Meinungen der Gelehrten für die Rechte des Staats entschieden, der geistlichen Gewalt ihre Grenzen angewiesen hätten, jede Zögerung aber, und jeder Widerspruch gefährlich und dem wahren Wohle der Kirche nachtheilig seyn würde.

§. 9.

Kaum hätte ich von dem H. V. eine solche Sprache erwartet! Nicht von Konvenienzen, nicht von einer Politik, sondern nur vom Rechte kann die Rede seyn: *Date Caesari, quae sunt Caesaris, et Deo, quae sunt Dei.* Die Erörterung der Frage, in welchem Verhältnisse Staat und Kirche stehe, zu deren Lösung von der Theokratie der Juden an herab bis auf den Theophilantropinismus so viele Versuche gemacht worden sind, die alle noch kein gediegenes Resultat herbei geführt haben, kann nicht als beantwortet und entschieden dadurch angesehen werden, daß man die Kirche, weil sie im Staate existirt, dem Staate unterwirft. Bei der Kirche entsteht doch immer die Frage: Kann sie wohl Gewissens halber diese Grundsätze annehmen? Wenn die Kirche nach der Versicherung des H. V. allen Staaten und Keinem angehört, so kann der Grund nur darin liegen, daß sie ihrer wesentlichen Verfassung nach nichts mit dem Staate gemein hat; dann haben auch die Staaten nichts mit der Kirche gemein, und die Existenz der Kirche im Staate gibt kein anderes, als das Recht der Aufsicht. Mit welchem Grunde will daher ein

Vorzugsrecht, das dem Staate vor der Kirche zustehen soll, behauptet werden? Der H. V. findet diesen in dem Zeitgeiste, in dem Vorgange mit dem französischen Konkordate und in den Meinungen der Gelehrten. Allein der Zeitgeist war ehemals anderst, und kann sich wieder anderst gestalten; das französische Konkordat war *tabula de naufragio*, und beruhte auf keinen rechtlichen Grundsätzen. Die Meinungen der Gelehrten sind wie die Wetterhahne auf den Thürmen, und drehen sich nach jedem Winde; sie können kein größeres Gewicht haben, als die Gründe, auf welchen sie beruhen, die aber sehr widersprochen sind. Es ist auffallendes Phänomen in der Geschichte der Menschheit, daß auch die Ansichten ihre Periode haben. Eben die Gründe und keine stärkere, die Bellarmin zuletzt noch für die Superiorität der Kirche über den Staat aufstellte, sind von dem neueren Philosophismus für die Supriorität des Staats über die Kirche nur gewendet worden. Bei diesen Ansichten und Betrachtungen kann also der Rath, den der H. V. der Kirche gibt, nicht durchaus als annehmbar erscheinen; er unterliegt selbst dogmatischen Bedenklichkeiten. Kein gerechterer und billigerer Ausweg ist

offen, als daß sich Staat und Kirche nach dem schon in der alten deutschen Wahlkapitulation Art. XIV. vorgezeichneten Wege *per amicabilem compositionem* benehmen, und die obwaltenden Anstände heben. Daß die Kirche hiebei, in so weit es Gewissenshalber geschehen kann, dem Staate nachgeben und die Hände zur Herstellung der Eintracht, Erhaltung des Friedens willig biethen soll, fodert das Interesse der Kirche, erheischt die Klugheit. Jede andere Nachgiebigkeit wäre eine theologische, die nicht Statt haben kann.

§. 10.

Aber so wie die Kirche, so erinnert der H. V. auch den Staat bei diesem Geschäfte zu bedenken, daß die weise Theilnahme der obersten Staatsgewalt an dem Gange der Kirchen-Angelegenheiten mehr negativer als positiver Art, mehr verhütend als anordnend seyn müsse, und daß jede Unduldsamkeit das öffentliche Vertrauen der Regierung störe. Nur wachsam sey der Staat über alle Verwaltungszweige der Regierung der Kirche, sonst bleibe aber ihr gesetzlicher Wirkungskreis — ferne von hämischer Mißgunst — frei und ungehindert. Wie der H. V. diese

Bemerkung mit der erstangezogenen, wo er die Kirche so sehr in Hintergrund stellt, räumen könne, überlasse ich demselben, näher zu entwickeln. Ist der Antheil des Staats an diesem Geschäfte mehr negativer als positiver Art; so kann der Staat nicht fodern, daß die Kirche sich die Ansichten des Staats eigen mache, und er muß sich bescheiden, daß er im Konflikte, wo nicht nachzugeben, doch die Sache auf einen Vergleich einzuleiten habe. Was also der H. V. mit der einen Hand dem Staate zu geben scheint, dieß entzieht er demselben mit der andern Hand wieder, und man vermisset in seinen Principien Consequenz. Es mag demnach bei dem Widerspruche, in welchen hierin Staat und Kirche gerathen können, wenn der Streit nicht verewiget werden soll, und wenn beide Gesellschaften ihre Zwecke nicht destruiren wollen, nichts übrig seyn, als vereint in einem festen Bande zu einem Ziele hinzuarbeiten; daher rechtfertiget sich nur die Maxime: *Date Caesari, quae sunt Caesaris, et Deo, quae sunt Dei.*

§. 11.

Ganz vortrefflich erinnert der H. V. der Ideen §. 6, daß sich das künftige Konkordat

nicht bloß auf die allgemeinen Grundlinien beschränke, und die nähere Ausführung der Willkühr oder Auslegung der Interessenten überlasse. Mit Grund verwirft er den Vorschlag, den einige Schriftsteller gemacht haben, daß man so wenig als möglich ins Detail gehen soll, damit ein freier Spielraum für künftige Anordnungen übrig bleibe. Dieser Vorschlag trägt weder das Gepräg der Aufrichtigkeit, noch leistet er einem oder dem anderen Theile Sicherheit. Man hat es dem französischen Konkordate mit Grund zum Vorwurfe gemacht, daß es in seinen Bestimmungen nicht umfassend genug war. Als daher von der französischen Regierung noch organische Artikel beigefügt wurden, so hielt sich der römische Hof hiedurch hintergangen, und protestirte gegen dieselben. Soll man in Deutschland in eben dem Augenblicke, wo man den Frieden herzustellen sucht, auch sogleich wieder einen Zankapfel unter die Partheien werfen? Die deutsch-katholische Kirche bedarf einer neuen Organisation; warum will man sie mit Absicht unvollständig machen? Da das Geschäft selbst mit so vielen Schwierigkeiten verbunden ist, und immer mehrere Jahre verfließen, bis man einen Schritt vor-

wärts kömmt; warum will man den Augenblick nicht benützen, einen so wichtigen Gegenstand nach allen seinen Verhältnissen aufzugreifen und zu bestimmen? Mit unvollständigen Maafsregeln ist auch keinem Theile gedient; jeder Theil sucht davon Vorthelle zu ziehen, und den abgeschlossenen unbestimmten Vertrag zu seinen Gunsten auszulegen: dann verlieren sich beide in weitläufige Streitigkeiten, erhitzen sich unter einander immer mehr und mehr, und das gemeinsame Beste geht verloren. Diefs war wirklich die Geschichte unserer alten Konkordate, bei welchen man über den Hauptgesichtspunkt nicht einmal einig war, die Rom als Gnaden-sache, die deutsche Nation als Vertrag ansah, und wo man sich beinahe über alle Punkte stritt. Das allgemeine Wohl der Kirche, das Ansehen des römischen Stuhls, und die Ehre der deutschen Nation gebiethen Offenheit und Redlichkeit. Da jede politische Unterhandlung, wenn sie verschraubt und ränkevoll ist, als immoralisch verworfen werden muß, wie viel unedler und abscheulicher wäre eine solche, die den Bund zwischen dem Vaterlande und der Kirche in seinem Beginnen wieder zerstörte? Es werde daher
das

das künftige Konkordat mit jener Umsicht, Gründlichkeit und Ausdehnung geschlossen, welcher der Gegenstand fähig und würdig ist.

§. 12.

So richtig die erst angeführte Bemerkung des H. V. der Ideen ist, und so sehr sie allen Beifall verdient, so wenig kann ich mit der folgenden einverstanden seyn. §. 7 sagt er: „Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die römische Kurie sich weigere, in Verbindung des deutschen Episcopats mit der Staatsgewalt zu unterhandeln, oder wenigstens die Hände nicht zu dem Abschlusse eines solchen Konkordats biete, das den Foderungen des Zeitgeistes und den Bedürfnissen der Kirche, so wie den Rechten der Bischöfe entspricht. Es lag nie, fährt er fort, im Charakter des römischen Hofs, öffentlich und förmlich nachzugeben. Man weiß ja, und gewisse neuere Vorfälle scheinen es zu bezeugen, daß Rom in seinen kanonischen Grundsätzen um Jahrhunderte zurückstehe, daß es überhaupt noch Wirkungen erwarte, wo längst die Ursachen aufgehört haben. Wenn er weiter sagt, daß in dem gesetzten Falle der deutschen Kirche nur die Wahl

„bleibe, Roms Eingriffen demüthig zu huldigen, oder mit deutscher Mannskraft die Stirne zu bieten, und darauf vorschlägt, zur Selbsthülfe zu schreiten;“ so weiß ich nicht, ob der H. V. diesen Vorschlag genug überdacht hat. Ich mag ihn von der rechtlichen oder politischen Seite betrachten, so scheint er mir sehr bedenklich. Von der rechtlichen Seite betrachtet, kann das Oberhaupt von seinem Einflusse auf die Reorganisation der deutsch katholischen Kirche gar nicht entrücktet werden; denn es handelt sich jetzt nicht etwa bloß von einer Modifikation oder Reformation vorhandener Institute, die als zufällig erscheinen dürften, sondern von der Einsetzung ganz neuer, und zwar wesentlicher Institute der katholischen Kirche. Welcher katholische Kanonist dürfte aber die Einwirkung des Papstes hiebei nicht als nothwendig ansehen? Wenn die deutsch katholische Kirche sich eine Organisation auf dem vorgezeigten Wege geben würde; würde sie Rom, würden sie die auswärtigen katholischen Kirchen als gültig ansehen können? Hiesse dieß nicht die Zahl der Utrechter Kirche in der Christenheit vermehren? Selbsthülfe ist ein Mittel, welches die Moral kaum an-

erkennt, das Naturrecht nur im dringendsten Falle zuläfst; ist dieser wohl vorhanden? Hat Rom immer Unrecht, wenn es sich nicht alle Bedingnisse gefallen lassen will, und haben die Bischöfe immer recht, wenn sie auf Erhöhung ihrer Gewalt, auf Unabhängigkeit hinstreben? Da der Papst so ansehnliche Rechte vor der Säcularisation, gestützt auf heilige Verträge, in Deutschland hatte, und, da man bei der Säcularisation nicht, wie in Frankreich, über alles Recht sich hinwegsetzte, sondern den Grundsatz der Entschädigung gegen die schuldlosen Opfer des Friedens ausgesprochen hat, auch ihn wirklich befolgt, wird man gegen den Papst ungerecht seyn? Haben nicht selbst einige protestantische Stimmen bei den Verhandlungen über die Säcularisation diesen Grundsatz anerkannt? So wenig rechtlich dieser Vorschlag ist, eben so wenig ist er politisch. Dem Regenten, wenn er seine Pflichten gegen seine katholische Unterthanen erfüllen will, kann nur daran liegen, auf eine Basis zu unterhandeln, die er als gerecht, billig und beruhigend für seine katholische Unterthanen betrachten kann. Wenn ein künftiges Konkordat schon bei seinem Entstehen der Stein des Anstosses seyn soll, wenn

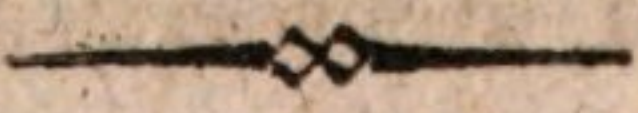
die Uneinigkeiten eher vergrößert als vermindert werden dürften, welcher Nutzen kann dadurch erzielt werden? In Deutschland ist der Vorschlag zur Selbsthülfe von Seite der Katholiken um so unpolitischer, als die Deutschen nicht einig in ihrer Religion sind. Die Protestanten würden diesen Ausweg ergreifen, und nach den Principien ihres Kirchenrechtes das katholische Kirchenwesen behandeln, und nach und nach gar auflösen. Da sie bei dem deutschen Bunde die Ueberzahl ausmachen, so könnte dieß nicht anders als verderblich für die katholische Kirche seyn. *)

*) Dieser Vorschlag führt hin auf die Idee von einem Patriarchate, welches die deutsche Kirche unter dem Vorstande eines deutschen Bischofs bilden sollte. Eine ganz unglückliche Idee, wenn man sie nach der Geschichte würdiget! Die Patriarchate haben in dem Orient nichts als Verwirrung und Streitigkeiten unter sich selbst hervorgebracht, und den Grund zur Trennung zwischen dem Orient und Occident gelegt. Auch die occidentalische Kirche würde bald das traurige Loos haben, in mehrere unter sich nicht verbundene und von dem allgemeinen Oberhaupte getrennte National - Kirchen, wie etwa die protestantische dermalen ist, zu zerfallen. Der Katholicismus würde dabei zu Grabe gehen.

§. 13.

Nach diesen vorausgeschickten Bemerkungen glaubt nun der H. V., daß dermalen der schickliche Zeitpunkt sey, der uns die Palme des kirchlichen Friedens reichen soll. Es ist daher immer interessant, die Materialien zusammen zu tragen, und zu sichten. Auch ein Privatmann kann sich zu einer solchen Arbeit berufen finden. Ganz richtig und wahr. Es wird daher auch jedem erlaubt seyn, die Ideen des anderen zu verfolgen, und *sine ira et studio* seine Gegenbemerkungen mitzutheilen. *)

*) Ich bin hiebei so zu Werke gegangen, daß ich die Sätze des H. V. wörtlich beibehalten und als den Text angesehen habe, zu welchem ich nur die Noten beifügte.



§. I.

*Allgemeines Verhältniß der Kirche
und ihrer Diener zum Staate.*

1.) Der Kirche steht als einer öffentlich anerkannten religiösen Gesellschaft unter dem Schutze des Staates die freie ungehinderte öffentliche Ausübung ihres Kultus zu.

Die katholische Religion und Kirche hat hierauf um so gerechteren Anspruch, als sie die älteste Kirche in Deutschland ist, und ehemals ihre Existenz durch Reichsgrund-Gesetze befestiget war, sie verschiedene ihrer Privilegien zwar durch widrige Zufälle verloren, aber nicht verwirkt hat. Millionen deutscher Bürger bekennen sich noch zu derselben, und finden in ihrem Glauben Gewissensruhe und Zufriedenheit, sie bringen diese und ihre Kirchenanstalt in die neuen Staaten mit. Die Fortdauer ihrer Existenz ist daher keine Gnadensache, sondern sie ist in Bezug auf den Unterwerfungs-Vertrag gegen die Regierung *conditio sine qua non*. Die hin und wieder erschienenen neuen Toleranz-edicte sind daher leere Formalitäten.

2.) Die Kirche ist eigenthumsfähig, und kann unter gewissen vom Staate abhängigen Modifikationen Eigenthum erwerben.

Dieser Satz ist eine Folge des ersten. Hat die Kirche gerechten Anspruch auf ihre Existenz; so hat sie es auch auf die Mittel, die zu ihrer Existenz nothwendig sind. Diese sind die Güter. Das Nähere von dem Kirchengute weiter unten.

3.) Die Kirche ist im Staate, mithin bleiben die Kirchenglieder zugleich Unterthanen des Staats, und können von ihren früheren bürgerlichen Pflichten nicht entbunden werden.

Kein bescheidener Kanonist hat die Richtigkeit dieses Satzes je bezweifelt. Was daher der H. V. hiemit sagen wolle, läßt sich nicht so ganz einsehen. Wenn der Sinn seyn soll, daß der Staat über die Kirche immer eine Superiorität haben soll, so habe ich bereits das Erfoderliche hierüber bemerkt, und gezeigt, daß, wenn das Verhältniß des Staats gegen die Kirche, wie der H. V. annimmt, mehr negativer als positiver Art ist, eine solche Superiorität ohne Grund sey. Soll aber der Sinn dieser seyn: Die Kirchenglieder sind auch in einer anderen Rücksicht Bürger des Staats, mithin als solche demselben mit Bürgerpflichten zugethan, so hat zwar die Sache ihre Richtigkeit, aber nie hat die reine Kirche diese Ansicht mißkannt, noch hat die

wahre Hierarchie, ohne ihre Auswüchse gedacht, dieß bezweifelt. Der Bürger gehört dem Staate, das Kirchenglied der Kirche an. Nicht also weil die Kirche im Staate, sondern weil der Bürger, obgleich Kirchenglied, doch Bürger ist und bleibt, ist er von seinen Pflichten nicht entbunden.

4.) Daher stehen die Kirchendiener unter der unbedingten Gerichtsbarkeit des Staates, so wie sie und die Kirchengüter allen bürgerlichen Lasten unterliegen.

Aber nicht als Kirchendiener, sondern als Bürger, so wie die Güter als Güter, nicht bloß deswegen, weil sie kirchlichen Zwecken gewidmet, den Staatslasten unterliegen.

5.) Der Staat wird den Religionsdienern die Vorzüge und Rechte der Staatsbeamten und insbesondere die Befreiung vom Waffendienste zugestehen.

Wenn man in der Geschichte die Gründe aufsucht, aus welchen das sogenannte *Privilegium fori* dem Klerus ertheilt worden ist, so zeigen sie auf einen so ehrwürdigen Ursprung hin, der wohl dermalen wieder verdient, von den Regierungen beachtet zu werden. Schon die Aufhebung desselben ist eine Geburt des Zeitgeistes, der wenig Ach-

tung, so wie für die Religion, so für ihre Diener verräth. Im Auge des Volkes wird der Geistliche, der nicht selten von den Gerichtspersonen etwas roh und wegwerfend behandelt wird, herabgesetzt, bei dem sogenannten gebildeteren Theile zur Zielscheibe der Chikane gemacht, und in langwierige, die Seelenruhe des Geistlichen störende Streitigkeiten hineingezogen. Diesen würde er durch das *privilegium fori* entgehen. Der Gewinn, welchen der Staat bei der Aufhebung desselben macht, ist unbedeutend, indem die Zahl der Individuen, die es trifft, gegen die übrigen Staatsbürger unbedeutend ist, und der privilegierte Richter sowohl die Gesetze als die Proceßform, woran dem Staate eigentlich gelegen seyn mag, doch einhalten muß, und übrigens unter der Surveillance des Staates steht. Auffallend ist es, daß man dieses Privilegium in manchen Staaten dem Klerus entzogen, den Juden aber belassen hat. Mit der Gestattung eines befreiten weltlichen Gerichtstandes sind alle Inconvenienzen nicht abgethan. Die Befreiung von aktuellem Waffendienste ist zwar zugestanden, nicht aber durchgehends die Reluution derselben.

6.) Der Staat und die Kirche haben kein Recht, die innere Gewissensfreiheit zu stören; es muß daher jedem Bürger ohne Zwang und ohne allen bürgerlichen Nachtheil frei stehen, in den Jahren der Mannbarkeit in den Religionsgrundsätzen seiner Ueberzeugung zu folgen.

Dieser Satz ist, wie er da steht, ganz unbestimmt, und kann daher weder für den Staat noch für die Kirche befriedigend seyn. Die innere Gewissensfreiheit liegt außer dem Gebiete des Staats und der Kirche, und ist auf die Jahre der Mannbarkeit moralisch möglicher Weise gar nicht zu beschränken; denn unsere religiöse Denkungsart — innere Gewissensfreiheit — kann der Staat möglicher Weise gar nicht ergreifen; und die Kirche, wenn ihr Friede nicht gestört wird, kann ruhig seyn, das Mitglied mag denken, wie es ihm beliebt. Anders aber verhält sich es mit dem äusseren Bekenntnisse. Hierbei kann weder immer der Staat, nie aber die Kirche gleichgültig seyn. Der Staat kann eigentlich nie das äussere Bekenntniß zu gewissen Religionslehren hindern, oder darf es, ohne der Moralität des Individuums zu nahe zu treten, auf ein Normaljahr zurücksetzen.

Im bürgerlichen, wo es auf das Mein und Dein ankömmt, können wohl dergleichen Bestimmungen gelten; im moralischen sind sie aber Phantome und unwürdige Fesseln für die Freiheit. Der Staat kann also immer in Bezug auf die äussere Gewissensfreiheit nur dann einschreiten, wenn der Gebrauch derselben der Ruhe des Staates gefährlich wird. Die Kirche kann bei dem äusseren Bekenntnisse einer von ihren Symbolen divergirende Lehre weniger gleichgültig seyn. Die Pflicht zu belehren, zu mahnen, zurecht zu weisen und auszuschliessen ist ihr unerlässlich. Es würde daher der vorstehende Satz besser auf folgende Art ausgedrückt werden: Weder der Staat darf, noch die Kirche soll die innere Gewissensfreiheit stören. Jedem Bürger soll es, jedoch ohne Verletzung der bürgerlichen Verhältnisse freistehen, seiner Ueberzeugung in Religionssachen zu folgen.

7.) Das sogenannte Kirchen-Asyl findet keine weitere Statt. Die Kirchen und Altäre sind nicht gebaut, um den Mördern Freistätte zu bieten.

§. II.

V o m P a p s t e.

1.) Sr. päpstlichen Heiligkeit wird nach den Grundsätzen der katholischen Religion als obersten Hirten und als dem Mittelpunkte der Glaubens-Einigkeit jener freie Einfluß auf und über die Kirche feierlich zugesichert, welcher zur Erhaltung dieser Einheit in der Glaubens- und Sittenlehre nothwendig ist.

Von Seite der Regierungen und von Seite der Bischöfe ist bisher dieser ganz richtige Satz sehr verkannt worden. Als das Oberhaupt der Kirche der Gegenstand der Verfolgung von Seite der vormaligen französischen Regierung wurde, so schienen auch alle mit Frankreich verbundene Staaten dieses Oberhaupt als feindselig zu betrachten. Die nach den Grundsätzen der katholischen Kirche so nothwendige Verbindung mit Rom wurde argwöhnisch beobachtet, und sehr von allen Seiten erschwert; die Abgesandten des Papstes wurden theils an manchen Höfen, noch weniger in den Bisthümern zugelassen, theils wenn sie auch zugelassen wurden, mit Zurücksetzung empfangen; die päpstlichen Schreiben, die an die Bischöfe oder ihre Or-

dinariate gestellt wurden, auch in rein geistlichen Gegenständen nicht nur der Einsicht unterworfen, sondern nach den heterogenen Grundsätzen einer exorbitanten Kirchenpolizei behandelt. Von Seite der Bischöfe ward wenigstens unter einem Theile derselben das Bestreben sichtbar, nach einer gewissen Unabhängigkeit zu trachten, die Reservatrechte des Papstes sich beizulegen, ihr Ansehen und ihre Gewalt auf Kosten des Papstes zu erhöhen. Die Bischöfe unterstützte ein Theil der Gelehrten, die seit Febronszeiten ungünstige Ansichten gegen den römischen Stuhl genommen, und mit Hitze und manchmal mit Uebertreibung behauptet haben. Es nähere sich der Zeitpunkt, wo diese Eifersucht aufhöre, und diese Fesseln gelöst werden! Der Bischof, der Klerus und das Volk fühle und wisse, daß ihm die freie Communication mit dem Oberhaupte seiner Kirche zustehe, und er fodern könne, daß diesem Oberhaupte selbst sein nothwendiger Einfluß auf die Partikular-Kirchen, so wie diesen ihre Communication, gestattet werde. Da dieß Oberhaupt in seinem offenen Benehmen in Hinsicht der katholischen Irländer gezeigt hat, daß es zur Beruhigung der Staatsgewalt willig und auf-

richtig die Hand biete; *) da Rom in neueren Zeiten die Erfahrung gemacht hat, daß man nur den Bedacht auf die Erhaltung der Religion und ihrer wesentlichen Anstalten nehmen müsse; da auch die Bischöfe die Erfahrung gemacht haben, oder doch haben machen können, daß sie nur dann sich einen erwünschten Ausgang in den wichtigsten Kirchen - Angelegenheiten versprechen können, wenn sie mit ihrem Oberhaupte vereinigt handeln, so ist zu hoffen, daß die Regierungen gerecht, das Oberhaupt der Kirche billig, und die Bischöfe bescheiden genug seyn dürften, um ein solches Verhältniß zwischen dem römischen Stuhle, den Staaten und den Partikular - Kirchen herzustellen, welches ganz dem Wohle der Kirche angemessen ist.

2.) Dem päpstlichen Stuhle verbleiben zugleich alle jene Befugnisse und Reservationen,

*) Es ist freilich kein gutes Prognostikon, wenn man in mehreren von den Hrn. Protestanten redigirten Journalen, z. B. dem politischen Journal von Hamburg, der Minerva v. Archenholz nicht nur hämische, sondern ganz leidenschaftliche Aufsätze gegen den Papst und den römischen Stuhl liest, die natürlich dem Werke des Friedens hinderlich seyn müssen.

über die in dem gegenwärtigen Konkordate nicht anders verfügt ist.

Der H. V. der Ideen ist hier etwas billiger als die Emserpunktatoren, die einen Kaiserschnitt an den päpstlichen Reservatrechten vornehmen wollten. Er ist so gerecht, einzugestehen, daß, da die Provinzial-Synoden nicht mehr existiren, und wenn sie eingeführt werden sollten, das nicht mehr seyn würden, und bei dem verdorbenen Zeitgeiste nicht seyn könnten, was sie ehemals waren, keine andere Autorität in der Kirche vorhanden wäre, die diese Geschäfte zweckmässig leiten könnte, als die päpstliche. Allein dieser Vorschlag schließt doch den billigen Wunsch nicht aus, daß diese Reservatrechte einer Revision, mancher Modifikation und näherer Bestimmung unterliegen dürften. Selbst der römische Stuhl mag dieses schon lange gefühlt haben; daher seine Freigebigkeit mit Indulten, die beinahe wie die sogenannten Quinquinellen zur Regel geworden sind.

3.) Das Confirmationsrecht der deutschen Erz- und Bischöfe üben Se. Heiligkeit dergestalten aus, daß auf Ersuchen der Regierung, und auf die Vorlage der ernannten Person die

kanonische Untersuchung dem Metropoliten, und wenn dieser bestätigt werden soll, dem ältesten Provinzialbischofe übertragen werde. Die Akten werden von ihm nach geschlossener Untersuchung nach Rom geschickt, woher die Entschliessung respektive Bestätigung binnen 2 Monaten erfolgen wird. Sollten Se. päpstliche Heiligkeit über die zu ertheilende Bestätigung gerechte Anstände finden, so werden sich Dieselben mit der Regierung freundschaftlich benehmen.

Dieser Vorschlag dürfte von Seiten des römischen Stuhls eben keine grosse Schwierigkeit finden. Der sogenannte *processus informativus in partibus* ist bisher von Seite der römischen Congregation auf eine Art geführt worden, die einer vernünftigen Kritik unterlag. Die erhohlenen Zeugnisse waren oft sehr schwankend und unbestimmt, und über den Charakter des Gewählten begnügte man sich mit Aussagen von oft unbedeutenden Menschen. Richtigerer und sicherer kann also dieser Processus in den Provinzen von dem Metropoliten geleitet werden. Hiedurch sehen sich auch dann Se. Heiligkeit in Stand gesetzt, den *processum definitivum in curia* gründlich vorzunehmen. Warum der H. V.
der

der Ideen vom gemeinen Rechte, welches einen Termin von 3 Monathen bis zur Bestätigung ertheilt, abweichen will, hievon sehe ich den Grund nicht ein. Wenn dieses Recht als ein allgemeines Reservatrecht behandelt wird, so möchten sich die Arbeiten bei der dafür niedergesetzten Congregation manchmal, wenn sie nicht mechanisch verrichtet werden sollen, so anhäufen, daß sie in einem so kurzen Termine nicht beendigt werden können. Schwieriger ist der Fall, wenn der Papst gerechte Anstände finden sollte, wegen welcher er einem ernannten Subjecte die Bestätigung versagen zu müssen glaubt. Daß derselbe die Ursache hiezu vorlegen müsse, ist eine ganz billige Forderung. Wie aber, wenn die Ansichten des Papstes und der Regierung divergiren? Beruhen die Gründe zur Verweigerung der Bestätigung in solchen Thatsachen, die *notorietatem juris* für sich haben, und ausdrücklich in den Kanonen als irregulair machend ausgesprochen sind, so mag wohl jede Regierung sich bescheiden, daß sie von dem Papste eine Bestätigung zu erwarten nicht berechtigt sey. Sind aber die Ursachen in den Kanonen eben nicht ausgedrückt, noch

immer juridisch erwiesen, so wird freilich die Sache etwas bedenklicher. Allein erwägt man, daß das Urtheil über die Eigenschaften und Qualifikation eines in einer so wichtigen Stelle, wie der Episcopat ist, zu bestätigenden Subjectes nur dem Kirchenvorstande zugelegt werden kann; erwägt man, daß die Präsentation nichts als eine vorbereitende Handlung, ihrer ganzen Tendenz nach, seyn kann, so wird auch das Urtheil des Kirchenvorstandes immer jenem der Regierung vorzuziehen seyn. Diese Ansicht mag den so billigen als gerechten Hrn. Consistorialrath Plank *) bewogen haben, sogar den protestantischen Souverains zu rathen, um alle Anstände zu vermeiden, den zu errichtenden Kapiteln das Wahlrecht mit Vorbehalt der Bestätigung des gewählten Subjectes Ihrer Seite zu belassen. Durch diesen Ausweg, glaubt Hr. Pl. ganz richtig, habe die Regierung nicht zu befürchten bei der Bestellung dieser Stellen anzustossen, habe jedoch jede gegrün-

*) Betrachtungen über den neuesten Zustand der katholischen Kirche, besonders über die Konkordate zwischen protestantischen Souverains und dem römischen Stuhle. 1808.

dete Einwendung im Hinterhalte, wodurch sie das Interesse der Regierung wahren könne.

4.) Alle Annaten, Palliengelder, so wie alle römische Taxen, sie mögen den Namen haben, wie sie wollen, hören von nun an ganz auf.

Der Vorschlag scheint zu hart. Wenn es gleich

in der Geschichte hergestellt ist, daß der römische Stuhl zu diesen und anderen nutzbaren Rechten erst in der Folge der Zeit und manchmal aus Veranlassungen gekommen ist, die nicht immer im Auge eines unbefangenen Beobachters die Probe aushalten würden; so ist doch auch das Urtheil, welches man über sie, besonders im Complexen betrachtet, gefaßt hat, zu strenge. Erwäget man was man doch mit Billigkeit nicht wird verkennen können, daß der Papst für die ganze Kirche in den wichtigsten Geschäften arbeitet, und sieht man ein, daß manche Geschäfte am zweckmäßigsten nur durch den päpstlichen Stuhl abgethan werden können, so wird eine mäßige Abgabe, die dafür gefodert wird, nicht unbillig erscheinen. Obgleich der Papst dermalen, da er die Meisten seiner weltlichen Besitzungen wieder erhalten hat, den Glanz des Papates aus seinen eigenen Einkünften unterhalten kann, so ist

es ihm doch nicht zuzumuthen, umsonst zu arbeiten, und seine Kanzlei für anderer Nutzen zu besolden; die *minuta servitia* werden also wenigstens mit den strengsten Grundsätzen der Gerechtigkeit sich vereinigen lassen, und im Allgemeinen wird dem Papste wegen seiner Arbeiten eine Entschädigung gebühren. Dieß dürfte aber noch mehr der Fall seyn, wenn man auf die Verhältnisse des päpstlichen Stuhls gegen Deutschland Rücksicht macht. Bereits habe ich bemerkt, daß bei dem Säcularisations-Geschäfte selbst einige protestantische Stände die Billigkeit einer Entschädigung für diesen Stuhl eingesehen haben. Wenn man Gerechtigkeit anderen Betheiligten bei der verfügten Säcularisation hat wiederfahren lassen; warum wollte man eine Ausnahme mit dem Papste machen? Irgend eine Entschädigung wird daher dem päpstlichen Stuhle zu leisten seyn. Ob sie glänzend, oder doch dem ehemaligen Zustande proportionirt ausfallen wird, ist zwar nach der gegenwärtigen Stimmung kaum zu erwarten. Allein es ist denn eben gleich viel, ob sie unter dem Titel der Pallien- und Annaten-Gelder, oder unter einem anderen gereicht werden wird. Sollen sie für die Folge die

Bischöfe reichen, so muß bei der neuen Dotation der Bisthümer hierauf Rücksicht gemacht werden.

5.) Unionen oder Errichtung neuer Bisthümer können nur mit Einverständniß des Landesherrn und nach Anhörung der betheiligten Bischöfe geschehen.

Dafs der Landesherr entweder bei Unionen, oder Errichtung neuer Bisthümer seine Einwilligung zu geben habe, ist dem *juri circa sacra*, welches die Regierung mit fester Hand behaupten wird, ganz angemessen. Nur ist nicht eben so klar, in wie ferne zu den Unionen oder Errichtungen der Bisthümer die Anhörung der betheiligten Bischöfe erforderlich seyn solle. Versteht diess der H. V. von dem Falle, wo in der Folge, nachdem zuvor erst die katholische Kirche in Deutschland eine neue Organisation erhalten hat, dergleichen Unionen oder Dismembrationen der Diöcesen vorgenommen werden sollten, so ist diese Foderung nicht nur billig, sondern dem geltenden allgemeinen Kirchenrechte gemäfs. Soll aber von der neuen zu erwartenden Organisation die Rede seyn, so möchten sich gegen die Nothwendigkeit einer Einstimmung oder Anhörung der be-

theiligten Bischöfe doch einige Zweifel erheben; denn nicht nur hat sich die alte Diöcesan-Verfassung durch die von Zeit zu Zeit veränderten Territorien sehr geändert, sondern die meisten Episcopate sind erlediget, und, wie gezeigt worden ist, nicht hinlänglich weder durch Domkapitel noch Vikariate repräsentirt, auch dem Zustande ihrer Auflösung nahe. Die wenigen Bischöfe, die daher noch dermalen am Leben sind, repräsentiren höchstens ihre, nicht aber die erledigten Kirchen. Es dürfte demnach zwischen dem Papste und der weltlichen Regierung kein Mittelglied seyn, mit welchem zu negociiren wäre. Da die deutschen Bischöfe fast in eben dem Falle, wie vorhin die französischen sind, so ist auch nicht zu erwarten, daß ihrer Seits der künftigen Organisation der deutschen Kirche ein Hinderniß im Wege gelegt werden dürfte.

6.) Versetzungen der Bischöfe werden ebenfalls nur im Einverständnisse mit der Regierung und mit der Einwilligung des betreffenden Bischofs geschehen, wenn nicht besondere Gründe und das Beste der Diöces die Versetzung des Bischofs gebietherisch nothwendig machen.

7.) Entsetzungen der Bischöfe, wenn sie wegen kirchlichen Vergehen nothwendig scheinen sollten, werden dem heil. Stuhle überlassen. Se. Heiligkeit werden die Untersuchung zweien deutschen Bischöfen übertragen; das Urtheil darf jedoch ohne vorherige Vorlage an die Regierung nicht bekannt gemacht werden. Entsetzungen, die sich auf bürgerliche Verbrechen gründen, wird der Souverain durch eigends ernannte Commissarien untersuchen und richten lassen. Das Erkenntniß soll jedoch vor der Publikation dem Papste zur etwaiger Verfügung bekannt gemacht werden.

Wenn sich nicht etwa Vorfälle, wie während der Reformation jene zu Köln unter Hermann von Wied und Gebhard von Truchsees waren, erreichen sollten, so dürfte dieser Fall selten eintreten. Sollte es jedoch dazu kommen, so zweifle ich, ob der Papst deutschen Bischöfen allein die Untersuchung anvertrauen würde; auch scheinen zwei Bischöfe in einer so wichtigen Sache zu wenig. Dafs der Regierung das von der besonderen niedergesetzten Untersuchungs - Commission gefafste und vom Papste bestätigte Urtheil vor der Publikation mitgetheilt werde, ist ganz billig, weil doch das *brachium*

saeculare der Kirche wird Adсистенz leisten müssen. In dem anderen Falle, wenn der Bischof wegen weltlicher Verbrechen sollte in Untersuchung gerathen; wäre zu wünschen, daß wenigstens zur General - Untersuchung ein Deputirter des Bischofs beigezogen würde.

8.) Der heilige Stuhl wird die etwaigen Resignationen der Bischöfe annehmen. Er wird binnen 3 Monathen dem Landesherrn hievon Nachricht geben. Sollte aber der abtretende Bischof eine fernere Unterhaltung fordern wollen, so ist die Einwilligung des Landesherrn vor allen Schritten erforderlich.

Wird kürzer gegriffen, wenn der resigniren wollende Bischof die Gründe seiner Resignation dem Landesherrn und dem Papste zugleich vorlegt, worüber sich dann beide wechselseitig erklären. Dieser nämliche Gang wäre auch in dem Falle einzuhalten, wo der Bischof eines Coadjutors bedürftig wäre.

9.) Die Adpellationen dritter Instanz in geistlichen Angelegenheiten, wie sie durch das gegenwärtige Konkordat bestimmt werden, bleiben Sr. päpstlichen Heiligkeit unbenommen. Sie werden aber in jedem Staate eine ständige, aus Eingebornen bestehende, Com-

mission hiezu delegiren, bei welcher die geeigneten Adpellationen und Beschwerden jedesmal in deutscher Sprache verhandelt werden müssen. Die Kosten für das Commissions - Personale wird der Souverain übernehmen.

Der gemachte Vorschlag verdient allerdings Beifall, und es ist zu wünschen, daß sich Se. päpstliche Heiligkeit hierauf einlassen möchten. Immerhin würden die Vortheile bedeutend seyn, die für die Partheien hieraus entspringen; denn erstens die Proceß - Kosten, die wegen Uebersetzung der Akten in die lateinische Sprache, dann der großen Taxe bei der Kurie sehr bedeutend sind, würden vermindert; zweitens eine einfachere Proceßart eingehalten, und drittens die vaterländischen Rechte und Gewohnheiten beobachtet werden. Nur ist zu bedenken, daß diese Gerichtsbarkeit eben so umfassend nicht ausfallen dürfte; denn die *causae majores*, die *ad jurisdictionem voluntariam* gehören, werden doch unmittelbar von dem Papste behandelt werden. Die *jurisdictio contentiosa* der Kirche ist in den neueren Zeiten so bestritten und beschränkt worden, daß außer den Ehe- und etwa einigen Benefizial - Sachen wenig

übrig bleiben dürfte. Eben desswegen dürfte man auch Hoffnung schöpfen, der Papst möchte nicht ungeneigt seyn, einzelne Fälle *in partibus* zu delegiren. Ob aber derselbe eine ständige Commission belieben dürfte, weil solche ständige Commissarien immer einen gewissen Charakter der Unabhängigkeit annehmen, ist, wenn man die Erfahrung zu Rath zieht, noch zu eifelhaft. Eben so möchte es grossen Anstand finden, wenn vorgeschlagen wird, daß die Kosten für das Commissions - Personal von den Regierungen übernommen werden soll. Ein leichter Ausweg fände sich darin, daß, wenn die Domkapitel und Episcopate wieder anständig dotirt werden, die Delegation auf Individuen dieser Körperschaften gerichtet würde, die gegen einen billigen von den Partheien zu leistenden Ersatz diese Arbeiten übernehmen könnten.

10.) Die Dispensations - Rechte. in so weit sie nicht in dem gegenwärtigen Vertrage den Bischöfen überlassen werden, verbleiben dem römischen Stuhle; doch versprechen Se. Heiligkeit kein Dispensations - Gesuch anderst, als mittelst des einschlagenden Bischofs anzunehmen, der zugleich seinen Bericht und Gut-

achten über die Gründe des Gesuches beilegen wird. Uebrigens sind alle Dispensationen durchaus unentgeltlich zu ertheilen.

Es ist unverkennbar, daß bisher in der Dispensionspraxis ein Schlendrian herrschte, der eine radicale Verbesserung verdient. Von Seite der römischen Datarie ist und besteht man noch zu steif auf gewissen Formeln, die noch dazu ganz roh ausgedrückt werden, und nimmt schlechterdings auf andere Verhältnisse keine Rücksicht. Von Seite der bischöflichen Kurien war man beinahe noch nachgiebiger, und hat sich sogar Schritte, wie die Dispensen *in impedimento ordinis*, erlaubt, die kaum zu rechtfertigen sind. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß man sich nicht nur über die Gegenstände der Dispensationen, sondern auch über die Grundsätze, nach welchen sie ertheilt werden sollten, vereinigte. Wäre man hierinn einig; dann sollte aber auch fest auf diesen bestanden werden. Gut wird es immer seyn, wenn die wichtigsten Dispensionsfälle dem päpstlichen Stuhle reservirt bleiben; denn die Bischöfe, wie dieß die Geschichte der Reservationen lehrt, möchten nicht mit dem hinlänglichen Ansehen bekleidet seyn, den Kirchengesetzen Nachdruck ge-

nug verschaffen zu können. Hierzu bedarf es in gewissen Fällen ein unabhängigeres Verhältniß, als jenes der Bischöfe ist. Ob aber die Dispensen so ganz gratis ertheilt werden sollen, hierin bin ich mit dem H. V. nicht einerlei Meinung. Zwar billige ich die bisherige Praxis der römischen Kurie nicht, welche gegen sehr hohe Taxen sogar Dispensationen *sine causa* ausfertigte; aber doch sehe ich auch nicht ein, warum man sie gratis geben soll. Wenn der Staat in Gnadensachen mit Grund die Taxen sogar erhöht, und wenn Gesuche dieser Art eben nicht erleichtert werden sollen, welches auf dem vorgeschlagenen Wege geschehen würde, so mag die Erhebung einer mäßigen Taxe, besonders wenn man die nothwendige Discretion bei Mindervermögenden eintreten läßt, nicht unbillig seyn. Wenn der H. V. noch vorschlägt, daß diese Dispensen von dem päpstlichen Stuhle nicht anders, als auf die Grundlage des Zeugnisses des betreffenden Bischofs ertheilt werden sollen; so stimme ich demselben ganz bei; erinnere aber, daß, so viele Dispensen seit 18 Jahren von mir beschäftigt worden sind, diess jederzeit von dem päpstlichen Stuhle beobachtet worden ist.

11.) Die Bekanntmachung und Vollziehung aller Bullen, Breven und sonstige Erlässe der römischen Kurie unterliegen fodersamst der Genehmigung der Regierung.

Es wäre freilich noch ein wichtiges Wort darüber zu sagen, in wie ferne ein so ausge dehntes *placetum regium* mit Recht behauptet werden könne. Allein es überschreitet die Gränzen dieses Werkchens, dieses Recht näher in seinem Umfange zu prüfen. Aus Liebe zum Frieden und um die Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche nicht zu verewigen, wird man sich diese aus dem Zeitgeiste aufgegriffene Bestimmung wohl müssen gefallen lassen. Inzwischen ist von den erhabenen Gesinnungen der deutschen Fürsten zu erwarten, daß sie dieses Recht nicht, wie bisher wohl in manchen Staaten geschehen ist, zum Nachtheile der Kirchengewalt ausüben werden. Wenn die Regierungen den Grundsatz ins Aug fassen, und als Maxime befolgen, daß nur durch trauliche Vereinigung der physischen Kraft des Staats und der moralischen der Kirche der höchste Zweck der Menschheit erreicht werden kann, so wird den päpstlichen sowohl, als den bischöflichen Anordnungen, gleichwohl unter Aufsicht des

Staats, jener freie Gang gestattet werden, der ihnen gebührt. Jedes Mißtrauen wird verschwinden oder unterdrückt werden, und die Harmonie beider Gewalten wird das Glück der Staaten und den Flor der Kirche sichern.

12.) Man wird Se. päpstliche Heiligkeit nicht hindern, Nuntien oder päpstliche Commissarien in das deutsche Reich zu schicken, oder solche darin zu halten. Allein ehe einer derselben eine geistliche Function im Lande im Namen des Papstes ausüben kann, wird er seine Vollmacht sowohl der Regierung, als den einschlagenden Diöcesan-Bischöfen vorlegen. Dergleichen Nuntien oder Commissarien können übrigens keine andere officiële Function ausüben, als wozu der Papst selbst vermöge des gegenwärtigen Konkordats berechtigt ist.

Die Streitigkeiten, die sich in Deutschland wegen der Nuntien und der von ihnen etablirten Gerichte erhoben haben, sind von doppelter Eigenschaft. Erstens: wegen Eingriffen in die weltliche, dann zweitens: in die geistliche Iudikatur. Erstere sind mit der Errichtung der Nuntiaturen gleichzeitig, und gegen sie ist der §. 4. des XIV. Artikels der vormaligen kaiserl. Wahlkapitulation ge-

richtet, worin Se. kaiserl. Majestät sich verpflichten, nicht zuzugeben, daß die *causae civiles* von ihrem ordentlichen Gerichte im heil. Reiche ab, und außer dasselbe *ad Nuntios apostolicos* . . . gezogen werden. Häufige Beispiele von solchen Eingriffen von Seite der päpstlichen Nuntiaturen finden sich, veranlaßt vorzüglich durch die Nuntiatur zu Köln am Niederrheine und in Westphalen in Fabri's alter und neuer Staatskanzlei und durchgehends in den öffentlichen Akten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich diese Klagen erneuern dürften. Der päpstliche Stuhl hat die Erfahrung gemacht, daß man in neueren Zeiten nicht nur das eigene Gebieth der Kirchengewalt angesprochen, sondern solches sogar sehr beengt hat. Es kann daher nur darum zu thun seyn, hier wieder die natürlichen Grenzen zu erwerben, und man wird es sobald nicht wagen, in fremdes Gebieth überzutreten. Was also bei diesen Nuntien zu berücksichtigen, oder zu bestimmen seyn möchte, wäre die geistliche Iudikatur. Wie hitzig, und nicht immer durchaus edel der Streit zwischen dem päpstlichen Stuhle und den Nuntien auf einer, dann den vier deutschen Erzbischöfen,

die das Resultat des Emser Kongresses bekannt machten, auf der andern Seite geführt wurde, ist aus den öffentlichen Akten bekannt, und zeigt sich in einer ganzen Flut von Schriften, die bei dieser Gelegenheit erschienen sind. Auf diese Verhältnisse hat der H. V. auch diese Bemerkung gerichtet, und ihr gebührt das Lob der Billigkeit. Was von den deutschen Bischöfen gefodert, und denselben von dem päpstlichen Stuhle nicht wohl mit Gerechtigkeit wird verweigert werden können, besteht in folgenden Ansichten. 1.) Dem Papste steht es frei, die ihm zuerkannte Reservatfälle unmittelbar zu Rom zu besorgen, oder seine Commissarien in die Provinzen zur Besorgung derselben auszusenden. 2.) Ob die Commissarien ständige Sitze haben, oder einen nur ambulatorischen Aufenthalt, ist gleichviel. Erstere Einrichtung dient nicht nur zur Beförderung des Geschäftsganges, sondern manche Regierung kann sogar wünschen, daß eine solche ständige Nuntiatur in ihren Staaten existiren möge. Allein 3.) sie soll nie zum Nachtheile der bischöflichen Rechte, zur Schmälerung ihrer Amtsgewalt und Herabsetzung ihres Ansehens gereichen.

Der

Der Bischof sey der erste und unmittelbare Hirt seines Volkes, das Volk kenne und verehere seine Stimme. Die Kirche kann nur dann glücklich seyn, wann Haupt und Glieder harmonisch zusammen wirken, und die heilige Grenze der wechselseitigen Rechte geachtet wird.

13.) Seine Heiligkeit werden beständig im Kardinalscollegium vier Kardinäle deutscher Nation haben.

Dieser Vorschlag ist in jeder Rücksicht sehr zweckmälsig. Man fühlte es in den Provinzen nur zu sehr, dafs, da das Kardinalscollegium eigentlich die Repräsentation aller katholischen Kirchen seyn sollte, zu wenig Rücksicht auf diesen Gesichtspunkt gemacht wurde. Seit der Zeit, als dieses Collegium ein so gewichtvolles Ansehen erhielt, haben sich nur die Geistlichen zweier Nationen in dasselbe getheilt, — die Italiäner und Franzosen. — Es kostete viele Mühe, die ersteren, die sich von Bonifaz IX. an, bis zu dem beendigten grossen Kirchenschisma ein Uebergewicht in diesem Collegium erworben hatten, wieder aus demselben zu verdrängen. Seit dieser Zeit haben die Italiäner das Uebergewicht. Der Vorschlag des Kirchenraths zu

Kostnitz, das Kardinals - Collegium aus verdienten Geistlichen von allen katholischen Nationalkirchen zusammen zu setzen, zeugt von einem gesunden und tiefen Blicke für das Wohl der Kirche, und verdient daher hohe Achtung. Soll aber dieser Vorschlag so ausgeführt werden, daß er zum wahren Wohle der allgemeinen und der besonderen Kirchen gereichen soll, so müssen die ausgewählten Subjekte in der *curia* beständig residiren, an allen Geschäften den thätigsten Antheil nehmen, und so zu sagen von Jugend auf in denselben erwachsen. Man hatte ehemals sogenannte Kron-Kardinäle, und jede katholische Nationalkirche hatte ihren Protektor. Allein die ersteren figurirten bloß, der letztere war bei weitem noch nicht genau genug mit dem Zustande der Nationalkirchen vertraut. Sollten aber Männer, die innigst mit der Lage ihrer Nationalkirchen bekannt sind, zu einem solchen erhabenen Posten ausgewählt, und in das Kardinals-Collegium versetzt werden, dann liesse sich hoffen, daß Se. päpstliche Heiligkeit unter dem Beirathe solcher Mitglieder immer so geleitet werden möchten, daß manche Anstände schon in ihrem Keime beseitiget wür-

den. Die Regierungen und selbst die Biscöfe würden bei dieser Einrichtung gegen den päpstlichen Stuhl um so größeres Zutrauen gewinnen, und Eintracht und Harmonie würden verstärkt werden.

§. III.

Von den Erzbischöfen.

1.) Die deutschen vorhin verbündeten Staaten bedürfen höchstens zwei Erzbischöfe, einen für das Königreich Baiern, den anderen für die übrigen deutschen Staaten gemeinschaftlich. Des Ersteren Sitz sey im Mittelpunkte des Reichs, in Regensburg oder vielleicht besser in Bamberg. Letzterer könnte etwa seinen Sitz in Bruchsal oder Ellwangen erhalten. Der Erzbischof in Baiern ist Metropolit im Königreiche Baiern; unter den anderen Metropolitern stehen die übrigen deutschen Landes-Bischöfe.

Es wird schwer halten, diesen Vorschlag durchzusetzen. Zwar ist der bairische Staat so ansehnlich und ausgedehnt, daß ein Erzbischof mit einer bestimmten Zahl Suffragan-Bischöfe ganz wohl aufgestellt werden kann. Ob aber die übrigen deutschen Souveraine,

die einen oder höchstens zwei Bischöfe in ihren Staaten nothwendig haben, diesen Vorschlag sich gefallen lassen dürften, ist zu bezweifeln. Die Metropolitan - Jurisdiktion, die sich über ihre Staaten erstrecken soll, gleicht einer Art der alten Servituten *juris publici*, die in dem neueren Staatsrechte nicht beliebt sind. Da die Metropolitananstalt der katholischen Kirche gerade nicht wesentlich ist, so könnte Mancher dieser Souveraine vorziehen, seine Kirche lieber unter die unmittelbare Aufsicht des Papstes als des Metropolitens zu stellen. Diefs wird ganz gewiß der Fall seyn, wenn kein allgemeines Konkordat von Bundeswegen abgeschlossen, sondern mit einzelnen Regierungen unterhandelt werden sollte.

2.) Die Ernennung des Erzbischofs für Baiern geschieht von Sr. Majestät dem Könige von Baiern aus der Zahl seiner Landesbischöfe. Der zweite Metropolit wird aus den anderen deutschen Landes-Bischöfen von den interessirten Souverains gewählt oder ernannt. Ersterer muß binnen 4, letzterer binnen 6 Monaten vom Tage der Vakatur an ernannt seyn; widrigenfalls geht die Ernennung an den päpstlichen Stuhl über, der in seiner

Wahl ebenfalls an einen Landesbischof gebunden ist.

Der H. V. redet von der Besetzung der deutschen Erz - und Bisthümer so, als wenn es ganz entschieden wäre, daß die Ernennung dazu den Souverainen gebühre. Allein die Frage scheint mir nicht so ganz entschieden zu seyn. Denn *a)* vor der Säcularisation hatten die Domkapitel das freie Wahlrecht; wenn ihnen durch diese ihre Güter abgenommen worden sind, und höhere Rücksichten geboten, diesem Beschlusse sich zu unterwerfen, so folgt noch nicht, daß bei der bedungenen Wiederherstellung derselben auch das Wahlrecht, welches der Kirchenverfassung gemäß ist, zu Grund gehe. Warum sollen sie bei ihrer bedungenen Resuscitation dasselbe verlieren? *b)* Das Ernennungsrecht zu kirchlichen Pfründen ist kein Majestätsakt, sondern wird, wie bei Privaten, nur durch die Dotation erworben. Nun sind die Souveraine, wenn sie die säcularisirten Bisthümer wieder herstellen, keine eigentliche Dotatoren; denn sie haben das Kirchengut nur *sub conditione sine qua non* überkommen, die neue Kultanstalten herzustellen; sie dotiren hiemit nicht aus dem Ihrigen,

sondern sie adsigniren nur einen Fond, der ihnen einstweilen als *depositum* anvertraut war; mithin sind sie als eigentliche Dotatoren nicht zu betrachten. c) Die Art, die Bisthümer durch die Wahl zu besetzen, ist die älteste. Wenn es gleich bei den verdorbenen Sitten des Volkes nicht mehr räthlich scheint, dieses beizuziehen, so bewährt sich doch die Art der Wahl durch die Domkapitel, unter Vorbehalt der Bestätigung des Landesherrn, und etwa auch in Beiseyn seines Commissarius, so befriedigend, daß man in der Regel annehmen kann, daß die Wahl, wo nicht den würdigsten, doch immer den würdigeren treffen wird. Es scheint daher dem wahren Interesse der Regierungen selbst angemessen, eine solche Art und Weise bei Bestellung dieser Stellen anzuerkennen, die als die sicherste zum Wohle des Staats und der Kirche erscheinen muß. d) Es ist immer für den Regenten eine delikate Sache, dieß Recht gewissenhaft auszuüben. Gehört er zu der katholischen Kirche, so darf er immer mit großer Behutsamkeit verfahren, daß ihm nicht Subjekte empfohlen werden, die zwar die Hofgunst, aber nicht das Vertrauen des Volkes besitzen.

Die Geschichte der *nominationis regiae* stellt ein bedenklicheres Tableau, als die Geschichte der Wahlen auf. Gehört der Regent nicht zur katholischen Kirche, so ist die Ausübung dieses Rechtes für ihn noch kritischer. Mit unverwandtem Blicke wird der Katholik auf denselben hinsehen, und wenn das ernannte Subjekt nur einige in die Augen fallende Mängel haben sollte, so wird bei denselben Beunruhigung entstehen, Mißtrauen erzeugt und unterhalten werden. Diesem allen wird vorgebeugt, wenn der Souverain die freie Wahl mit Vorbehalt seines Bestätigungsrechtes gestattet. Das Opfer, welches die Souveraine dadurch brächten, wäre eben so groß nicht; denn dieser Vorschlag ist der älteren Kirchendisziplin gemäß, und man gestattet ja von Seite der Regierungen anderen Confessionisten die freie Wahl ihrer Kirchenvorstände, vorbehaltlich des Bestätigungsrechtes der Regierung. Es wäre daher nur eine loyale Handlung, die man ganz wohl von dem erhabenen Charakter der Souveraine, denen es nicht um Glanz und Erweiterung ihrer Macht, sondern um das Wohl des Staates und der Kirche zu thun ist, erwarten darf.

3.) Der Rang des Erzbischofs ist jener nach dem ersten Staatsminister; sein jährlicher Gehalt wird nebst einer anständigen freien Wohnung auf fünfzehn tausend Gulden regulirt. Der Unterhalt eines Metropolitens für Baiern fällt dem Könige von Baiern zur Last; den eigentlichen Amtsgehalt des zweiten Metropolitens, in so weit er die bischöfliche Dotation übersteigt, welche dem Landesherrn aufliegt, theilen die übrigen Souveraine unter sich nach dem Verhältnisse der Bevölkerung der katholischen Unterthanen.

Wenn der Vorschlag des H. V. so gemeint ist, daß der Gehalt der Erz - und Bischöfe in der angegebenen Summe bloß auf die landesherrliche Kassen radizirt werden soll, so hat derselbe auf keine wünschenswerthe Art für die Erz - und Bischöfe gesorgt. Ist aber der Sinn dieser, daß diese Dotation ihnen an Grundvermögen ausgemittelt, und übergeben werden soll; dann mag sein Vorschlag einen größeren Dank verdienen. Daß der Gehalt der aufzustellenden Erz - und Bischöfe auf Grundvermögen radizirt werden möge, ist den Bestimmungen des §. 34. und 35. des jüngsten Deputations - Schlusses gemäß. In denselben wird es den mit dem Kirchengute

entschädigten Erbfürsten zur Incumbenz gemacht, aus diesen wieder die neuen Kultanstalten herzustellen. Aus der Verbindung, in die man das alte und neue Kirchengut gesetzt hat, geht hervor, wie diese Redotation geschehen soll, nämlich durch Grundvermögen. Es ist auch dem Staate vortheilhafter und für die Kirche solider, die Dotation auf Grundvermögen zu richten. Güter hat der Staat immer, nicht aber Geld. Die Bewirthschaftung der Güter ist dem Staate nicht so vortheilhaft, als den Privaten; er mag sie daher leichter entbehren, und ihre Kultur Anderen überlassen. Diese Güter in das Eigenthum einer Stiftung übertragen, sind dem Staate immer wieder zum Unterpfande, und er benutzt dieselben alljährlich, und empfängt immer zum Theile wieder, was er gegeben hat. Die Kirche aber wird sich nur dann einer sicheren Subsistenz zu erfreuen haben, wenn sie Grundvermögen besitzt; denn 1) gewährt eine solche Geld - Dotation nie eine Gewissheit. Der Staat kann nie dafür bürgen, daß er immer eine solche Summe bezahlen könne. Die neueren Zeiten haben die Ueberzeugung geliefert, daß auch bei dem besten Willen und den angestreng-

testen Kräften die Zeit-Verhältnisse die Leistung der Zahlung verhindern können; in welcher Verlegenheit fanden sich von Zeit und Zeit Staatsdiener und Pensionisten? Nebst dem 2) würde ein gewisser Mißstand herauskommen, wenn man die Episcopate und Kapitel nicht auf Grundvermögen stiften wollte, da doch die Pfarreien ihre Grund-Dotationen erhalten haben, und sie, wie gerecht und billig, erhalten sollen; sollten die ersten Anstalten in der Kirche weniger günstig behandelt, und weniger gründlich besorgt werden? Wenn man in den neueren Zeiten aus den wichtigsten Gründen den Einfluß der Religion und der Religionsanstalten auf das bürgerliche Wohl eingesehen hat, und geneigt ist, der Geistlichkeit wieder zur Behauptung ihres Einflusses die nothwendige Achtung zu verschaffen, so wird ihnen auch 3) ein Platz in der Reihe der activen Bürger gegönnt werden. Zu dieser Qualität würden sie aber nie gelangen können, wenn sie als bloße Staatssalaristen zu betrachten wären, auch würden sie in dieser Eigenschaft wenige Dienste dem Vaterlande leisten können. Es scheint daher zweckmäfsig, diese Anstalten mit einer Grund-Dotation zu

versehen, um die Geistlichen dadurch zu activen Staatsbürgern zu erheben. Ob das vorgeschlagene Gehaltsquantum erklecklich sey, um die mit dieser Würde verbundenen Auslagen zu bestreiten, und etwa auch derselben den nothwendigen Glanz zu verschaffen; hierüber werde ich meine Bemerkungen mittheilen, wenn von dem Gehalte der Bischöfe die Rede seyn wird.

4.) Vor der Konsekration wird der Erzbischof in die Hände des Souverains folgenden Eid ablegen:

„Ich verspreche dem Könige, seinen Nachfolgern und der Konstitution des Reichs Treue und Ergebenheit. Ich schwöre in meiner Amtsführung nichts Nachtheiliges gegen den Staat und das allgemeine Beste zu unternehmen, sondern jederzeit das Wohl des Staates und der mir anvertrauten Kirche zu befördern.“

5.) Der Eid des andern Erzbischofes wird in die Hände einer gemeinschaftlichen Commission, oder eines gemeinschaftlich bestimmten Souverains abgelegt.

Wenn der Souverain nicht schon Garantie genug in dem Charakter des Erzbischofs für die Treue und Ergebenheit gegen seine Per-

son und die Constitution des Reichs finden sollte, so kann ein solcher Eid verlangt, und auch geleistet werden.

6.) Das Kapitel in Regensburg oder Bamberg, so wie jenes in Bruchsal oder Ellwangen sind ständige Metropolitan - Kapitel.

Da sich in der Zwischenzeit die Gränzen Deutschlands gegen den Rhein zu geändert haben; so wird sich dieser Vorschlag wenigstens, was den zweiten Metropolitansitz betrifft, gleichfalls modificiren.

7.) Die Befugnisse der Metropolitens und ihre Verhältnisse zu den Bischöfen sind: a) der Metropolit wird vermöge seines ursprünglichen Rechtes binnen 3 Monaten nach der päpstlichen Confirmation die Suffragan - Bischöfe consecriren, und sie gemeinschaftlich mit einem landesherrlichen Commissair einsetzen und vorstellen lassen.

Der Ausdruck: ursprüngliches Recht, ist zweideutig. Soll dies in Parallele mit den bischöflichen Rechten, die man in der kanonischen Sprache zuweilen *jura originaria divina*, nennt, gemeint seyn; so gibt es keine ursprüngliche Rechte der Metropolitens. So wie die ganze Anstalt der Kirche nicht ursprünglich und *institutionis divinae* ist,

so sind es auch die Rechte nicht; soll es aber so viel heissen, daß das Recht der Konsekration der Bischöfe sogleich bei der Einsetzung der Metropolitan-Würde in der Kirche mit derselben verknüpft werde, so kann man es zwar ein ursprüngliches Recht nennen; allein es ist nicht nur, wie bekannt, in der Folge der Zeit verändert worden, sondern gar in *desuetudinem* gekommen. Wenn mit demselben, wie es in den ältesten Zeiten war, das Confirmationsrecht nicht verbunden ist, so ist es wohl nicht der Mühe werth, wenn die Metropolitens nach der Behauptung oder Wiedererlangung desselben geizen. Es gibt dann ihren Rechten keinen einflussreichen Zuwachs, und ihrer Würde kein großes Gewicht. Sollte der Metropolit hiemit wieder das alte Inthronisticon verbinden wollen, dann wäre es doch ein *jus utile*.

b) Ihm — dem Metropolitens — stehet nöthigen Falls in sehr wichtigen Fällen das Recht zu, mit vorgängiger Anzeige und Bewilligung der einschlagenden Regierung die Suffragan-Diöcesen zu visitiren. — Die erforderlichen Kosten und Ausgaben gehören unter die *onera jurisdictionis*, die der Metropolit zu tragen hat.

Der H. V., der den Gehalt eines Metropoliten auf fünfzehn tausend Gulden gesetzt hat, möchte mit diesem Vorschlage keinen gar grossen Dienst denselben erweisen, wenn er sie zur Visitation ihrer erzbischöflichen Sprengel auf eigene Kosten berechtigt. Die Neigung hiezu dürfte nur dann in Ihnen rege werden, wenn sie der Eifer eines Karl von Boromaei belebte. Uebrigens ist der Vorschlag dem Wohle der Kirche und dem kanonischen Rechte gemäfs. Nur erinnere ich dabei, dafs zwar der Metropolit eine Anzeige delfswegen an die betreffende Regierung machen soll; aber einer Einwilligung zur Vorahme einer solchen Visitation, da sie legal ist, scheint es nicht zu bedürfen.

c) In wichtigen aufserordentlichen Angelegenheiten kömmt den Metropoliten zu, die Provinzialsynode mit Einverständnifs des Staates zu versammeln.

Dieser Punkt dürfte von Seite des Papstes grossen Anstand finden. Wenn man auch gerade nicht an die Maximen des falschen Isidors denken will, nach welchen Provinzialsynoden als gefährlich dem päpstlichen Ansehen, und mit dem monarchischen Systeme in der Kirche unvereinbar, und in mancher anderen

Rücksicht als einen Revolutionsstoff enthaltend angesehen wurden, so mag es dem römischen Stuhle eben so sehr nicht zu verargen seyn, wenn er diesen Synoden unbedingt nicht geneigt ist. Wozu sie Lothar in seinen Händeln mit Teutbergen, Ludwig XIV. bei Gelegenheit der erfolgten *Declaratio cleri Gallicani*, und noch neuerdings Napoleon benutzte oder benutzen wollte, ist aus der Geschichte bekannt. Es darf daher nicht befremden, wenn der päpstliche Stuhl in der Art, wie hier der Vorschlag gemacht ist, Anstand finden sollte. Wenn der H. V. bei der Constituirung einer solchen Synode die Rechte des Staats nicht verkennt, so dürfte es von Seite des Oberhauptes der Kirche eben keine übertriebene Forderung seyn, wenn dasselbe darauf bestünde, die wichtigen außerordentlichen Angelegenheiten zu wissen, die den Metropolitens zur Abhaltung einer solchen Provinzialsynode bestimmten. Kaum können diese so individuell für seine Provinz seyn, daß sie nicht auch die ganze Kirche interessirten? Dann müßten sie am Ende doch an das Oberhaupt gebracht werden. Ferner könnte sich ereignen, daß die Ansichten zwischen dem Metropolitens und Provinzial-Bischöfen

getheilt wären; ohne die Gesinnungen des Papstes möchte daher kaum eine solche Synode zu Stand kommen, oder zu einem für die Kirche ersprieslichen Zwecke führen. Das neueste Beleg zur Bewahrheitung dieser Bemerkung sind die neuesten Synoden von Pri- stoja und Paris. Dieser Satz werde also daher so gefasst: In wichtigen Angelegenheiten seiner Provinzial - Kirche kömmt es dem Metropolit zu, mit Einverständniß des Staates und mit Vorwissen des Papstes eine Provin- synode zu versammeln.

d) An Ihn, den Metropolit geht der Ad- pellationszug in zweiter Instanz in geistlichen Dingen, wie deren Natur in gegenwärtigem Konkortate ausgesprochen ist.

Weitere Erklärungen hierüber folgen nach.

e) Der Metropolit hat das Informations- recht über alle am römischen Hofe vorbehal- tene Rechte, und insbesondere die canoni- sche Untersuchung über die neuanzustellen- den Bischöfe.

Ganz wohl! wenn dieß bloß von jenen Reser- vatrechten des Papstes verstanden wird, die ehemals von den Provinzialsynoden unter dem Vorstande des Metropolit, nachher von die-

sen allein sind ausgeübt worden, nun aber unter die Reservatrechte des Papstes gehören.

f) Ohne Anzeige und Mitwissen des Bischofes dürfen sich die Diöcesan - Bischöfe nicht aus ihren Diöcesen entfernen.

Wäre die Zeit genauer etwa von einem Monate zu bestimmen, über welche sich der Bischof ohne Erlaubniß seines Metropolitens nicht von seiner Diöces entfernen dürfte.

g) Der Metropolit wird über die Amtsführung der Diöcesan - Bischöfe wachen, sie auf ihr Verlangen berathen, und erforderlichen Falls mahnen. Er wird überhaupt suchen, die Kirchengesetze dem Zeitgeiste entsprechend für das Kirchenwohl zu handhaben, den reinen Geist der Religion in Gemeinschaft mit den Bischöfen zu erhalten, und stets das Beste der Provinzialkirche auf die kanonische Art zu befördern.

Rom möchte vielleicht bei diesem Vorschlage denken: *Latet anquis sub herba*. Es werden daher hierüber nähere Erläuterungen erfolgen müssen, um so mehr, als in Deutschland eine Parthei von Theologen und Kanonisten mit den beliebten Wörtern: Zeitgeist und reiner Geist der Religion, viel Unfug

getrieben, mehr zerstört als erbaut, und ein ganz gefährliches Spiel begonnen hat.

§. IV.

B i s c h ö f e.

A. Innere Partikular - Kirckenorganisation.

1. - Jeder Souverain wird einen oder mehrere Landesbischöfe haben; die kleineren Fürsten schliessen sich am schiklichsten an die gröfseren Nachbarn an.

2. Demzufolge dürfte das Königreich Baiern 3, Würtemberg 2, Baden 2, Hessenkassel 1, Darmstadt 1, und Nassau 1 Bischof erhalten.

Man hat wohl vor der Säcularisation oft die Bemerkung gemacht, dafs die deutschen Bisthümer verhältnifsmäfsig zu grofs und ausgedehnt seyen; daher die Diöcesangeschäfte nicht so leicht in genaue Uebersicht und Controlle genommen werden können. Allein diese Bemerkung war ikrer Kausale nach im Ganzen nicht richtig. Die reichlich dotirte *mensa episcopalis* konnte für die nothwendigen Anstalten sorgen, den Geschäften Uebersicht und Beschleunigung zu ertheilen, wie diess die eingesetzten Archidiakone, Com-

missariate, Dekanate zeigten. Von einem Ende der Diöces zu dem anderen konnte man mit der curia des Bischofes immer in einigen Tagen communiziren, und von daher wieder die nothwendigen Entschliessungen erholen, so wie sich der Bischof in einem eben so kurzen Zeitraume von Allem, was in der Diöces Wichtiges vorging, informiren konnte. Wenn es daher in der Diöcesan - Administration irgendwo an Uebersicht und Beschleunigung fehlte; so lag es nicht an den Einrichtungen, sondern vielleicht an der Thätigkeit der Personen, die die Geschäfte zu leiten hatten. Doch muß man gestehen, daß der Vorschlag, die Diöcesen nicht zu ausgedehnt zu machen, nicht verwerflich ist; wer mit dem Umfange des bischöflichen Amtes vertraut ist, wird die Billigkeit desselben einsehen. Allein zur Realisirung dieses Vorschlages, wie sich der H. V. durch den seinigen merken läßt, möchte wenig Hoffnung vorhanden seyn. Ehe dürften aus ökonomischen Rücksichten die neuen Bisthümer gröfser als kleiner werden. Wenn das Königreich Baiern, über dessen Flächeninhalt sich dermalen 9 Diöcesen ausdehnen, nur drei Bisthümer enthalten soll; so müssen diese sehr grofs werden.

Der Geschäftsgang, wenn auch seine Sphäre nicht so, wie ehemals, ausgedehnt seyn sollte, müßte dann, da vielleicht zur Erleichterung desselben dem Bischofe die Mittel nicht zu Gebot stehen, sehr erschwert werden. Ob hiemit das Wohl der katholischen Kirche besorgt sey, mag der Kenner prüfen. Es scheint daher zweckmäßiger, wenn die Zahl der Bisthümer bei Baiern wenigstens auf 5, bei Baden auf 3, Württemberg 2, Hessenkassel 1, Darmstadt 2, Nassau 1 gesetzt wird.

3.) Der Landesbischof wird allzeit als der letzte Staatsminister den öffentlichen Rang im Staate erhalten.

4.) Der Bischof muß an dem Orte seiner Residenz beständig wohnen, und darf seine Diöces über 8 Tage nicht verlassen, ehe er hiezu die Einwilligung seines Souverains und des Erzbischofes erhalten hat.

Der Zeitraum von 8 Tagen ist, wie oben *ad Lit. d.* bemerkt ist, zu kurz.

5.) Dem Bischofe wird von Seite des Staats ein Kapitel oder ein bischöflicher Senat do-
tirt; es besteht im Ganzen aus sechs Gliedern; der Vorstand ist zugleich des Bischofs General - Vikar.

So wie in *spiritualibus*, so auch in *pontificalibus*; denn bei der wahrscheinlichen Gröfse der Diöcesen möchte, besonders, wenn der Bischof im Alter etwas vorgerückt ist, die letztere Person eben so nothwendig, wie die erstere seyn. Bei der Dotation des Kapitels gelten eben jene Grundsätze, die ich bereits bei der Dotation der Erz - und Bisthümer angegeben habe. Ob sechs Mitglieder hinlänglich zur Besorgung der Geschäfte seyn möchten, läfst sich im Allgemeinen nicht bestimmen, da es hiebei auf die Gröfse und den Umfang der Diöces ankömmt.

6.) Das Kapitel ist das wahre Presbyterium des Bischofs. Während der bischöflichen Vakatur besorgt dasselbe unter der Leitung seines Vorstandes, der ohnehin General - Vikar ist, die Verwaltung der Diöces.

7.) Das Kapitel wird sogleich bei dem Tode des Bischofs dem Landesherrn sowohl, als dem Erzbischofe hierüber die Anzeige machen.

8.) Der Staat errichtet dem Bishhofs an dem Orte seiner Residenz ein Seminar, das auf Kosten des Landesherrn eingerichtet, und so vollständig dotirt werden soll, dafs sowohl das nöthige Personale erhalten, als wenig-

tens die Hälfte der geistlichen Zöglinge frei ernährt werden könne.

Die Seminarien sind in den dermaligen Zeiten nicht nur eine für das Wohl der Diöces förderliche, sondern nothwendige Anstalt. Ihren Nutzen hat die Erfahrung einiger Jahrhunderte erwiesen. In den meisten Diöcesen Deutschlands existiren ganz ergiebige Fonds hiezu, die der Säcularisation nicht unterworfen worden sind. Gerechtigkeit erfordert, daß diese herausgegeben, und gemeinschaftlich nach ihrer ursprünglichen Bestimmung benutzt werden. Es dürfte daher das Opfer nicht groß seyn, welches etwa bei einer oder der anderen ganz neuen Diöces von dem Landesherrn zu bringen wäre. Um die Sache zu vereinfachen, möchte es gerade am zweckmäßigsten seyn, bei der Dotation des Episcopats zugleich auf diese Anstalt Rücksicht zu machen, und dem Bischofe zu seiner Disposition für diesen Entzweck die nothwendigen Fonds anzuweisen.

9.) Die Annahme in das Seminar wird durch eine Prüfung entschieden, die durch einen landesherrlichen und bischöflichen Commissair abgehalten wird.

Dieser Vorschlag verräth zu viel Mißtrauen.

Die Aufnahme in das Klerikat ist eine rein bischöfliche Sache. Das Urtheil über die Befähigung und Würdigkeit der Kandidaten hängt vom Bischofe ab; dem Bischofe liegt alles daran, würdige Geistliche zu haben. Da er die Pflicht, für solche zu sorgen, nicht nur gegen die Kirche, sondern auch gegen den Staat, dem er ohnehin den Eid der Treue geleistet, übernommen hat, warum will man ihm bei diesem Falle kein Vertrauen schenken?

10.) Das Seminar nimmt in dem Falle, daß sich an seinem Sitze keine Universität befindet, nur jene Kandidaten auf, die bereits ihre theologischen Studien auf der Landesuniversität zurückgelegt haben, und bildet sie noch im Seminar zur praktischen Seelsorge aus. Die ganze Einrichtung und Ordnung des Seminars wird vom Bischofe entworfen, und dem Landesherrn zur Genehmigung vorgelegt.

Dieser Idee, die von dem Kaiser Ioseph II. entlehnt ist, und in den österreichischen Staaten kein Glück gemacht hat, kann auch ich meinen Beifall nicht geben; vielmehr finde ich den Vorschlag umgekehrt zweckmäßiger. Es ist nur eine Stimme unter Allen, die mit

der jetzigen Erziehung und dem Charakter der Jugend bekannt sind, daß der Gang zum sinnlichen überwiegend, und die intellektuelle Kultur mit der moralischen in keinem gleichen Verhältnisse stehet; daß die Umgebungen der Welt voll Ränke und Gefahren, und gerade die Antipoden desjenigen Charakters sind, der dem geistlichen Stande eigen seyn soll. Es ist eben so bekannt, daß die Universitäten bei weitem das nicht mehr sind, was sie waren, oder doch ihrer ursprünglichen Bestimmung nach seyn sollten. Wo man immer die Augen hinwirft, so zeigt das Universitätsvolk — edleren Jünglingen bleibt die Ausnahme und ihr Werth — wilde Sitten, freie Grundsätze, besonders im Punkte der Religion, Ungebundenheit in ihrer Lebensart, Hang zum Müssiggange und Verschwendung, und andere läppische Schwachheiten aus. Universitäten sind daher die Atmosphäre nicht, wo der Adspirant zum geistlichen Stand gedeihen kann. Die Freiheit dieses Lebens verträgt sich nicht mit der strengen Ordnung des Seminars, der Geist der Unabhängigkeit nicht mit der hier nothwendigen Subordination. Kömmt daher der Universitäts - Jüngling in eine solche Anstalt, so ist ihm Alles fremd,

ungewohnt, lästig. Bald empfindet er Unbehaglichkeit in seiner Lage, aus dieser entsteht Mißmuth, und endlich Abneigung zum zu dem gewählten Stande, die ihm Alles vergället, Kopf und Herz verdirbt, und ihm entweder zum gefährlichen Gleisner, oder unverschämten Verführer macht. Wäre die Wahrheit dieser Behauptung nicht schon an und für sich allgemein bekannt, so dürfte man nur die bischöflichen Ordinariate ihre Ueberzeugung aussprechen lassen. Es muß daher weit zweckmäßiger erscheinen, wenn man nach der Vorschrift des Kirchenraths zu Trient zuerst die geistliche Bildung in den Seminarien mit der Aufnahme von Jünglingen von 16 bis 17 Jahren beginnt, einen festen Grund zu ihrer geistlichen Bildung leget, ehe man sie den Gefahren des Universitäts-Lebens aussetzet. Die Bildung eines Geistlichen kann vollständig im Seminar selbst, wenn es gehörig eingerichtet ist, geschehen. Es wäre daher gut, wenn nicht alle Adspiranten zum geistlichen Stande ohne Unterschied, sondern nur die Gesetzteren und Fähigeren dahin geschickt würden, um sich vollkommener auszubilden, und zu Lehr- und anderen erhabeneren kirchlichen Stellen ge-

braucht zu werden. Ferner bemerke ich zu diesem Vorschlage des H. V., was den Antheil, der daran den Staat betrifft, angeht. Die Erziehung der Geistlichen hat so einen eigenen Charakter, daß hier eigentlich wahr wird: *Nemo dat, quod non habet*. So wie die Grundsätze vom Fleische und Geiste immer einander widersprechen, und so wie der Weltmensch sich keinen richtigen Begriff von dem wahren religiösen Geiste machen kann, so kann man nicht sicher über diese Erziehung weltlicher Seits urtheilen. Der Antheil des Staates an der geistlichen Erziehung in den Seminarien muß daher mehr negativer als positiver Art seyn. Der H. V. der Ideen, der eben so wie ich, von der Richtigkeit dieser Bemerkung überzeugt zu seyn scheint, hat sich, wie aus der Note erhellet, nicht getraut, diese klar genug auszusprechen, und scheint auch das Verdienst, welches diese Anstalten haben, nicht gewichtig genug zu schätzen, und sie dermalen als den Forderungen des Zeitgeistes nicht entsprechend zu betrachten. Allein mit Unrecht! Man muß sich von diesen Instituten keine übertriebene Begriffe machen, sie sind auf die gewöhnliche Bildung des Geistlichen be-

rechnet, und man will mehr auf die moralisch - religiöse als eine hyperintellektuelle wirken. Nach dieser Ansicht leisteten sie ehemals Alles, was man mit Billigkeit fodern konnte, und wenn sie dermalen nicht dieß mehr leisten sollten, so ist es mir ein Beweis, daß auch ihrer Vorstände und Glieder ein denselben widriger Zeitgeist sich bemächtigt hat. Es ist daher vielmehr Interesse des Staates, diesem Zeitgeiste dadurch entgegen zu wirken, daß dem Bischofe in der Leitung dieser Institute freiere Hand gelassen wird.

11.) Der Landesherr wird auf den Vorschlag des Bischofes den Alumnern vor der Ordination den erforderlichen Tischtitel ertheilen, und es ist dem Bischofe nicht erlaubt, einen Alumnern früher zu ordiniren.

Dieser Vorschlag enthält zwei Gegenstände, die Verleihung des Tischtitels, dann die Ordination der Kleriker. Bei der ersteren sehe ich nicht ein, warum nur der Landesherr allein den Tischtitel ertheilen soll. Werden die Bisthümer wieder dotirt, und eine *mensa episcopalis* wieder hergestellt; warum soll denn der Bischof nicht auch den Tischtitel nach der Vorschrift des alten Kir-

chenrechtes ertheilen können? Es ist nicht zu erwarten, daß sich derselbe zu viele Last aufladen dürfte. Auch finde ich keinen Grund, warum nicht unter gewissen Bestimmungen, die ein Barriere gegen Mißbrauch sind, es adelichen Gutsbesitzern, Gemeinden und selbst reichen Privaten erlaubt werden sollte, den Tischtitel zu verleihen. Der vom H. V. ausgesprochene Grundsatz beschränkt die Kirche gar zu sehr, und unterwirft sie willkührlich dem Staate. Eben so ist es, wenn der Bischof bei der Ordination lediglich auf die Concession des Landesherrn beschränkt wird. Es liegt zwar allerdings dem Landesherrn daran, daß die Zahl des Klerus nicht zu übermäfsig anwachse; allein wenn derselbe gewisse Subjecte zum wirklichen Staatsdienste entbehrlich findet; warum sollte er sie hindern, sich den geistlichen Stand zu wählen, und den Bischof, sie, wenn sie den geistlichen Stand gewählt haben, zu ordiniren. Wenn in Frankreich vorhin die Regierung dieses Mittels sich bediente, um den geistlichen Stand zu drücken, will man in Deutschland ein Gleiches nachahmen?

12.) Die Regierung wird als eine nöthige Diöcesananstalt einen Fond ausmitteln, aus

welchem den alten verdienten und zur Seelsorge nicht mehr fähigen Priestern entweder eine standesmäßige Pension, oder die nöthige Unterstützung zum Unterhalte eines Hilfspriesters gereicht werden kann. Die Pension eines verdienten Seelsorgers soll auf 500 fl. wenigstens gebracht werden.

Vortrefflich! Die Ausführung kann dem Staate nicht viel mehr als das Wollen kosten. In manchen Diöcesen sind schon eigene Emeritenfonds vorhanden. Diese dürfen also nur beigezogen werden. Nach der Säcularisation sind viele *beneficia simplicia* vorzüglich jene, die *liberae collationis* waren, eingezogen worden; diese brauchen nur wieder hergestellt, und zu diesem Fonde verwendet zu werden. Es ist billig, daß auch der Tischtitel - Verleiher einen Beitrag leiste. Werden diese Quellen vereinigt, so wird sich ein hinlänglicher Fond zur Unterstützung der emeritirten Priester bilden, und nicht nothwendig seyn, die Geistlichen selbst durch allerlei Taxen zu belästigen, wodurch sie sich ihren Unterhalt am Abende ihres Lebens gleichsam selbst schaffen müssen. Noch unbilliger aber ist, wenn man sogar fodern wollte, daß der emeritirte Priester sich aus seinem Privatver-

mögen selbst unterhalte. Treffend erinnert hiegegen der H. V.: Der Seelsorger steht in Parallele mit dem weltlichen Staatsdiener, und hat daher gleiche Ansprüche auf eine liberale Behandlung bei der Bestimmung seines Ruhegehaltes zu machen.

B. Gesetzgebung.

1.) Dem Bischöfe stehet in dem Umfange seiner Diöces die Gesetzgebung über alle Gegenstände zu, die rein geistlicher Natur sind, oder die in den Wirkungskreis der kirchlichen Gesellschaft gehören, mithin seiner Leitung übertragen sind.

Bei Bestimmung der Grenzen zwischen der geistlichen und weltlichen Gewalt hat man sich von keiner Seite immer in den gehörigen Schranken gehalten. Wenn man im Mittelalter von Seite der Kirche das ganze Gebieth der weltlichen Macht in Anspruch nahm, so hat man dagegen von Seite der weltlichen Gewalt in neueren Zeiten diess erwiedert und das ganze Gebiet der Kirchengewalt in Beschlag zu nehmen gesucht. Beides überschreitet die wahre Gränze und mit ihr die Gerechtigkeit. So wie es übertrieben war, wenn die Kirche *sub titulo peccati* alle Verträge unter ihre

Gesetzgebung zog, so ist es übertrieben, wenn man derselben nur allein die Gegenstände rein geistlicher Natur, nicht aber jene, welche aus dem kirchlichen Gesellschaftszwecke entspringen, z. B. Benefizial - oder Patronat-Sachen, zur Bestimmung überlassen will. Der H. V. scheint von der nämlichen Ansicht auszugehen, und letztere unter dem Ausdrucke zu begreifen: die der Leitung des Bischofes übertragen sind; jedoch merkt man es, daß er kaum den Muth hat, seine Ueberzeugung, die freilich den Zeitgeist nicht für sich hat, laut auszusprechen. So sagt er in der Note, daß eigentlich die Kirche keine Gewalt habe, Gesetze zu geben, sondern nur Statuten machen könne. Allein wenn der H. V. annimmt, daß die Statuten der Kirche für die Gläubigen verbindende Norm sind, wie er diess allerdings nach dem katholischen Kirchenrechte wird annehmen müssen, so ist es ein Wortstreit, ob man die Vorschriften der Kirche Gesetze, oder Statuten nennt. Was im bürgerlichen ehemals *νομος* oder *lex* hieß, das hieß man in der Kirche *κανον* oder *regula*; die Wirkung war dieselbe.

2.) Gesetze — Statuten — welche den Kultus und die äussere Kirchendisziplin betreffen, kann der Bischof nicht anders, als mit Benehmen und Einverständniss des Staates ertheilen.

Ist in der Allgemeinheit, wie dieser Vorschlag dasteht, unrichtig. Der Kultus der katholischen Kirche ist entweder dieser Religionsanstalt wesentlich; dann kann der Staat, da er mit den dogmatischen Grundsätzen in inniger Verbindung steht, nichts bestimmen noch einwirken; die Kirche geniest hierin ihre Autonomie; oder er betrifft nicht wesentliche Anstalten; auch hier ist zu unterscheiden: Entweder beschränken sie sich auf blofs innere Anstalten, die den Umfang der Tempel nicht überschreiten; auch dann hat die Kirche ihre Autonomie um so mehr zu geniessen, als der Staat den Werth dieser Anstalten und ihren Einfluss auf den religiösen Sinn der Gläubigen nicht, sondern nur die Kirche beurtheilen kann. Sind sie aber so beschaffen, dass sie das Innere der Kirche überschreiten, und einen Einfluss auf den Staat haben, z. B. Wallfahrten, Festtage; dann hat allerdings der Staat seine Genehmigung hiebei zu ertheilen. Eben so verhält es sich mit

mit der Kirchendisziplin. In die Innere hat sich der Staat gar nicht zu mischen. — Die Poenenzialgesetze bestanden bei den heftigsten Verfolgungen der Kirche von Aussen vor und nach ihrer Aufnahme in den Staat ohne Genehmigung desselben blofs gestützt auf die Autonomie der Kirche. — Die äussere d. i., wenn Kirchenstrafen auch bürgerliche Wirkungen haben sollen, z. B. die Excommunication im Mittelalter — kann ohne Genehmigung des Staats nicht behauptet werden. Daher wäre dieser Vorschlag so zu fassen: Gesetze, welche den äusseren nicht wesentlichen Kultus, und die Kirchendisziplin, in wie ferne ihr auch bürgerliche Wirkungen zugestanden werden sollen, betreffen, kann der Bischof nicht anders, als mit Benehmen und Einverständnifs des Staates geben.

3.) Ertheilungen von Privilegien, und alle gesetzlichen Verfügungen, welche bürgerliche Verhältnisse berühren, bedürfen der Genehmigung des Staates.

4.) Die Verkündigung rein geistlicher Gegenstände und Hirtenbriefe geschieht im Namen des Bischofes ohne alle vorherige welt-

liche Staatseinnischung; öffentliche Erlässe aber, die mit den bürgerlichen Interessen in Berührung kommen, können nur mit der vorsamsten Genehmigung der Regierung bekannt gemacht werden; in solchen Fällen heisst es im Anfange der Verordnung: Mit höchstem landesherrlichen Einverständnisse.

Mit erstberegter Aufschrift auf den bischöflichen Ordinationen hat man es bisher in manchen Staaten sehr übertrieben. Die bischöflichen Ordinationen mochten welchen Gegenstand immer betreffen, z. B. Fastenmandate; so mußte diese Aufschrift an der Stirne stehen. Sonst wachsame Regierungen, wie z. B. die preussische, haben zwar die Vorlage der bischöflichen Ordinationen verlangt, aber diese Aufschrift erlassen. Ich sehe auch nicht, warum sie, die nur zur Verwirrung des Volkes und Herabsetzung der Bischöfe dient, denselben inscribirt werden soll. Der Bischof ist Unterthan des Souverains, und leistet ihm den Eid der Treue; er wird es also nicht wagen, durch irgend eine Ordination seine übernommene Pflichten zu verletzen, und wenn er noch dazu seine Ordinationen vor der Publikation der Einsicht

der Regierung vorlegen muß, so ist alle Gefahr etwas Nachtheiliges dem Staate unternehmen zu können, beseitiget; zu was also diese herabsetzende Inschrift!

*C. Kirchliche Dienstbestellung
und Gehalt.*

1.) Der Souverain wird binnen 3 Monaten vom Tage der Vakatur an den Landesbischof ernennen. Die Erfodernisse zur Ernennung sind: *a)* er muß Landeseingeborner seyn, *b)* wenigstens vier Jahre in der Seelsorge gestanden haben, *c)* dreißig Jahre alt seyn. Verstreichen die obigen 3 Monate, ohne daß der Souverain den Bischof ernannt hat, so geht das Besetzungsrecht an den römischen Stuhl über, der übrigens an die vorstehenden Erfodernisse gebunden ist.

Wenn gleich den Regenten das Ernennungsrecht zu den zu errichtenden Episcopaten, wie ich oben gezeigt habe, nach strengem Rechte nicht zustehen sollte, so wird es doch weder auf Seite des päpstlichen Stuhls, noch weniger auf Seite der deutschen Kirche, die nicht gehörig repräsentirt ist, Anstand finden, den Souverains das Ernennungsrecht zuzuerkennen, besonders, da dieß ein geeignetes Mit-

tel seyn könnte, den Frieden der Kirche zu erhalten. Die aufgezählten Eigenschaften, die der künftige Bischof besitzen soll, sind allerdings solche, die auf seine übrige Qualifikation schliessen lassen. Es ist auch anzunehmen, dass die Regierungen lauter ausgezeichnete und solche Subjekte zu den Bisthümern ernennen werden, die die volle Achtung des Volkes geniessen, und Beweise ihres reinen christlichen Eifers gegeben haben. So lange die Episcopate nur mittelmässig begütert seyn werden, werden sich Kadetten aus grossen Häusern nicht sehr häufig zudrängen: es dürften daher immer nur in intellektueller und moralischer Rücksicht sehr gebildete Competenten vorhanden seyn.

2.) Der ernannte Bischof wird vor der Konsekration in die Hände seines Souverains folgenden Eid ablegen.

„Ich verspreche dem Regenten, seinen Nachfolgern und der Konstitution des Reichs Treue und Anhänglichkeit. Ich schwöre nichts Nachtheiliges gegen das allgemeine Beste zu unternehmen, sondern das Wohl des Staates und der mir anvertrauten Diöces jederzeit nach Kräften zu befördern.“

5.) Se. päpstliche Heiligkeit werden den bei der Konsekration der Bischöfe üblichen Eid in die folgende Form abändern.

„*Ego N. nominatus ecclesiae N. episcopus pro-*
„*mitto ac juro sanctissimo domino nostro N.*
„*papae ejusque successoribus fidem et cano-*
„*nicam obedientiam juxta decreta et canones*
„*universalis ecclesiae exhibere; jura et autho-*
„*ritatem ecclesiae catholicae defendere et pro-*
„*movere curabo, et divinum munus regendae*
„*ecclesiae N. mihi commissum in animarum po-*
„*pulique salutem pro viribus exequi spondeo.*“

Bei der grossen Conversion, welche die Kirchenanstalten sowohl, als die hierauf Bezug habenden Grundsätze in den neueren Zeiten erlitten haben, mag selbst dem päpstlichen Stuhle nicht entgehen, daß der Eid, den vorhin die Bischöfe ableisteten, in der Form, wie er noch *in pontificali romano* enthalten ist, nicht mehr anwendbar sey; es mag demnach eine Abänderung ganz zweckmässig seyn. Ob aber die vorgeschlagene Form von Seite Roms möchte beliebt, und etwa nicht als zu allgemein und unbestimmt angesehen werden, steht zu erwarten; denn nicht nur ist es für den Papst und die Bischöfe gut, daß die wechselseitigen Verpflichtungen bestimmt aus-

gehoben werden, sondern in der Formel selbst sind solche Punkte enthalten, die gleichsam durch das Konkordat wieder resuscitirt werden. So kann z. B. der Papst fodern, und die Bischöfe darauf verpflichten, daß sie noch immer in gewisser Rücksicht die Aufträge, die er ihnen gibt, *salvo jure status sui* als Unterthanen der Souveraine nämlich besorgen; daß sie den in den Provinzen ankommenden oder durchgehenden päpstlichen Gesandten höflich begegnen, und ihrer Reise beförderlich seyen; daß sie keine zweideutige Rolle spielen, und das, was ihnen vom Papste aufgetragen oder anvertraut worden ist, getreulich ausführen und bewahren wollen; daß sie denselben von Zeit zu Zeit, oder wenn er es fodern sollte, Relation über den Zustand ihrer Kirche abstaten wollen; daß sie die Güter ihrer *mensa episcopalis* nicht ohne Genehmigung des Papstes veräußern, verpfänden, oder sonst mit nachtheiligen Verbindlichkeiten beschweren wollen. Der abzulegende Eid möchte also bestimmter in folgender Formel gefaßt werden.

Ego N. nominatus ecclesiae N. episcopus juro ac promitto, me beato Petro apostolo, ejusque successoribus canonice intrantibus et spe-

eiatis domino nostro papae N. subjectionem et canonicam obedientiam exhibere velle; Jura et auctoritatem ecclesiae romanae, ejusque antistitum defendam et promovere studebo; non ero in consilio aut praestabo consensum, vel facta suscipiam, quae his juribus adversa sunt. Legatos pontificios in mea dioecesi commorantes vel pertranseuntes honorifice habebō, eosque in negotiis suis, quantum possum, suffulciam. Regulas sanctorum patrum decreta et ordinationes pontificias ab ecclesia receptas et adprobatas observabo. Negotia, quae mihi credituri sunt, fideliter exequar, et secreta fidei meae commissa non pandam aut in detrimentum romani pontificis vertam; singulis quinquenniis, aut quanto placuerit, relationem de statu ecclesiae meae reddam, bona mensae meae episcopalis, in consulto romano pontifice non vendam, non alienabo aut oneribus aliis gravabo, sed ea conservare et augere studebo.

4.) Die Regierung wird dem Landesbischöfe ein Gehalt von zehntausend Gulden nebst einer angemessenen Wohnung anweisen; dagegen hören alle bisher gewöhnlichen Beiträge der Geistlichkeit, von welchem Namen und Art sie immer seyn mögen, auf.

Von der Dotation der Bisthümer gilt, was ich oben bereits erinnert habe. Da ein einzig eingezogenes etwas mehr als mittelmässig begütertes Kloster erkleket, um eine genügende Dotation für ein Bisthum herzustellen, so dürfte die Grunddotation nicht schwer aufzubringen seyn. Ob der Bischof mit zehntausend Gulden Gehalt im Stande seyn möchte, grosse Wohlthätigkeit und viele Gastfreundschaft zu üben, ist zu bezweifeln, da doch die Auslagen, die er übrigens hat, noch bedeutend sind. Nur in dem Falle, wo die Dotation auf Güter radizirt wird, ist Hoffnung vorhanden, dass sie durch kluge Oekonomie und Sparsamkeit vermehrt werden könne, wodurch dann die Kirche und die Armen eine frohere Aussicht auf die Wohlthätigkeit der Bischöfe gewinnen würden.

5.) Dem Landesbischöfe bleibt es unbenommen, aus dem Kapitel sich zu seiner Unterstützung einen Weihbischof zu ernennen, den er aber auch zahlen und unterhalten muss. Der Souverain hat jedoch der ernannten Person die landesherrliche Genehmigung forderndst zu ertheilen.

Werden, wie ich oben vorgeschlagen, beide Stellen eines *Vicarü generalis in spirituali-*

bus und *pontificalibus* vereinigt, so ist dadurch dem Bischofe der Weg gebahnt, sich nach jeder Beziehung seines Amtes eine Unterstützung verschaffen zu können.

6.) Das bischöfliche Kapitel wird auf folgende Art ernannt und ergänzt. Der Bischof schlägt aus seinem Klerus dem Souverain zu jedem Platze zwei Kandidaten vor, woraus derselbe Einen auswählt. Niemand kann vorgeschlagen werden, der nicht 1) wenigstens zwei Jahre in der Seelsorge gestanden, 2) acht und zwanzig Jahre alt ist. Es müssen 3) wenigstens zwei Mitglieder Doctoren der Theologie und zwei der Rechte seyn, weil die vorfallenden Geschäfte die gründliche Kenntniss dieser Wissenschaften erheischen.

Zwei Gegenstände müssen von einander getrennt werden — die dermalige Besetzung der Kapitel und ihre succesive Bestellung oder Ergänzung. — Bei der dermaligen Besetzung mag die vorgeschlagene Art gewählt werden; bei der succesiven Ergänzung aber scheint diess nicht nothwendig zu seyn, da sich dieses Collegium immer selbst ergänzen kann. Wie aber diess geschehen soll, ob durch einen Turnus oder durch die Wahl der Glieder des Collegiums selbst, wäre genauer zu er-

wägen. Letztere Art scheint der ersteren vorzuziehen zu seyn, indem der Turnus leicht zu Mißbräuchen die Veranlassung geben könnte. Gegen die vorgeschlagene Qualifikation zu einer solchen Stelle ist nichts zu erinnern, nur darf man kein unbedingtes Vertrauen auf ein Doctorsdiplom setzen, sondern hat auf die bethätigten Kenntnisse mehr als jenes zu sehen.

7.) Den Vorstand des Kapitels, der zugleich General-Vikar ist, wird eben deßwegen der Bischof ernennen, vorbehaltlich der landesherrlichen Genehmigung.

8.) Der Gehalt eines bischöflichen Kapitularen wird nebst einem Hause auf 2000 fl.; jener des Vorstandes auf 3000 fl. gesetzt.

9.) Zu jeder vakanten Pfarrei wird der Bischof dem Landesherrn die drei der würdigsten Competenten vorschlagen, aus denen der Landesherr Einen dem Bischofe zur kanonischen Einsetzung präsentirt. Zur kanonischen Einsetzung können nur kommen: *a)* Landeskinder, oder solche, die naturalisirt sind, *b)* die wenigstens drei Jahre in der Seelsorge gestanden haben.

Ich sehe keinen soliden Grund, aus welchen der H. V. vorschlägt, daß der Bischof mit

dem seinem Amte so natürlichen Ernennungs- und Collationsrechte der Pfarreien ein Opfer bringen soll. Nur eine der Gewalt schmeichlende und der Uebermacht fröhnende Sophistik hat einige Scheingründe für Gregels *) Behauptung, daß das alte freie bischöfliche Collationsrecht gegen das landesherrliche Patronatrecht wie die Ausnahme zur Regel sich nach eingetretener Säcularisation verhalte, aufbringen können, die gründlich widerlegt worden sind; und dieses Recht der Bestellung geistlicher Pfründen durch die Staatsgewalt aus den Majestätsrechten ableiten zu wollen, ist der gesunden Vernunft entgegen, und in den Principien des Staatsrechtes nicht begründet. Wie überall, so herrsche auch hier Gerechtigkeit und Billigkeit. Die Souveraine sollen nicht das älteste Recht des Bischofs verkennen, welches diese bis ins fünfte Jahrhundert ganz allein und ausschliessend behauptet, und welches sie bloß vergünstigungsweise und nur in seiner Initiative den

*) Das landesherrliche Patronatrecht nach den veränderten Verhältnissen der bischöflichen Gerechtsamen betrachtet. Von Johann Philipp Gregel. Bamberg u. Würzburg, 1806.

Wohlthätern der Kirche eingeräumt haben, dagegen verkenne die Kirche nicht, daß es auch Patronatrechte gibt, und ehre diese. Es geschehe daher nach billigen Principien eine Sönderung, und dem Bischöfe werden jene Pfarreien zur freien Ernennung und Collation überlassen, zu denen er seit so vielen Jahrhunderten berechtigt war; dagegen werde nicht mißkannt, daß durch die Säcularisation manches Patronatrecht erworben worden sey, welches der Bischof anzuerkennen hat. Nur werde hiebei der Grundsatz nicht bei Seite gesetzt, daß im Zweifel die Vermuthung für den Bischof stehe. Auf diese Art allein können die bisher so sehr angesprochenen und gestörten bischöflichen Rechte wieder zum Wohle seiner Diöces selbst, und zu seiner Beruhigung hergestellt werden. Die Regierungen üben hiebei nur einen Akt der Gerechtigkeit aus. Noch muß ich mir einige Bemerkungen über die Art und Weise der Besetzungen der Pfarrstellen durch die Regierungen erlauben. — In manchen Staaten hat man Pfarrconcurse angeordnet, ohne hiebei dem Bischöfe einen weiteren Einfluß zu lassen, als daß der Kandidat ein Zeugniß seines Bischofs beibringen muß. Hiemit kann sich

aber der Bischof nicht ganz beruhigen. Bei der Vergebung der Pfarreien wird dann mehr oder allein auf diese, nicht auf jene Rücksicht gemacht, wodurch das Ansehen des Bischofs sehr leidet. — Ferner dadurch, daß man bisher die Pfarreien ohne Rücksicht auf die Diöcesen besetzt hat, hat man nicht nur den Klerus in die größte ökonomische Verlegenheit gesetzt, indem Mancher von seinem Vaterlande entfernt, in eine ihm ganz unbekannte Gegend geworfen, den nothwendigen Vorschufs zur Führung einer Oekonomie nicht auffinden konnte, oder sich in tiefe und beschwerliche Nahrungssorgen stürzen mußte, dem Bischofe aber Männer zugeschickt wurden, die ihm ganz fremd waren, die, da sie weder mit der Diöcesan - Verfassung bekannt waren, noch den Dialekt des Volkes verstanden, seine gerechten Besorgnisse erregen mußten; die lange Zeit in der Schule und in dem Beichtstuhle aus dem erst bemerkten Grunde keine befriedigende Dienste leisten können. — Endlich verdient auch wohl noch einer Rücksicht, daß die abzulösenden Taxen für die Anstellungs - Dekrete beschwerlich fallen, und das Ansehen von Annaten gewinnen, die doch von Seite der Regierungen so oft dem Papste

und den Bischöfen zum Vorwurfe gemacht worden sind. Auch diese Punkte, derer Wichtigkeit gewiss nicht wird verkannt werden können, wären in billige Rücksicht zu nehmen, und wenigstens zur Kenntniss der Regierungen zu bringen, um angemessene Einschreitungen zu treffen.

10.) Jeder neue Pfarrer muss der Gemeinde durch einen landesherrlichen und bischöflichen Commissair vorgestellt werden.

11.) Die Lehrer und Regenten der Seminarien werden von dem Bischofe ernannt; sie können aber ihre Stellen nicht eher antreten, bis sie die Staatsgenehmigung erhalten haben.

Wäre blofs für den Fall nothwendig, wenn der Bischof Auswärtige, die dem Staate mit keinen Pflichten zugethan sind, zu solchen Stellen einrufen und anstellen würde.

12.) Die Bestellung der Landdechante bleibt der freien Wahl der Kapitel überlassen. Der Gewählte bedarf der Genehmigung des Staates und des Bischofs. Die Wahl erfordert *a)* das Alter über dreissig Jahre, *b)* eine sechsjährige Ausübung der Seelsorge.

Ein unbedeutender Gegenstand, wenn die Dechante keine gröfsere Amtsgewalt, als diejenige, welche sie bisher hatten, erhalten sollten, wo

es mehr ein Ehrentitel, als etwas Reelles war. Man könnte ein Mißverhältniß auch darin bemerken, daß der Bischof nur 3 Jahre, der Dechant aber 6 Jahre in der Seelsorge gestanden haben solle.

13.) Der gewählte Dechant wird als eine ganz geistliche Würde bloß von einem bischöflichen Commissair vorgestellt.

Geschieht einfacher durch ein Kreisschreiben an die im Decanate begriffenen Pfarrer.

14.) Bei Pfarrvakaturen setzt der Bischof den provisorischen Verweser; er muß jedoch die Regierung von der provisorischen Anstellung sogleich in Kenntniß setzen.

15.) Die Kapläne bestimmt, ernennt und verwechselt der Bischof nach seinem Gutbefinden, jedoch wird er jedesmal der Regierung von seiner getroffenen Verfügung Nachricht geben.

Da der Bischof in der Regel die Vermuthung für sich hat, daß er nach seinen besten Einsichten und nach den Bedürfnissen seiner Diöcesan - Kirchen verfare; so ist es überflüssig und nur verzögernd, eine Anzeige wegen Abänderung und Versetzung der Kapläne zu machen, besonders da der Staat hiebei gar kein nahes Interesse haben kann.

16.) Die Begebung einfacher Benefizien, über die kein bestimmtes Patronatrecht besteht, wird nach N. 9. eingehalten. Auf Pfarreien und Benefizien, auf denen ein Lokal-Patronatrecht haftet — *patronatus laicalis* — wird zwar von dem Patrone präsentirt, er wird sich aber an die vorgeschriebenen Requisiten N. 9. binden, und seine Präsentation unterliegt sowohl der bischöflichen Annahme als der landesherrlichen Bestätigung.

Von den einfachen Benefizien, die ehemals von den Bischöfen vergeben wurden, d. i. die *collationis liberae* waren, gilt eben das, was von den Pfarreien gesagt worden ist. Ihre Begebung steht dem Bischofe zu, wenn nicht klar gezeigt werden kann, daß der Bischof nur in der Eigenschaft als Landesherr solche vergeben habe.

17.) Alle Geistliche werden vor ihrer ersten Anstellung zur Seelsorge dem Souveraine den Eid der Treue leisten, und zu dem Ende gleich nach der Priesterweihe folgende Formel schriftlich und eigenhändig an die Landesbehörde einschicken.

„Ich verspreche dem Regenten, seinen Nachfol-
 „gern und der Konstitution des Reichs Treue
 „und Gehorsam. Ich schwöre gegen das all-
 gemeine

„gemeine Beste nichts zu unternehmen, das
 „Wohl des Staates nach Kräften zu beför-
 „dern, und die Pflichten der Seelsorge streng
 „und gewissenhaft zu erfüllen.“

**D. Bischöfliche Gerichtsbarkeit und
 Amtsgewalt.**

1.) Der Bischof leitet aus eigener Amts-
 vollkommenheit — *jure proprio* — seine Diö-
 ces in geistlichen und kirchlichen Angelegen-
 heiten, er wird sich in den Diöcesangeschäf-
 ten des Beistands und des Raths seines Kapi-
 tels bedienen.

Wenn der H. V. die bischöfliche Amtsvollkom-
 menheit durch *jus proprium* ausdrückt, so
 möchte das nicht streng und adaequat in der
 kanonischen Sprache seyn. Mit *jus proprium*
 verbindet der Kanonist bloß die Idee von
 Rechten, die dem Episcopate seiner Einset-
 zung und seiner Natur nach zukommen,
 nicht aber einer Amtsvollkommenheit, die
 mehr sagen will, und die die Idee von einer
 gewissen Unabhängigkeit in sich enthält. Der
 H. V., wie aus der Note abzunehmen ist,
 deutet auf das Resultat des Emser Kongresses
 hin, worin die Amtsvollkommenheit des Epis-
 copats behauptet wird; allein es ist vielmals

dagegen gezeigt worden, daß die *jura propria episcoporum*, die man ganz wohl anerkennen kann, noch nicht *jura summa* seyen. Es ließe sich auch diese Behauptung nicht wohl mit dem Primat der Gerichtsbarkeit räumen.

2.) Dem Bischofe steht daher die richterliche Gewalt in Gewissens - Religions - und Kirchensachen nach den Grundsätzen der katholischen Religion zu: seine Entscheidungen können aber durchaus keinen bürgerlichen Einfluß haben.

Wenn der Staat, um seine Zwecke vollständig zu erreichen, nicht selten sich der Beihülfe der Religion und ihrer Diener bedient; wenn er in gefahrvollen Lagen, bei ausgebrochenen politischen Unruhen und Meutereien die Kirchen - Vorsteher auffodert, nicht nur mit Ermahnungen, sondern sogar mit geistlichen Waffen einzuschreiten; wenn selbst in Privatgeschäften manchmal die Geistlichkeit beigezogen wird, die Gewissen zu rühren; sollte die Kirche nicht erwarten dürfen, daß ihr der Staat auch manchmal Unterstützung leiste? Religion ist doch ein Theil der Basis, auf welcher das Staatsgebäude beruht. Wenn Frevler gegen die richterliche Gewalt der

Kirche ihr freches Haupt erheben, wenn sie derselben und ihren Anstalten nur Hohn sprechen, und alles mit Aergerniß erfüllen; sollte dann dieselbe in solchen verwüstenden Fällen, die ihr nachtheilig sind, nicht auch auf die Unterstützung des Staates Anspruch machen können? Ist Religion weniger ein schätzenswerthes Eigenthum, als es die zeitlichen Güter sind, denen die Gesetze beistehen? Die Maxime, die Kirche sich ganz selbst zu überlassen, und der Uebertretung kirchlicher Gesetze keine bürgerliche Wirkungen zu gestatten, hat man zu weit ausgedehnt, und in ihren Folgen nicht gehörig erwogen. Sie ist eine Geburt der Gleichgültigkeit gegen Religion und Kirche. Wie tief seit ihrer Geltendmachung beide mit ihrer Schwester Moralität gesunken sind, können einsichtige Regierungen täglich bemerken, und haben es Menschen und Religionsfreunde längstens bemerkt. Es sollte daher dieser Vorschlag so gefaßt werden: „Dem Bischöfe „steht die richterliche Gewalt in „Gewissens - Religions - und Kirch- „ensachen nach den Grundsätzen der „katholischen Religion zu; wenn „seine Verfügungen schnöde ver-

höhnt, und grofse Aergernisse gegeben werden sollten, so leistet ihm das *brachium saeculare* die nöthige Adсистенz.

3.) Se. päpstliche Heiligkeit werden als Folge dieser ausgesprochenen Grundsätze die sonst gewöhnlichen *facultates quinquennales* an die Bischöfe nicht mehr weiter ertheilen.

Wie dieser Vorschlag in diese Reihe komme, ist mir etwas unerklärbar. Die Sache selbst betreffend, glaube ich folgender Vorschlag werde die Grenzen der Billigkeit nicht überschreiten. Unter den Reservatrechten des Papstes sind einige, die von bedeutender Wichtigkeit sind, andere sind es weniger. Erstere, weil es auf Erhaltung der Kirchendisziplin im Allgemeinen ankömmt, die vielleicht die Bischöfe nicht so uniform zu erhalten im Stande seyn würden, blieben als solche, und den Bischöfen werde die Facultät zu dispensiren zum Besten ihrer Diöcesanen von Zeitraum zu Zeitraum etwa durch die eingeführten Quinquennellen ertheilt. Die minder wichtigen z. B. *recitandi rosarium loco breviarii etc.* würden frei gegeben, jedoch hätten die Bischöfe in ihren an den Papst zu erstattenden Berichten immer zu bemerken,

welchen Gebrauch sie von diesen Befugnissen gemacht haben.

4.) Den Bischöfen wird der Unterrichts- und Mahnungsweg, selbst die Ausschließung aus der kirchlichen Gesellschaft ohne alle Staatseinwirkung offen und unbenommen stehen. Keiner kirchlichen Strafe oder Zwangsmittel werden aber bürgerliche Wirkungen gestattet.

Gilt, was bereits ad Lit. D. N. 1. erinnert worden ist. Sieht man sich in den Staaten um, wie es wirklich bei der Ausübung dieses bischöflichen Rechtes gehalten wird, so findet man, daß man von Seite der weltlichen Regierung sogar verlangt, daß, wenn der Bischof eine Censur aussprechen und geltend machen will, er zuvor die Genehmigung der Staatsgewalt einhohle, wobei man sodann darauf sicher rechnen kann, daß diese unter mancherlei Vorwänden verweigert wird. Dieses will also im Grunde soviel sagen: der Arm der Kirche ist gelähmt, und es hängt von der Staatsgewalt ab, zu thun, was sie will. Wenn man ihr daher *in thesi* dieß Recht zuspricht, so wird ihr *in hypothesis* die Ausübung versagt. Wie drückend, wie zerstörend dieß für die Zwecke der Kirche sey,

wer mag es verkennen? Es mag daher die Stimme eines Rufenden in der Wüste nicht zu überhören seyn: Die Staaten dürften bei jetziger, allgemein verbreiteter, selbst ihrer eigenen Ruhe so gefährlicher Sittenlosigkeit dieß Recht der Kirche mehr in höhere Betrachtung nehmen und unterstützen. Die Kirchenstrafen binden zwar nur die Gewissen, dem Staate sollte es aber eine heilige Sache seyn, nicht zuzugeben, oder müßig zuzusehen, daß man mit dem Gewissen scherze, und dasselbe verachte. Ein schlechter Christ ist beinahe immer ein schlechter Bürger. Vielleicht wenn man diesen Punkt aufrichtig, und mit einem von Leidenschaften nicht verführten Herzen betrachtete, dürften die Regierungen Grund genug finden, nicht nur nicht gleichgültig gegen die Verfügungen der Kirche sich zu verhalten, sondern ihre Gewalt zu unterstützen und zu erweitern. Die Herstellung der sogenannten Rüge oder Sendgerichte in einer den jetzigen Zeitbedürfnissen angemessenen Art dürfte als ein vortreffliches Mittel befunden werden, das Mahnungs- und Ausschließungsrecht der Kirche wirksamer, als es bisher war, zu machen.

5.) Die Geistlichen sind in Hinsicht ihrer Amtsverrichtungen dem Bischofe unterworfen, von dem sie adprobirt und eingesetzt sind.

6.) In allen bürgerlichen Gegenständen und Klagen findet die bischöfliche Gerichtsbarkeit nicht mehr Statt. Der Staat wird jedoch den Geistlichen jenes Forum anweisen, was auch seine öffentliche Beamten genießen. Der Bischof wird in persönlichen Klagsachen jener Gerichtsstelle untergeben, die über den höheren Adel im Lande richtet.

Ist eine Wiederholung des §. 1. N. 4. Uebergehen kann ich hiebei nicht, daß, wenn als Bischöfe solche Männer aufgestellt werden sollten, bei denen man sagen könnte: *vox populi, vox Dei*, vielleicht sich auch die *audientia episcopalis* von selbst resuscitiren dürfte, die, wie ehemals, eine Wohlthat für den Staat dermalen seyn würde.

7.) Bei Verlassenschaften der Geistlichen wird die landesherrliche Behörde alle geistliche vorgefundene Amtspapiere, Siegel, kirchliche Gefäße sogleich bei der Obsignation an den bischöflichen Commissair oder Landdechant ausliefern.

8.) Dem Bischofe kömmt keine Strafgerichtsbarkeit über weltliche Vergehen der Geist-

lichen zu. Der Souverain wird jedoch in Kriminaluntersuchungen gegen Geistliche dem Bischofe das Urtheil vor dessen Publikation mittheilen, um etwa die auf Beziehung des Standes oder der Amtsverrichtungen des Geistlichen geeignete Verfügung zu treffen.

Da jedes peinliche Verbrechen, welches *notorietate juris* hergestellt ist, auch irregulär macht, und derjenige, der keine bürgerliche Ehre mehr hat, nicht wohl in einem öffentlichen Amte in der Kirche arbeiten kann; so wird es nothwendig werden, daß der Bischof in einem solchen Falle, um auch seine Maafsregeln darnach nehmen zu können, von dem Criminalgerichte wegen des ergangenen Urtheils in Kenntniß gesetzt werde.

9.) Der Staat wird keine persönliche Verhaftung eines Geistlichen oder Verkümmern seines Vermögens erkennen, ohne hierüber dem Bischofe Nachricht zu ertheilen.

Ersteres scheint eine gewisse Dezenz zu fodern, auch der Umstand, daß ein solcher Geistlicher außer Function gesetzt werden muß, damit der Bischof weitere Verfügungen treffen könne. Von der Nothwendigkeit einer Anzeige bei Verkümmern des Vermögens eines Geistlichen sehe ich keinen Grund ein, da die Be-

neficialrenten, die keiner Verkümmernng, sondern nur einer Sequestration unterliegen, nicht gemeint seyn können, die Patrimonialgüter aber den Verfügungen des Gesetzes unterliegen. Genießt der Geistliche noch das *privilegium competentiae*; so liegt dem Bischofe noch weniger daran, wie es ihm sonst als Verschwender ergehen mag.

10.) Die Erziehung der Jugend zur katholischen Religion gebührt der Kirche; der Bischof ist ermächtigt, die von dem Staate angestellten Schullehrer über ihre Religionsgrundsätze prüfen zu lassen, und sie durch ein desfalls auszustellendes Zeugniß zum Religions- und Lehramte zu ermächtigen.

In Bezug auf den öffentlichen, besonders den christlichen Religionsunterricht sind wohl seit der Säcularisation die bischöflichen Rechte am meisten verkannt, und am tiefsten verletzt worden. Es ist überhaupt, selbst für die Regierungen interessant, die Beschwerden der Kirche in ihrer wahren Darstellung zu kennen. a) Von mehreren Staaten ist der Grundsatz aufgestellt und ausgesprochen worden: die bürgerliche Erziehung ist von der religiösen zu trennen. In Gemäßheit dieses Grundsatzes wurden die

Schulen bloß unter die Aufsicht des Staates gestellt, der Einfluß der Geistlichen als solcher aufgehoben oder gehindert, der christliche Religionsunterricht in Hintergrund gestellt, und in den Volksschulen Alles nur auf einen allgemeinen Unterricht in der natürlichen Religion reduzirt, so, daß der positiv christliche hierbei als entbehrlich oder überflüssig erscheinen mußte; wenn man auch ihm in den allgemeinen Schulplänen noch einen Platz gestattete, so wurde doch für denselben so wenig Zeit verwendet, daß er unmöglich faßlich und eindringend genug werden konnte, und daß er nur bloß als ein tolerirter Zweig des öffentlichen Unterrichts erschien, nicht als ein wichtiger und wesentlicher. Es war Folge, daß die religiös - sittliche Bildung mit der intellektuellen keinen gleichen Schritt halten, und daher keine reife Früchte hervorbringen konnte. b) An die Spitze des ganzen Erziehungswesens wurden Männer gestellt, die zum Theile antichristliche Gesinnungen in öffentlichen Schriften an Tag legten, theils in der That wenige Achtung für Christenthum zeigten, die daher ihren christlichen Indifferentismus durchzusetzen suchten. Die Bischöfe mußten

es dulden, daß Aeusserungen gemacht, Bücher eingeführt, Ideen in Circulation gebracht wurden, die sie als gefährlich und schädlich ansahen; sie mußten mit bitterem Kummer zusehen, wie Füchse und Wölfe den Weinberg des Herrn verwüsteten. c) Man hat dem Schullehrerstande eine solche Bildung und Richtung gegeben, daß er zur Erfüllung eines Theils seiner Pflichten wenig mehr zu gebrauchen ist. Nicht nur hat man durch die vielen Rubriken, welche der öffentliche Lehrplan umfaßt, ihre Köpfe exaltirt, sondern auch, weil auch ihre Bildung keinen gleichen Schritt gehalten hat, sie an Kopf und Herz verdorben, so daß sie für die religiös - christliche Erziehung wenig mehr geeignet sind. Endlich d) gehört auch der Schulzwang unter die gerechten Klagen der Bischöfe. Nur mit großen Beschwerden und vielen Aufopferungen können es katholische Aeltern verhindern, daß ihre Kinder die Schulen einer anderen Confession nicht besuchen müssen, welches immer gerechte Besorgnisse bei ihnen sowohl als bei dem katholischen Seelsorger erregen muß. Es ist daher eine gerechte Forderung, welche der Bischof macht, daß ihm sein Einfluß auf den religiösen

Unterricht wieder frei gegeben werde. Die Regierung spreche daher den Grundsatz aus: Die bürgerliche und religiöse Erziehung gehe im gleichen Schritte. Der Staat erziehe den Bürger, die Kirche den Christen. Dem Bischofe werde daher nicht nur sein nothwendiger Einfluss auf die Erziehung des Schullehrers, sondern auch auf die dazu nothwendigen Anstalten überlassen. Er habe das Recht durch seine Commissarien die Schullehrer zu prüfen, sie auf die Symbole seiner Kirche zu verpflichten, über ihren Schulunterricht zu wachen, auf ihr sittliches Betragen ein wachsameres Aug zu haben, und auf ihre Entfernung oder Absetzung aus vollwichtigen Gründen und cumulativ mit den weltlichen Stellen anzutragen.

11.) Das in öffentlichen Schulen einzuführende Religions-Lehrbuch oder Katechismus muß von dem Bischofe gewählt, und forderndst genehmiget seyn.

Man ist in neueren Zeiten wohl von Seite der weltlichen Regierungen soweit gegangen, daß man die von den Bischöfen eingeführte Religionsbücher oder Katechismen tadelte, und andere beliebige zum öffentlichen Unterricht einführen wollte. Zwar hat man sich bei

solchen Schritten nur hinter des Formelle zurückgezogen, und wollte eine Aenderung nicht wegen der Lehren und Vorschriften, sondern wegen der Art des Vortrages durchsetzen. Allein schon dieser Grund charakterisirt das Uebertriebene dieser Forderung. Das Formelle ist hier zufällig, immer veränderlich, ein Spiel des Zeitgeistes, das wie der Hut in Gellerts Fabel, immer eine andere Gestalt annimmt. Die Hauptsache ist die Lehre, die richtige Darstellung und der Umfang derselben; die Beurtheilung hierüber kann aber nur dem Bischöfe zustehen. Ferner die Abänderung der Religions-Lehrbücher ist immer für den Religionsunterricht ein wichtiger Gegenstand. Der Bischof kann in mancherlei Rücksicht vollwichtige Ursachen haben, eine Aenderung nicht zu billigen. Denn nicht nur erweckt dieß Aufsehen bei den Gemeinden, verursacht neue im Ganzen bedeutende Kosten, sondern bringt in den öffentlichen Vortrag eine gewisse Störung, indem Lehrer und Lernende, wie sie sind, sich oft nicht so leicht zu fassen wissen. Der Bischof kann also gegründete Ursachen haben, eine Aenderung in dieser Sache nicht zu wünschen, ja sie sogar abzuschlagen.

Der Staat ist daher nicht berechtigt, ihm seine Verfügungen aufzudringen, und ein eigenes Religions - Lehrbuch für die Schule, gegen den Willen des Bischofes, einzuführen.

12.) Errichtungen, Trennungen, Unionen der Pfarreien, Einrichtung neuer ständiger Vikarien oder Kaplaneien wird der Bischof nicht anders als mit vorheriger Zustimmung des Staats vornehmen.

Seit der Säcularisation hat man die Errichtung, Trennung und Union der Pfarreien als einen Gegenstand betrachtet, den man ausschliessend von Seite der weltlichen Regierung beschäftigte, und wobei man sich nur begnügte, den Ordinariaten von der getroffenen Anordnung Nachricht zu geben. Diese Verfahrensart ist der Natur des Gegenstandes, und dem Kirchenrechte entgegen. Da die benannten Anstalten ohne Consens des Bischofes nicht legal bestehen können, und da dem Bischofe gewiss mehr als dem Regenten daran liegt, ob solche fortbestehen, oder modificirt, oder unterdrückt werden sollen; so sind Errichtungen, Trennungen oder Unionen der Pfarreien gewiss zum wenigsten ein Cumulativ-Gegenstand, der mit beiderseitiger Berathschlangung und Einwilligung abgethan werden soll.

E. *Ehesachen*, *)

1.) Die Sponsalien, als bürgerliche Verträge, so wie alle Schwängerungs- und Alimentationsklagen, gehören in keiner Ansicht zur bischöflichen Iudikatur.

Es ist *petitio principii*, wenn Sponsalsachen geradehin als bürgerliche erklärt werden. Betrachtet man diesen Gegenstand in Bezug auf die Ehe, die nach den Religionsgrundsätzen der Katholiken eine wichtige Religionshandlung ist, so wird der vorhergehende Vertrag eine Ansicht gewinnen, die allerdings die Kirche berechtigen kann, ihn unter ihre Verfügungen zu stellen. So wie dem Staate an zufriedenen und fruchtbaren, so liegt der Kirche an moralisch guten Ehen. Wie der Staat, um diesen Entzweck zu erreichen einen Vorvertrag aus Gründen des Staats wohl einführen zu müssen glaubte, so kann die Kirche aus Gründen, die das religiös-moralische Wohl der künftigen Ehegatten betreffen, auch

*) Die Grundsätze, die ich in diesem Abschnitte aufstelle, weichen freilich von dem Beliebten des Zeitgeistes ab; allein sie sind meine Ueberzeugung, und es würde nicht schwer seyn, wenn der Raum gegenwärtiger Schrift es gestattete, sie theils dogmatisch, theils philosophisch ausführlicher zu beweisen.

Verfügungen hierüber machen. Schon der ältesten Kirchendisziplin ist es gemäß, die Verlobten in besondere Aufsicht zu nehmen. Die *benedictiones sponсорum*, religiöse Ceremonien bei Abschließung dieser Verträge waren schon in ältesten Zeiten gewöhnlich. Es wäre demnach vom Staate selbst zu überlegen, ob er einen wahren Gewinn macht, wenn er die Sponsalien als bloß bürgerliche Verträge erklärt, und die kirchlichen Ansichten, die vorzüglich auf die religiöse Seite gehen, außer Beachtung läßt. Kaiser Joseph II. hat bekanntlich in seinen Staaten dem Sponsalvertrage seine bürgerliche Gültigkeit genommen; aber doch wahrhaft nicht zum Glücke der Ehen. Die Erfahrung hat vielmehr gelehrt, daß, seitdem man diesen Vertrag wenig achtet, die unglücklichen Ehen weit zahlreicher sind, als zuvor. Eben diese Rücksicht mag auch die preussische Regierung bewogen haben, gleich nach der Säkularisation in den westphälischen katholischen Staaten, die sie zur Entschädigung erhalten hat, diese Verträge nicht nur in bürgerlicher Gültigkeit zu erhalten, sondern auch die Iudikatur hierüber den geistlichen Gerichten zu überlassen. Schwängerungs-
sachen

sachen sind zwar keine geistliche Sachen, vielmehr sehr weltlich; allein wenn die Kirche hierüber ehemals eine Iudikatur behauptete, so wurde sie bloß als ein Censurgericht betrachtet. In dieser Eigenschaft hatte es selbst für den Staat wohlthätige Wirkung. Die Kirchenstrafen hatten etwas abschreckendes und besserendes zugleich. Seit der Zeit, als die Geistlichkeit von diesem Zweige der Gerichtsbarkeit entfernt ist, ist es mit der Moralität in diesem Punkte immer schlimmer geworden. Kirchenstrafen würden größeren Eindruck machen, als Geld und andere Strafen. Auch hier würde der Staat bei einer der Kirche zugestandenen Gerichtsbarkeit keinen Nachtheil haben. Alimentations-Sachen sind freilich ganz weltliche Sachen; als *causae incidentes et connexae* scheinen sie den geistlichen Gerichten zugelassen worden zu seyn, um nicht unnöthiger Weise aus einem Proceß zwei zu machen. Bei ihrer Ueberlassung an die geistlichen Gerichte dürfte daher der Staat auch nichts verlieren.

2.) Die Kirche wird in der Folge als kirchliche *impedimenta* nur anerkennen: a) Das Hinderniß der Ordensgelübde, so weit der

Staat diesen Stand dulden und aufnehmen wird. b) Die höheren geistlichen Weihen. c) Die Blutsfreundschaft und Schwägerschaft, doch so, daß hierin nur die zwei ersten kanonischen Grade noch geltend sind. d) Eine bereits gültig geschlossene Ehe — *impedimentum legiminis*. — e) Die Clandestinität. f) Die Religionsverschiedenheit, in so weit hierunter Nichtchristen verstanden werden. Alle übrige bisher bestandene kirchliche Hindernisse sollen von nun an als aufgehoben angesehen werden.

Der Gegenstand ist freilich wichtiger, als daß er in so wenigen Zeilen, die er in gegenwärtiger Schrift füllen kann, abgethan werden könnte. Die Frage in ihrem vollen Umfange hat das hohe Interesse: Welche Ehehindernisse sind als solche anzusehen, die zur Erreichung des heiligen Zweckes einer für Staat und Kirche so wichtigen Anstalt fortwährend bestehen, oder aufgehoben werden sollen? Oder auch: welche Reform soll die ganze bestehende Gesetzgebung in diesem Gegenstande leiden? Daß die Sache eine tiefere Prüfung, als ein so oberflächlicher Vorschlag ist, be-

dürfe, mag sich wohl keiner verhehlen, der mit dem Gegenstande genauer bekannt ist. Es wird daher der Vorschlag, den ich mache, von Sachverständigen gewiss mit Beifall aufgenommen werden, daß man bei einem abzuschließenden Konkordate diesen Punkt bei Seite setze, und denselben, da er sich, der nothwendigen Uniformität wegen, nur zur allgemeinen Verfügung in der ganzen Kirche eignet, auf allgemeine Bestimmungen, die zwischen allen Staaten und der hinlänglich repräsentirten Kirche Statt finden sollen, aussetze.

3.) Der Staat gibt hiebei die Erklärung, daß er die obigen Hindernisse zugleich als Staatsimpedimente sanctionire.

In den Vorschlägen *ad E. sub Nris. 2. 3.* gibt der H. V. zu verstehen, als wenn es mehr vom Staate als der Kirche abhängt, Eehindernisse zu bestimmen; wie einseitig diese Ansicht sey, werde ich noch auseinander zu setzen Gelegenheit haben.

4.) Der Kirche bleibt unbenommen, in diesen Hindernissen, in so weit es nach kirchlichen Grundsätzen geschehen kann, aus wichtigen Gründen zu dispensiren; dergleichen Dispensationen werden aber unentgeltlich geschehen.

Der H. V. erhebt hier in der Note ein Geschrei gegen die römischen Taxen, und nennt sie einen groben geistlichen Unfug, der den ganzen Werth der Dispensationen selbst als eine feile Waare bei dem Volke herabwürdiget. Ich habe bereits *ad* §. 2. N. 10. hierüber meine Gedanken geäußert. Hier vermischt der H. V. mit jenen auch die Stolgebühren. Ich weiß aber nicht, ob er selbst den Regierungen hiemit einen Dienst erweisen möchte. In den neueren Zeiten hat man nicht bemerkt, daß dieselben geneigt sind, das Spottelwesen in kirchlichen Verrichtungen abzuschaffen, vielmehr ist dieß in den neueren Foundationen erhöht, und zur Congrua geschlagen worden, so wie auch die Regierungen wieder ihre Procente in den Steuerfassungen davon erheben.

5.) Die kirchliche Copulation darf unter der Strafe der Nichtigkeit nicht eher geschehen, bis die Kontrahenten die Staatserlaubniß zur Verehelichung erhalten haben.

Also ein neues *impedimentum dirimens*, da doch der H. V. die Zahl dieser *sub* N. 2. sehr vermindert wünscht, obwohl derselbe die Sache ganz gründlich überdacht hat! Freilich scheint er sich Launoï's Idee eigen gemacht zu ha-

ben, und sieht nichts an der Ehe als den bürgerlichen Kontrakt, zu dem das Sakrament sich wie ein Zuschiebsäl verhält. Allein diese Behauptung ist nicht nur von der Kirche widersprochen, sondern sie läßt sich auch nicht wohl mit dem Kirchenrathe von Trient *can. IV. de sacramento matrim.* vereinigen, es sey denn, man wolle seine Zuflucht zu einer zwar feinen, aber gar nicht gründlichen, ja ganz grundlosen Schuldinction nehmen, mit welcher gegen eine dem wahren Katholiken entschiedene Glaubenslehre nichts ausgemacht ist. Immerhin fragt es sich daher, ob, wenn der Staat seine Erlaubniß als nothwendig zur Gültigkeit einer Ehe ausspricht, die Kirche dieß neue *impedimentum dirimens* anerkennen müsse oder wolle?

6.) Der Staat wird die Ehe zwischen Personen von verschiedenen Konfessionen nur alsdann als gültig erkennen, wenn die nach den beiderseitigen Religionsgrundsätzen wesentlichen Erfodernisse erfüllt sind.

Die sogenannten gemischten Ehen sind immer ein sehr wichtiger Gegenstand. Der Zeitgeist begünstiget sie; aber aus einem andern Gesichtspunkte als aus welchem Paulus sagt: *sanctificatus est vir infidelis per mu-*

liercm fidelem etc. Größtentheils rühren sie aus einer gewissen Gleichgültigkeit her, die aber in der Natur des Gegenstandes nicht liegt; denn der Ehevertrag bezieht zunächst die Religionsverhältnisse der Ehegatten nicht. Daher ist mir auch nicht ganz klar, was der H. V. damit meint, wenn er sagt, „dafs man „von dem Staate die gemischten Ehen nur dann „als gültig anerkennen soll, wenn die nach „beiderseitigen Religionsgrundsätzen wesentli- „chen Erfodernisse erfüllt sind.“ Welche diese wohl sind, weifs ich nicht; etwa die moralischen? Von dieser Seite wird der katholische Seelsorger nie zu einer solchen Ehe im Gewissen seine Einwilligung geben können, und der eine, wie der andere Religionstheil wird es, wenn er wahrhaft religiös ist, gefährlich für sich finden müssen, in eine solche Verbindung zu treten. Die Ehegatten unter sich möchten sich so ziemlich gut benehmen, und ohne Störung der Gewissen in Eintracht leben; aber wenn es an die Erziehung der Kinder kömmt, dann muß es jedem Theile, der eine wahrhaft religiöse Ueberzeugung und religiöses Gefühl hat, schwer fallen, seine Kinder in einer seiner Ueberzeugung nach irrigen Religion erzogen

zu sehen. Hierüber lasse man die Erfahrung sprechen: Entweder herrscht bei einem Theile Gleichgültigkeit, oder es gibt ehelichen Unfrieden; bald behauptet der Vater die Oberhand, und die Mutter muß gezwungen zusehen, wie ihre Kinder in einer ihr irrig scheinenden Religion unterrichtet werden; bald ist dieß der Fall umgekehrt. Die gesetzlichen Bestimmungen, die in den Religionsedikten vorkommen, und nach welchen die Religions-Verhältnisse der Kinder in solchen gemischten Ehen bald der Bestimmung des Vaters, bald beider Aeltern nach den verschiedenen Konfessionen zukommen, sind gegen den wechselseitigen Zwang nur schwache Barrieren, und beruhen an sich schon auf einer zweideutigen Voraussetzung. Es zeigen sich also hier bedeutende Schwierigkeiten, die aber nicht die Ehe an sich, sondern das Gewissen treffen. Wenn man also nicht von Seite der Staatsgewalt diese Rücksichten achten wird, oder will, so wird die Kirche, die ebenfalls eine solche Ehe nicht für nichtig erklärt hat, wohl dieselbe zugeben, und in der Spähre der Pastoralermahnungen bloß stehen bleiben müssen. Uebrigens ist auch dieser Punkt mehr zu einem

Arrangement für die Kirche im Allgemeinen, als zu einem Konkordate geeignet.

7.) Dem Bischofe steht bei vorkommenden Nichtigkeitsklagen zu, über die Gültigkeit des Ehe-Sakraments zu entscheiden, und des Staat wird mit dieser Entscheidung die bürgerliche Gültigkeit - oder Nichtigkeit des Ehevertrages verbinden.

Wie ich bereits *ad N. 5. Litt. E.* bemerkt habe, so trennet der H. V. den Ehevertrag von dem Ehesakramente, ob mit einem soliden Grunde, habe ich bereits oben geprüft. Unter dieser Ansicht möchte er mit seinem Vorschlage zweien Herren dienen. Die Kirche soll über die Gültigkeit oder Nichtigkeit des Ehesakramentes erkennen, der Staat soll davon die Gültigkeit oder Nichtigkeit des bürgerlichen Vertrages abhängen lassen. Wie, wenn der Staat diesen Vorschlag nicht annimmt? wenn er erwiedert, die Grundlage des Sakramentes beruhe auf der Gültigkeit oder Nichtigkeit des bürgerlichen Vertrages? dann steht, was Launoi zeigen wollte, die Gerichtsbarkeit der Kirche auf einer entlehnten Basis, und es stünde nur bei dem Staate, diese ganz zurückzunehmen. Wie räumt sich aber dies

mit dem *Tridentinum*, welches *cap. IV, VI. et VII. de sacram. matrim. Sess. 24.* gegen die Protestanten, die in der Ehe nur einen bürgerlichen Kontrakt anerkannten, und aus mehreren Ursachen eine Totalscheidung zu-
liessen, erklärte, dass die Kirche trennende Ehe-
hindernisse setzen könne, dass die Ehe unauflösbar sey, und dass Ehesachen zu dem geistlichen Gerichte gehören. Die Gerichtsbarkeit der Kirche hat keinen soliden Grund, wenn man nicht von dem, aber auch ganz richtigen, Grundsatz ausgeht: Die Ehe ist unter Katholiken ein ganz religiöser Gegenstand, den der göttliche Religionsstifter in seine Sittenlehre aufgenommen, und durch eigene Bestimmungen geordnet, auch die fernere Ordnung nach seinen Vorschriften seiner Kirche überlassen hat. Bei dem Katholiken gehört es daher unter seine Glaubens - Vorschriften, das Urtheil der Kirche anzuerkennen, und Gott mehr als den Menschen zu folgen. Daher darf auch der Staat seinem Gewissen keine Gewalt anthun, und durch seine Gesetze die Gerichtsbarkeit der Kirche nicht durchkreuzen oder unkräftig machen. Daher wäre der gemachte Vorschlag dahin abzuändern: „Dem Bischöfe
„steht bei vorkommenden Nichtigkeitsklagen,

„oder wenn es sich sonst von der Gültigkeit
„oder Ungültigkeit der Ehe handelt, die rich-
„terliche Entscheidung zu, die auch immer
„der Staat anerkennt und unterstützt.“

8.) Nichtigkeits - Erklärungen von Ehen
verschiedener Konfessionen werden nur in
Ansehung jenes Theils, nach dessen Konfes-
sion die Nullitäts-Erklärung zulässig ist, in
Beziehung auf das Eheband und der Zulas-
sung einer weiteren Ehe rechtliche und bür-
gerliche Wirkungen haben.

Da man Ehesachen nach der katholischen Glau-
benslehre als geistliche Gegenstände betrach-
ten, und in Bezug auf das Band der Ehe die
Gerichtsbarkeit der Kirche anerkennen muß;
so ist es immer eine delikate Frage: Wem
steht die Gerichtsbarkeit bei gemischten Ehen
zu, wenn es auf die Gültigkeit oder Nich-
tigkeit und die Trennung der Ehe ankömmt?
Einige Regierungen haben geglaubt, diese
Frage damit am sichersten zu beantworten,
wenn sie entschieden: *Actor sequitur forum*
rei. Allein im Grunde ist hiemit so viel als
Nichts gesagt. Die Grundsätze beider Con-
fessionen in Hinsicht dieses Punktes liegen
so weit auseinander, daß sie schlechterdings
nicht vereiniget werden können. Der Katho-

lik wird gegründete Ursache haben, sich zu beschweren, wenn er nach protestantischen Grundsätzen gerichtet werden soll; und eben so sehr wird sich der Protestant beklagen, wenn man ihm nach der Vorschrift des katholischen Kirchenrechtes behandelt. Zwar wähnt man einen Vereinigungspunkt darin zu finden, wenn man jedem Theile anrath, sich nach seinen Religionsgrundsätzen zu achten, und das Urtheil darnach auszulegen. Allein immer hat ein solches eine anscheinende Härte für den protestantischen, und ist ein Syrenengesang für den katholischen Theil, der sich leicht bei den Wogen seiner Leidenschaften über seine Religionsgrundsätze hinwegsetzt. Es ist also immer eine bedenkliche Sache, man mag das Urtheil betrachten, von welcher Seite man immer will. Die Rechte, die daraus entspringen, sind immer ungleich. Doch ist der Vorschlag, daß der Staat jenem Theile, der durch seine Religionsgrundsätze gehindert ist, die weitere Ehe nicht zulassen soll, gerecht und geeignet, manche Aergernisse in der Kirche zu vermindern, und den Kirchengesetzen doch zum Theile öffentliche Achtung zu verschaffen.

9.) Die Frage vom Zusammen - und Nicht-zusammen wohnen , von zeitlicher Trennung der Eheleute wird der Staats - Entscheidung dergestalt überlassen, daß nur dem Seelsorger das Ermahnungs - und Vermittlungsrecht zustehe, und von dieser ein Zeugniß über den vorgenommenen Versuch der gütlichen Aussöhnung erforderlich sey, ehe die Civilbehörde die Klage solcher Eheleute vornehmen und verhandeln darf.

Die Scheidung von Tisch und Bett, wie man sie zu nennen pflegt, kann nach der in der katholischen Kirche hergebrachten Praxis entweder eine perpetuirliche, oder nur temporäre seyn. Erstere, welche die katholische Kirche nur wegen Ehebruch und der wegen Sävitie oder anderen sehr bedenklichen Ursachen zuläßt, ist der Gerichtsbarkeit der Kirche nur in wenigen Staaten widersprochen worden. In den königlich bairischen, in dem Großherzogthume Würzburg, in den preussischen Staaten, in Westphalen hat man diesen Zweig der Gerichtsbarkeit nicht nur in dieser, sondern auch in der zweiten Rücksicht, nämlich der temporären Scheidung, den geistlichen Gerichten überlassen. Es fällt daher ganz auf, wenn der

H. V. in der Note sagt: „Die bloße Schei-
„dung vom Tische und Bette berührt die re-
„ligiösen Grundsätze der Ehe nicht; es ist
„hiebei nicht die Rede von der Auflösbar-
„keit der Ehe; es ist bloß die Frage, ob
„und in wie weit das politische Wohl der
„klagenden Eheleute und ihre Hausruhe eine
„zeitliche Trennung nöthig mache. Diese
„Untersuchung und Entscheidung hat nichts
„mit der Religion gemein. — Die kirchliche
„Sanction und das Band der Ehe bleibt hie-
„bei unverletzt, und daher läßt sich die Kom-
„petenz über die Klagen auf zeitliche Tren-
„nung der Staatsbehörde nicht wohl bestrei-
„ten.“ Ich finde dießs Raisonnement nicht
gründlich. Ist die Ehe ein religiöser Gegenstand,
d. i. ein Sakrament, und hat der göttliche
Stifter der christlichen Kirche, wie doch der
H. V. selbst annimmt, in Bezug auf das Band
der Ehe ein Sittengesetz gegeben, so muß,
so wie die Frage über die Gültigkeit oder
Nichtigkeit der Ehe, so auch über ihre
lebenslängliche oder temporäre Trennung von
dem Urtheile der Kirche abhängen. Was
greift näher das Eheband an, als die Tren-
nung? So wie daher die Frage von Gültig-
keit oder Nichtigkeit zur Beurtheilung der

Kirche, so gehört auch dahin diese von der Trennung. Der religiös-moralische Gesichtspunkt ist bei den Katholiken der vorzüglichste, dem jeder andere untergeordnet ist. Wie mag wohl der H. V. sagen, die Untersuchung über die Ursachen der Trennung habe nichts mit der Religion gemein, da doch schon die Ursachen der Trennung auf Irreligiosität und Immoralität, wo nicht auf beiden Seiten, doch wenigstens auf einer Seite hinzielen. Will man hier den weltlichen Gerichten den überwiegenden Einfluß gestatten, so ist, wie es bisher war, die Heiligkeit des Ehebandes vernichtet. Selbst die weltlichen Regierungen dürften dieses anerkennen. Daher werde der gemachte Vorschlag dahin abgeändert; „Die Frage von lebenslänglicher oder zeitlicher Trennung der Ehe wird den geistlichen Gerichten wegen innigen Bezugs, den sie auf die Auf- oder Unauflösbarkeit und die Heiligkeit des Ehebandes hat, überlassen.

F. *Kirchenpolizei und Kultus.*

1.) Der Klerus ist in seinen Amtsverrichtungen und in allem, was zu den kirchlichen Functionen gehört, dem Bischofe untergeben.

Derselbe ist befugt, die Geistlichen sowohl über Vergehen ihrer Amtsführung, als über jene ihrer Aufführung zu bestrafen.

Es höre daher die sogenannte *adpellatio ab abusu*, unter deren Fittige sich jeder renitente Kleriker stellte, auf, oder sie werde gegen die bisherige Observanz nur in wichtigsten Fällen angewendet.

2.) Es darf kein Geistlicher seine Diöces verlassen, und in eine fremde eintreten, ohne von seinem Bischofe die gewöhnlichen Dimissionen erhalten zu haben.

3.) Der Bischof kann begangenes Aerger-
niss und Verletzung der Kirchengesetze an Layen und Geistlichen durch kirchliche Strafen rügen, denen aber keine bürgerliche Wirkungen zugestanden werden.

Vanae sine viribus irae! Man spricht so gerne von der alten Kirchenverfassung, und sucht den Klerus auf diese zurückzusetzen; warum spricht man nicht auch von der alten Kirchendisziplin, welcher der Klerus und die Layen unterworfen waren, und warum verspricht man nicht, die Kirche in ihrer Handhabung unterstützen zu wollen?

4.) Gegen Ueberschreitung der bischöflichen Gewalt und gegen jedes Benehmen, welches

die Ehre der Bürger gefährdet, das Gewissen willkührlich beunruhiget, und in Unterdrückung oder öffentliche Beschimpfung ausartet, steht der Recurs an den Souverain offen. Derselbe wird den Bischof darüber hören, und die Sache nach Befinden in das gesetzliche Geleifs bringen.

Der von den Franzosen erfundene *recursus ad principem*, oder die oben bemerkte *adpellatio ab abusu potestatis ecclesiasticae* hat keinen soliden Grund, und ist beinahe immer nur zur Chikane der Kirchengewalt angewendet worden. Entweder will der Regent hiedurch in kirchliche Anordnungen in Glaubens- oder Disciplinsachen einwirken. Erstere liegen aufser der Sphäre seiner Erkenntnifs, und wenn er etwa die Censuren, die der Bischof fällt, durch diefs Mittel verhindern wollte; so würde er eine unbefugte Beschränkung dem bischöflichen Entscheidungsrechte, das er selbst anerkennt, anlegen. Letztere betreffen das Correctionsrecht des Bischofes, auch diefs steht ihm zu, und mithin auch die Bestimmung der Grade. So wie der Regent die Vermuthung, dafs er rechtlich handle, bei Bestimmung der weltlichen Strafen für sich hat, so hat sie auch
der

der Bischof. Der H. V. erinnert zwar, daß die Sterblichkeit die Menschen schwach mache, daß weder das Kleid noch der Hirtenstab von Leidenschaften befreie, und glaubt daher, aus diesen Gründen den *recursum ad principem* vertheidigen zu müssen. Allein sind die Regenten weniger schwach als die Bischöfe? Sichert der Scepter mehr von Leidenschaften, als der Hirtenstab? Wer hat zahlreichere und wichtigere Klagen über gehemmte Gerichtsbarkeit zu führen, die Kirche oder der Staat? Daher ist mein Vorschlag: Staat und Kirche sollen sich wechselseitiges Vertrauen schenken, und in ein öffentliches Konkordat soll kein solcher Punkt gelegt werden, der Mißtrauen verräth, oder die Kirche herabwürdigt.

5.) Der Bischof wird ermächtigt, die aus den heiligen Weihen des Sub - und Diakonats entspringenden Verbindlichkeiten nach gehöriger Untersuchung aufzuheben.

6.) Er wird weiter ermächtigt, unwürdige und folglich unbrauchbare Priester in den Laienstand vollkommen, ohne alle rückbleibende Verbindlichkeit, zurückzusetzen.

Wie der H. V. in Rücksicht des Coelibats gesinnt sey, hat er bereits oben *Litt. E. §. 2.*

n. 2. in der Note dargelegt. „Nicht dem „Geiste des Evangeliums, sagt er, noch we- „niger dem Zeitgeiste widerspricht die Prie- „ster-Ehe, aber dem Geiste des Volkes, auf „das der Geistliche wirken soll.“ Es würde freilich um die Beibehaltung und Vertheidigung des Coelibats schlecht stehen, wenn er nicht in dem Geiste des Christenthums, sondern nur im Sinne des Volkes seinen Grund hätte. Allein gerade das Gegentheil ist wahr. Zwar ist nirgends ein göttliches Geboth vorhanden, welches den ehelosen Stand zur Vorschrift für die Diener des göttlichen Wortes machte; aber die höhere Askese, die Jesus lehrte, und auf die er hinwies, ist durchgehends kein Geboth, sondern ein Fingerzeig, ein Rath. Paulus, der die Ideen seines Meisters tiefer auffing, und näher entwickelte, gibt kein Geboth, sondern sagte nur: *De virginibus praeceptum domini non habeo, consilium autem do*; er wies also gerade auf den höheren Geist des Christenthums hin. Nach diesem Geiste entwickelte sich die Verdienstlichkeit des ehelosen Lebens unter dem Klerus und in der Kirche, und wurde immer, ohne ein Geboth zu seyn, beliebter und allgemeiner, bis sich endlich die Kirchen-

vorsteher bewogen fanden, den ehelosen Stand und das Streben nach höherer, der Sinnlichkeit entgegenarbeitender Bildung dem geistlichen Stande zur Pflicht zu machen. Gerade also von dem reineren Geiste des Christenthums wurden die Kirchenvorsteher geleitet, als sie diese Verbindlichkeit dem Klerus auflegten. Wenn es wahr ist, was der H. V. behauptet, daß diese Anstalt dem Geiste des Volkes auch entspricht, so ist der gesunde Verstand des Volks mit dem Urtheile der Kirchenvorsteher in ganzer Harmonie; dann rechtfertigt sich vollkommen die Zweckmäßigkeit dieses Gesetzes, und die Kirche würde weit fehlen, wenn sie sich nach dem dermaligen Zeitgeiste richtete, der sich jedes Dezennum ändert. So ist es auch wirklich; die Absicht des Coelibatgesetzes ist so ehrwürdig, und die Vorthelle, die es der Kirche verschafft, sind so bedeutend, daß es gegen die Angriffe eines nach Sinnen-Genuss schnaubenden Zeitgeistes noch lange bestehen wird. Nicht aus Portalis seichten Gründen, sondern aus dem Gesichtspunkte einer reinen und höheren Askese, von welcher der gemeine Mensch freilich keinen richtigen Begriff als Sklave der Sinnlich-

keit erhält, muß dieses Gesetz gewürdigt werden, und dann wird man Jedem zurufen können: *procul hinc, procul este profani!* Unter dieser Voraussetzung werden sich die Vorschläge des Hr. V. ad 5. u. 6. von selbst das Urtheil sprechen. Ad 5. Wenn das *impedimentum ordinis* ferner bestehen soll, so ist es sehr zweckmässig, daß auch nur der Papst dispensire, und daß die mannfaltigen Ursachen, die zur Erwirkung einer Dispense angeführt werden könnten, nur auf die wichtigsten zurückgeführt werden. Wahrhaft! die bischöflichen Kurien würden belagert und bestürmt werden, wenn ihnen diese Dispensationsbefugniß zuerkannt würde. Bald würden dieselben hier von den Drohungen eines in Familien-Verbindung stehenden Gliedes, dort von der Protektion eines Mächtigen der Erde gedrängt, und von dem Bitten eines Anderen erweicht den wahren Weg nicht finden, und in dem Schafstalle der Kirche eine solche Oeffnung machen, daß die ganze Heerde zerstreut werden dürfte. Eben so ad 6) gilt der nämliche Grund; jedoch dürfte es rathsam seyn, vor der Ordnung des neuen Zustandes der Dinge gewisse Individuen aus dem geistlichen Stande zu entlassen, und solche, die

längstens sich dessen Verbindlichkeiten entzogen haben, und *inutile terrae pondus* für die Kirche sind, die sie nur mit Aergerniß erfüllen, zu laiziren, und, nachdem sie nach der Vorschrift des vom H. V. allegirten Canons des Concils zu Neucaesarea Kirchenbuse gethan haben, ihrem weiteren Schicksale zu überlassen. Daher wären die gemachten Vorschläge so zu fassen: „Der Papst wird aus „den wichtigsten Ursachen zuweilen die aus „den heiligen Weihen des Sub - und Diac „nats entspringenden Verbindlichkeiten er „lassen. Eben so 6) wird er ermächtigt, der „malen einige Priester, die darum nachsu „chen werden, in den Layenstand zurück „zusetzen.“

7.) Der Bischof wird alle vier Jahre seine Diöces persönlich visitiren, außerordentliche Visitationen wird er vornehmen, so oft es nöthig scheint; er hat jedoch jedesmal die Regierung hievon in Kenntniß zu setzen. Die zu den Visitationen erforderlichen Kosten fallen ohne alle fremde Concurrenz dem Bischofe zu.

Dieser Vorschlag ist nicht dazu geeignet, dem Bischofe bei seinem Gehalte von zehntausend Gulden viel Lust zur Visitirung seiner Diö-

ces in Person, die immer mit mehreren Kösten verknüpft seyn muß, und die ihm etwa durch einen landesherrlichen Commissair unangenehm werden dürfte, zu machen. Der Bischof verdient das Vertrauen der Regierung; ich sehe also nicht ein, warum sich der Bischof eines natürlichen Rechtes seines Amtes nicht auch ohne alle Rücksprache bedienen soll. Gibt der Landesherr die Kösten zur Visitation her, dann wäre freilich seine Einwilligung nothwendig; ist aber dieß der Fall nicht, so kann durch Wiedereinführung der *procuratorum canonicarum*, die, wenn sie mäßig sind, nicht beschweren, dem Bischofe wenigstens eine Erleichterung geschafft werden.

8.) Mutationen mehrerer Pfarrer, wenn sie das Wohl der Seelsorge erfodern mag, wird der Bischof nur mit Beistimmung der Regierung vornehmen.

Diese Bestimmung hängt von dem Einflusse ab, den der Bischof auf die Bestellung der Pfarreien bekommen soll. Wird demselben sein *jus collationis liberae* hergestellt, so ist es unverdientes Mißtrauen, wenn man ihm nicht freie Hand läßt, nach Pflichten zu verfahren. Höchstens bei Pfarreien, die *juris*

patronatus regii sind, scheint nach einer gewissen Decenz bei Mutationen eine Communication nicht verwerflich, diese nämlich: von nothwendig werdenden Mutationen der Regierung Nachricht zu geben.

9.) Se. Heiligkeit werden mit den deutschen Bischöfen in Berathung ziehen, ob nicht das allgemeine Wohl eine Reduction der noch bestehenden Feiertage nothwendig mache.

Die Feiertage, außer den Sonntagen, dann den *festis christi* sind etwa noch 10 — 12 seit der durch Benedict XIV. und Clemens XIV. vorgenommenen Reduction; stellt man diesen gegenüber die Zahl der politischen Feste, die seit einem Jahrzehnte eingeführt worden sind, und die der arbeitenden Klasse der Staatsbürger mehr als die kirchlichen Feste nachtheilig sind, so möchte sich dieser Vorschlag ziemlich modificiren. *)

*) Die Fasten und Abstinenzgebothe sind nun freilich bei dem gegenwärtig so verdorbenen Zeitalter solche Anstalten der Kirche, über welche man sich größtentheils hinwegzusetzen kein Bedenken trägt; allein sollte es wohl so seyn? Haben sie wohl keinen religiösen Zweck, und verdient dieser nicht vom Staate hohe Achtung? Was ist heut zu Tag so heilig, das nicht verachtet wird? Fo-

10.) Der Bischof ordnet die Liturgie seiner Diöces; er wird hiebei auf die Einheit und die allgemeinen Anordnungen der Kirche Rücksicht nehmen. Die Sprache der Liturgie soll die deutsche seyn. Der Bischof wird binnen einem Jahre ein neues Ritual fertigen, und dem Souverain zur Einsicht vorlegen.

Wenn die Rede ist von der allgemeinen Liturgie der Kirche, so gehört nicht nur die Anordnung hierüber unter die Reservatrechte des Papstes, sondern wegen der Uniformität wird es gar nicht anders seyn können, als daß hier nur allgemeine Bestimmungen anzunehmen sind, und so wie in dem Orient die griechische, so in dem Occident die lateinische Sprache nur die allgemeine seyn könne. Welche camaleontische Gestalt möchte sonst die Kirchenliturgie, und die Ausdrücke in den verschiedensten Sprachen zum Nachtheile der Lehre selbst annehmen? Ist aber die Rede von der besonderen Liturgie jeder einzelnen Diöces, dann mag der Bischof, jedoch mit Rücksicht auf die Ein-

derte wohl nicht! die Staatsökonomie selbst, diese Anstalten näher zu würdigen, und die Kirche hiebei zu unterstützen?

heit und Uniformität der allgemeinen Kirche seine Diöcesan-Liturgie anordnen, und für ein taugliches Ritual sorgen, — auch bei diesen nicht nothwendig uniformen Anstalten zur liturgischen Sprache die deutsche wählen. Nur sehe ich keinen Grund ein, warum der Souverain, der diese Arbeit zu beurtheilen doch nicht im Stande ist, die Einsicht haben soll, wenn es nicht bloß desswegen geschieht, um sich zu überzeugen, daß nichts Heterogenes eingeflossen sey.

11.) Der Bischof ordnet alle gottesdienstlichen Anstalten. In dem Inneren der Kirche stehen ihm die gottesdienstlichen Anordnungen ausschließend zu; Anstalten, die auch außer der Kirche Einfluß haben, z. B. Wallfahrten, Processionen etc. bedürfen der Staatsgenehmigung.

12.) Bei feierlichen besonderen Veranlassungen wird der Staat den zu veranlassenden Gottesdienst ansagen; die Form und die Art des Gottesdienstes bleibt dem Bischofe überlassen; über die Zeit und Stunde wird er sich mit der Staatsbehörde benehmen.

Ist ein unwichtiger Punkt für ein Konkordat; denn da die Kirche gewiß an solchen besonderen feierlichen Gelegenheiten Theil nimmt;

so läßt sich an eine Störung, die zwischen der Kirche und dem Staate entstehen könnte, gar nicht denken, und die Regierung wird mit den geistlichen Vorständen leicht die Sache abmachen.

13.) Alle Sonn- und Feiertage wird in dem öffentlichen Gottesdienste ein Gebeth für den Souverain schicklich eingeschaltet, so wie bei feierlichen Veranlassungen die *Oration* und das *Salvum fac* des Souverains und seines Hauses abgesungen werden muß.

Napoleonischer Schnickschnak! Die Kirche läßt täglich für den Regenten bethen, und predigt den Grundsatz des Gehorsams *non propter iram, sed propter conscientiam*.

14.) Bekanntmachungen weltlicher Staats- und Polizei-Verordnungen werden in der Kirche nicht Statt finden.

Es ist viel Mißbrauch mit der Kanzel und mit den Kirchenglocken in dieser Hinsicht getrieben worden; doch haben jetzt schon manche Regierungen diesen Unfug eingesehen, und auch abgestellt.

15.) Die Regierung wird sorgen, daß, so viel es möglich ist, jeder Kult seinen eigenen Tempel erhalte, und der Simultangebrauch aufhöre.

16.) Erbauung von Kirchen und Kapellen, und Bewilligung des Gottesdienstes darin darf ohne Gutheissen des Staats nicht geschehen.

17.) Alle geistliche Funktionen sollen, in so ferne die Pfarrei für den Seelsorger einen reinen Gehalt von 800 fl. und für jeden Gehülften 300 fl. erträgt, durchaus unentgeltlich geschehen.

Wenn die Stolgebühren, die der H. V. nur in einem gewissen Falle abgeschafft wissen will, ein gehässiger Dienstertrag sind; so soll lieber Mittel gemacht werden, daß sie durchaus nicht Statt finden; denn das Gehässige wird nur noch auffallender, wenn sie die eine Gemeinde entrichten muß, da die andere frei ist. Allein bei der gegenwärtigen Stimmung zur Dotation der Pfarrstellen dürfte es lange ein *pium desiderium* seyn, der gänzlichen Abschaffung entgegen sehen zu können.

G. *Eigenthumsrecht und Kirchen'güter-Verwaltung.*

1.) Die Kirche ist berechtigt, Eigenthum zu besitzen und zu erwerben; jede neue Realerwerbung setzt aber die Bewilligung des Staats voraus.

Ja, wenn der Staat das Kirchengut, wie ehemals privilegiert! Ausser diesem Falle sehe ich aber keinen soliden Grund, aus welchem die Einwilligung des Staats bei Realerwerbung der Kirche nothwendig seyn sollte. So wie der Bürger das Erwerbungsrecht nicht als eine Gnade des Staats, sondern als ein natürliches Bürgerrecht als physische Person hat, so hat es aus dem nämlichen Grunde die Kirche als moralische, um so gewisser und unbeschränkter, wenn die Aufnahme oder Existenz der Kirche im Staate ein Akt der Gerechtigkeit oder der Verträge ist. Der Staat darf ihr daher eben so wenig ein Ziel in den Mitteln zu ihrer Existenz, ihrer Erhaltung und ihrem Flore setzen, als er dieses dem Bürger thun darf. Zwar existiren schon von längeren Zeiten her die Amortisationsgesetze, und die Staatsrechtslehrer scheinen über ihre Rechtmässigkeit entschieden zu haben. Allein diese konnten nur so lange als rechtmässig angesehen werden, als die Güter der Kirche das *privilegium immunitatis realis* hatten. Haben nun dieß die Regierungen eingezogen, und stehen die Güter der Kirche in Bezug auf die Staatslasten in gleicher Ka-

tegorie mit den übrigen bürgerlichen Gütern, so hört die Rechtmäßigkeit eines solchen Gesetzes auf. Wenn reiche Partikuliers und Fabrikanten in ihrem Realerwerbe, den sie oft zur Unterdrückung so vieler Familien und in den schädlichsten Monopolen anwenden, nicht durch Gesetze gehindert werden; warum sollte diess die Kirche, derer Gut noch dazu Armengut ist, und derer Güter, wenn gleich im Besitze der Kirche, doch der Benutzung nach im bürgerlichen Wandel sind? Es läßt sich daher kein solider Grund auffinden, warum die im Staate freiwillig oder nothwendig aufgenommene Kirche, wenn sie leistet, was jeder Bürger leistet, in ihrem Realerwerbe an die Einwilligung des Staates sollte gebunden seyn.

2.) Der Bischof hat in Gemeinschaft mit dem Staate zu allen neuen Erwerbungen ebenfalls seine Einwilligung zu ertheilen.

Da die Kirche eine moralische Person ist, die durch einen Repräsentanten vertreten werden muß; der Bischof aber nach der Natur der Anstalt und nach den Bestimmungen der Kirche der unmittelbare Vorstand jeder Diöcesankirche ist, so liegt hierin der Grund, aus welchem seine Einwilligung zum Er-

werbe von beweg - und unbeweglichem Vermögen der Kirche nothwendig ist.

3.) Die Kirchengüter unterliegen im Allgemeinen allen Steuern und Lasten, wie die Privatgüter.

Es wäre ein Billigkeitsgrund vorhanden, soviel Renten oder Güter, als zur Kongrua der wirklich functionirenden Geistlichen nothwendig sind, oder die das Bedürfnis der Kirche erheischt, nach der Analogie mit den Staatsdienern und Staatsgütern von Abgaben frei zu lassen, ohne jedoch die Gemeinden zum Ersatze derselben anzuhalten.

4.) Der Bischof wird in Gemeinschaft mit dem Staate das Kirchenvermögen — man verstehe darunter nur die der Pflege der nöthigen Seelsorge und des Gottesdienstes gewidmeten Fonds — verwalten, und die desfallsigen Rechnungen abhören. Die ganze Kirchenfonds-Administration unterliegt übrigens den policeilichen Vorschriften des Staats, so wie überhaupt demselben vorbehalten bleibt, die Kirchenrechnungen einer eigenen Staats-Oberrevision zu unterwerfen.

Gegen diesen Verschlagn des H. V. habe ich wichtige Einwendungen zu machen. Erstens derselbe stellt eine ganz neue Distinction auf.

Er unterscheidet das wahre Kirchengut von dem Vermögen der Klöster, Stifter, Bruderschaften etc. über ersteres nur räumt er dem Bischofe die Mitadministration mit dem Staate ein; letzteres, weil es mit der Seelsorge nicht in enger Berührung steht, und zum Theil dem Geiste der Religion (?) fremd ist, gehört zur alleinigen Administration des Staates, Allein mit welchem Grunde! entweder sind die benannten Anstalten kirchliche oder nicht; im ersten Falle, der kaum, da die Zwecke der Kirche hiebei als nothwendig oder nützlich erscheinen, zu verkennen seyn wird, warum sollen sie der Administration der Kirche entzogen werden? besonders da ihre fundationsmäßige Bestimmung ist, die Zwecke der Kirche zu unterstützen. Wozu soll es also nützen, aus einer Administration zwei zu machen, und so zu sagen, die Natur der Dinge verkehren? Im zweiten Falle wird ihr Zweck eher zerstört als befördert werden. Ich gebe zwar zu, daß dergleichen Stiftungen, wie die Klöster bei ihrem ersten Entstehen, dann die *monasteria regalia* auch andere, die Vögte hatten, so wie Bruderschaften, die von der Kirche nicht authorisirt waren, oft unter Säcularadministration

standen; allein dieß waren Anomalien, die die Regel zwar verletzen, aber nicht aufheben. Die Ansicht des H. V. in Bezug auf die gemachte Distinction ist also unrichtig. Zweitens die Grundsätze über die Frage, wem die Administration des Kirchengutes gehöre, sind keine Probleme, sondern liegen so offen dar, daß sie nur mit sophistischen Gründen bestritten werden können. Die Natur der Sache, eine gesunde Logik, die öffentlichen Gesetze seit einer Epoche von mehr als 14 Jahrhunderten, die continuirliche Praxis sprechen so sehr für die Administration der Kirche, daß, wenn nicht die Ursachen, warum man diese Grundsätze verkennen will, so offen an Tag lägen, man in die Versuchung gerathen sollte, an den gesunden Menschenverstand zu zweifeln. Die gegentheilige Erscheinung hellet sich auf, wenn man erwägt: *non vos, sed nobis vellera fertis oves*. Der H. V. selbst hat die Richtigkeit der der damaligen Administration entgegengesetzten Behauptung zwar kurz, aber so gründlich auseinander gesetzt, daß man sich wundern muß, daß er noch von einem Probleme sprechen kann. Es geschieht also der Kirche Unrecht, wenn ihr das natürliche Recht zu der Administration.

ministration ihres Kirchenfonds entweder ganz entzogen oder doch sehr geschmälert wird, und der Reichsdeputationsschluss vom 25. Febr. 1802 hat sich zum wenigsten einer Inconsequenz oder gar eines Widerspruches schuldig gemacht, wenn er das Kirchengut §. 63. als Eigenthum der Kirche erklärte, und §. 65 es der Leitung nach der Administration des Landesherrn überliefs. Mit welchem Grunde konnte er von den natürlichen, Jahrhunderte lang erworbenen und durch Gesetze gegründeten Rechten, die der Kirche zustanden, abgehen? es sey denn unter dem Worte: Leitung, sey blofs die Oberaufsicht zu verstehen. Drittens dem Staate steht daher in Bezug auf die Administration des Kirchenvermögens nur das Oberaufsichtsrecht zu. Dem Staate kann nur daran liegen, dafs das Kirchenvermögen erhalten, seinem Zwecke gemäfs, und nicht zum Nachtheile des Staats verwendet werde. Diesen Antheil spricht ihm die gesunde Vernunft, das allgemeine reine Staatsrecht zu, und die Geschichte weiset es in seiner Ausübung nach. Diesen soll er auch geniessen. Die Kirche wird nie die Rechte des Staates und die Pflichten, die sie gegen denselben hat, verkennen. Viertens, ob daher es

nothwendig sey, die ganze Kirchenfondsadministration unter polizeiliche Vorschriften zu stellen, und die Kirchenrechnungen einer Staatsoberrevision zu unterwerfen, kann man dahin gestellt seyn lassen. Es gibt einfachere Mittel, sich von der guten Administration der Kirche zu überzeugen, als solche, die nur mit Kosten verbunden sind.

5.) Veräußerungen des Kirchenvermögens sollen nicht anders als mit beiderseitiger Einstimmung des Staats und des Bischofs geschehen können. Beide Theile werden sich im Falle einiger Anstände oder Bedenklichkeiten gütlich, und mit Rücksicht auf das allgemeine Beste hierüber vereinigen.

6.) Benefizien und jene geistlichen Stiftungen, welche für die erforderliche Seelsorge und den nöthigen Gottesdienst bestimmt sind, können nicht abgeändert, und zu anderweitigen Zwecken ohne die bischöfliche Einwilligung verwendet werden.

Es ist hohe Zeit, daß der Willkühr, mit welcher man gegen geistliche Benefizien von Seite der Regierungen verfuhr, ein Damm gesetzt werde. Ein Zehnthheil des ganzen Kirchenguts in jeder Diöces Deutschlands ist ganz gewiß dem Kirchenfonde — das ganze

säcularisirte Gut ist in dieser Berechnung nicht begriffen — doch entzogen worden. Keine Foderung ist billiger, als daß hier eine Revision angestellt werde, und kein gerechter Regent wird sich weigern, so viele Benefizien, als wenigstens als nothwendig zur Seelsorge erscheinen sollten, wieder herzustellen. Bei einer solchen Revision mit Zuziehung eines bischöflichen Commissairs, der Pfarrer und Parochianen, die um Unterstützung und geistliche Beihülfe gebracht wurden, dürften die Regenten, und ihre Ministerien selbst erstaunen, wie sehr sie entweder von den adoptirten Systemen, oder von den Berichten der Unterbehörden hintergangen worden sind.

7.) Der Staat garantirt feierlich der Kirche den ungestörten Besitz ihres bisherigen Eigenthums - Rechts, ihrer Zehenten, Gülten, Güter, Kapitalien und sonstigen Realitäten.

Aber nicht in Worten, sondern in der That.

8.) Der Staat wird über Kirchen - Vermögen zu Gunsten eines dritten oder zu einem fremden Zwecke ohne kirchliche Beistimmung nicht disponiren. Ansprüche, die irgend eine Religions - Parthei, oder sonst jemand auf kirchliches Vermögen macht, sollen nur im rechtlichen Wege entschieden werden.

Der H. V. hätte diesen Vorschlag mit einigen Fakten erläutern sollen. Ohne diese ist er nicht ganz klar. Inzwischen darf man sich in den Diöcesen nur umsehen, so findet man Fälle genug, welche zeigen, wie willkürlich man mit diesem Gute verfahren ist. Man hat die Maxime aufgestellt und befolgt, das Grundvermögen der Kirche in einen Kapitalwerth umzusetzen, und diesen in die Staatskassen zu legen. Wie prekär dadurch jede Stiftung wurde, will ich nur berühren, und mich hiebei bloß auf die Geschichte des Tags, die den Stand der Noth und die Dürftigkeit der Kirchen bei einem starken Kapitalstocke, der aber nicht fließend ist, zeigt, berufen. Ich will hiebei nur das Schädliche bemerken, so dem Kirchengute zugeing. Erstens wurde dasselbe ein Spiel der Spekulanten, unter welchem die Administratoren und ihre Helfershelfer hervorragten. Jeder nahm sich, was ihm beliebte, und da alle Käufer in einer Verbindung mit einander standen, um die geringsten Preise. Hiebei wurde aber zweitens die Hälfte des wahren Werths für die Kirche noch verloren, dadurch, daß diese Güter in dem niedrigsten Preise käuflich losgeschlagen, und zu zweien

Drittheilen mit Staatspapieren, die kaum den halben Nennwerth hatten, bezahlt werden dürften. Drittens ist noch als positiv schädlich hinsichtlich der Kirchengüter zu betrachten der Zeitpunkt, zu welchem diese Veräusserung geschah, und die Art, wie sie vollzogen wurde. In der Mitte eines fürchterlich wüthenden Krieges, wo alle Völker tief gedrückt wurden, und Geldklemme von allen Seiten herrschte, wurde eine solche grofse Masse von Kirchengütern losgeschlagen, die dadurch in Unwerth kommen mußten. Das Eigenthum der Kirche, das unsere fromme Vorväter mit so edlem Patriotismus zur Erleichterung ihrer Nachkömmlinge zusammengebracht, mit so vieler Sorgfalt gepflegt, und uns hinterlassen hatten, ist beinahe vernichtet. Keine Vorstellungen von Seite der Kirchenvorsteher und Gemeinden konnte dieses Gut von einer so schädlichen Behandlungsweise retten. Nicht minder wurde dasselbe durch die so kostspielige Administration gedrückt. Die Centralisirung, die in einigen Staaten beliebt wurde, erforderte ein so zahlreiches, gut besoldetes Personal, dessen Unterhalt die Kräfte der Stiftungen weit überschreitet. Sieht man noch dazu

nothwendig sey, die ganze Kirchenfondsadministration unter polizeiliche Vorschriften zu stellen, und die Kirchenrechnungen einer Staatsoberrevision zu unterwerfen, kann man dahin gestellt seyn lassen. Es gibt einfachere Mittel, sich von der guten Administration der Kirche zu überzeugen, als solche, die nur mit Kosten verbunden sind.

5.) Veräußerungen des Kirchenvermögens sollen nicht anders als mit beiderseitiger Zustimmung des Staats und des Bischofs geschehen können. Beide Theile werden sich im Falle einiger Anstände oder Bedenklichkeiten gütlich, und mit Rücksicht auf das allgemeine Beste hierüber vereinigen.

6.) Benefizien und jene geistlichen Stiftungen, welche für die erforderliche Seelsorge und den nöthigen Gottesdienst bestimmt sind, können nicht abgeändert, und zu anderweitigen Zwecken ohne die bischöfliche Einwilligung verwendet werden.

Es ist hohe Zeit, daß der Willkühr, mit welcher man gegen geistliche Benefizien von Seite der Regierungen verfuhr, ein Damm gesetzt werde. Ein Zehnthheil des ganzen Kirchenguts in jeder Diöces Deutschlands ist ganz gewiß dem Kirchenfonde — das ganze

säcularisirte Gut ist in dieser Berechnung nicht begriffen — doch entzogen worden. Keine Foderung ist billiger, als dafs hier eine Revision angestellt werde, und kein gerechter Regent wird sich weigern, so viele Benefizien, als wenigstens als nothwendig zur Seelsorge erscheinen sollten, wieder herzustellen. Bei einer solchen Revision mit Zuziehung eines bischöflichen Commissairs, der Pfarrer und Parochianen, die um Unterstützung und geistliche Beihülfe gebracht wurden, dürften die Regenten, und ihre Ministerien selbst erstaunen, wie sehr sie entweder von den adoptirten Systemen, oder von den Berichten der Unterbehörden hintergangen worden sind.

7.) Der Staat garantirt feierlich der Kirche den ungestörten Besitz ihres bisherigen Eigenthums - Rechts, ihrer Zehenten, Gülten, Güter, Kapitalien und sonstigen Realitäten.

Aber nicht in Worten, sondern in der That.

8.) Der Staat wird über Kirchen - Vermögen zu Gunsten eines dritten oder zu einem fremden Zwecke ohne kirchliche Beistimmung nicht disponiren. Ansprüche, die irgend eine Religions - Parthei, oder sonst jemand auf kirchliches Vermögen macht, sollen nur im rechtlichen Wege entschieden werden.

Der H. V. hätte diesen Vorschlag mit einigen Fakten erläutern sollen. Ohne diese ist er nicht ganz klar. Inzwischen darf man sich in den Diöcesen nur umsehen, so findet man Fälle genug, welche zeigen, wie willkürlich man mit diesem Gute verfahren ist. Man hat die Maxime aufgestellt und befolgt, das Grundvermögen der Kirche in einen Kapitalwerth umzusetzen, und diesen in die Staatskassen zu legen. Wie prekär dadurch jede Stiftung wurde, will ich nur berühren, und mich hiebei bloß auf die Geschichte des Tags, die den Stand der Noth und die Dürftigkeit der Kirchen bei einem starken Kapitalstocke, der aber nicht fließend ist, zeigt, berufen. Ich will hiebei nur das Schädliche bemerken, so dem Kirchengute zugeing. Erstens wurde dasselbe ein Spiel der Spekulanten, unter welchem die Administratoren und ihre Helfershelfer hervorragten. Jeder nahm sich, was ihm beliebte, und da alle Käufer in einer Verbindung mit einander standen, um die geringsten Preise. Hiebei wurde aber zweitens die Hälfte des wahren Werths für die Kirche noch verloren, dadurch, daß diese Güter in dem niedrigsten Preise käuflich losgeschlagen, und zu zweien

Drittheilen mit Staatspapieren, die kaum den halben Nennwerth hatten, bezahlt werden dürften. Drittens ist noch als positiv schädlich hinsichtlich der Kirchengüter zu betrachten der Zeitpunkt, zu welchem diese Veräußerung geschah, und die Art, wie sie vollzogen wurde. In der Mitte eines fürchterlich wüthenden Krieges, wo alle Völker tief gedrückt wurden, und Geldklemme von allen Seiten herrschte, wurde eine solche grofse Masse von Kirchengütern losgeschlagen, die dadurch in Unwerth kommen mußten. Das Eigenthum der Kirche, das unsere fromme Vorväter mit so edlem Patriotismus zur Erleichterung ihrer Nachkömmlinge zusammengebracht, mit so vieler Sorgfalt gepflegt, und uns hinterlassen hatten, ist beinahe vernichtet. Keine Vorstellungen von Seite der Kirchengenossen und Gemeinden konnte dieses Gut von einer so schädlichen Behandlungsweise retten. Nicht minder wurde dasselbe durch die so kostspielige Administration gedrückt. Die Centralisirung, die in einigen Staaten beliebt wurde, erforderte ein so zahlreiches, gut besoldetes Personal, dessen Unterhalt die Kräfte der Stiftungen weit überschreitet. Sieht man noch dazu

auf die oft zu interessirte Handlungsweise in der Administration; so kann man nicht ohne Grund vermuthen, wie viel dieß Vermögen durch geheime Manipulationen leiden müsse. Es wäre daher hoher Zeitpunkt, wenn der Willkühr, die man gegen dieses Gut bisher eintreten liefs, eine Gränze gesetzt, und dem Bischöfe sein natürlicher Einfluß auf diese Verwaltung wieder hergestellt würde. Es ist nur Gerechtigkeit, die der Staat gegen die Kirche ausübt, wenn er ihr die Sorge für die Verwaltung ihres Gutes, vorbehaltlich der Oberaufsicht, überläßt. — Ferner ist es auch hie und da geschehen, daß man ein im Streite zwischen Katholiken und Protestanten befangenes Kirchengut, ohne die rechtliche Entscheidung abzuwarten, dem einen oder dem andern Theile zusprach. Nach der Lage, in der sich dormalen die katholische Kirche befindet, traf der Nachtheil mehr die Katholiken als Protestanten. Auch in dieser Sache herrsche Gerechtigkeit. Nicht Begünstigung einer Religionsparthei vor der anderen, nicht ein Macht oder Kabinettspruch, sondern billige Richter aus beiden Religionspartheien gewählt, sollen entscheiden.

Möchte nun nach diesen Bemerkungen in Bezug auf diese Ideen des H. V. sich ein Resultat ergeben, wodurch das große Werk der Harmonie zwischen Staat und Kirche hergestellt, und jeder Gesellschaft ihre eigenthümlichen Rechte zugesichert würden. Der Staat kann nur gegründet auf die Basis der Religion und Moralität glücklich seyn, und die Kirche braucht zur Erhaltung ihres Friedens und zur Beförderung ihres Flores den Schutz des Staates. Unterdrückt der Staat die Kirche, so beraubt er sich selbst einer Stütze; und verläßt die Kirche den Staat, so gefährden Immoralität, Fanatismus seine Ruhe. Der Staat hat also Vorthelle von der Kirche, so wie diese vom Staate.

Zur Abänderung der Uebel, die dermalen die katholische Kirche in Deutschland drücken, war die Aufmerksamkeit von Europa eine Zeitlang auf die erlauchte Versammlung zu Wien gerichtet. Die Wünsche aller wahren Patrioten sind zwar nicht zernichtet, aber auch doch von dieser Seite her nicht befriediget worden. Was dort durch das eingetroffene politische Ereigniß gehindert worden ist, hofft man von der bald zu veranstalten-

den Versammlung in Frankfurt. Regiere der Allmächtige die Herzen unserer biedern deutschen Fürsten und ihrer weisen Minister! Die katholische Kirche erwartet von ihnen auch die Entscheidung ihrer Angelegenheiten. Das Oberhaupt derselben hat seinen Eifer und seine Anstrengungen, so wie seinen hohen Muth für den ihm anvertrauten Schafstall bewiesen, und dadurch gerechte Ansprüche auf Liebe und Anhänglichkeit von Seite aller Katholiken, seyen es Fürsten oder Unterthanen, und selbst Achtung von Seite der Protestanten sich erworben. Der Klerus von Deutschland hat sich während einer traurigen Epoche für ihn seit drei Lustern so betragen, daß er gleichfalls durch seine Treue und seinen Patriotismus, auch durch seinen unerschütterlichen Gehorsam sich aller Rücksicht würdig gemacht hat. Ganz Europa war bisher in Spannung, und man ist des ewigen Haders von Außen und Innen müde. Einigkeit und Friede ist der Wunsch, der sich allgemein ausspricht. Kann wohl dieser Friede erzielt werden, wenn nicht mehreren Millionen katholischer Bürger von Seite ihrer Fürsten Gewissensruhe und Religionsfreiheit verschafft wird? Schon soll sich, wahrscheinlichen

Nachrichten zu Folge, eine deutsche Regierung, derer Fürsten sich noch dazu zur katholischen Kirche nicht bekennen, wegen der katholischen Kirche in ihren Staaten in ein Konkordat mit dem päpstlichen Stuhle eingelassen haben, das seinem Abschlusse nahe ist, und sich durch Gerechtigkeit und Mäßigung auszeichnet. Es ist zu erwarten, daß, so wie auf dem Kongresse zu Wien, so sich auch auf dem demnächst zu Frankfurt abzuhaltenden einige päpstliche Gesandten einfinden dürften. Es ist zu wünschen, daß man es nicht übersehen möchte, auch zu den Verhandlungen einige Deputirte der deutsch katholischen Kirche beizuziehen; dann weiche aber der Dämon der Eifersucht, der einige und heilige Geist der Harmonie zwischen Haupt und Gliedern kehre ein, und gielse, wie ehemals über die Apostel in Gestalt feuriger Zungen seine Salbung aus! Es thut der Ezistenz und der Erhaltung der katholischen Kirche Noth. Alle Vorschläge, die gemacht werden wollen, werden zuvor in genaue Ueberlegung genommen, und weder auf Seite Roms, noch auf Seite der Bischöfe werde eine Bitte gestellt, noch eine Foderung gemacht, die einseitiges Interesse zum Zwecke

habe, oder die diese Vermuthung auch nur anregen könne. Ich kann es daher nicht billigen, wenn der H. V. zwei Punkte schon jetzt vorschiebt, die Rom vorzüglich beziehen soll, und die er in einem etwas schiefen Lichte darstellt, nämlich die Resuscitation des Iesuiten-Ordens und die gänzliche Herstellung der säcularisirten geistlichen Güter. Es sey mir erlaubt, auch meine Ansichten hierüber vorzulegen.

Nachdem die Pädagogik erst seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts einen eigenen Zweig an dem Baume der Wissenschaften getrieben, dieser auch vorzüglich kultivirt worden ist; so hat sich endlich aus dem Nimbus, welcher diese Sphäre umgab, und zerfloß, und nachdem Besonnenheit und richtige Ueberlegung die aufgethürmten Hypothesen zersträubte, herausgeworfen, daß unsere Erziehung, wenn sie auch in intellectueller Hinsicht etwas gewonnen hat, doch in moralischer bei allen diesen neuen Vorschlägen, Einrichtungen und Anstalten weit zurückgeblieben ist. Es ist nur eine Stimme Aller, die mit diesem Gegenstande vertraut

sind, und ihn unpartheiisch beurtheilen, daß dieser Gesichtspunkt eine besondere Rücksicht verdiene. Es war schon einmal der Zeitpunkt, wo das Uebergewicht in der öffentlichen Erziehung gestört war, und der sich revolutionair für die eine und unzertheilte christliche Kirche bewies. Um das gestörte Gleichgewicht einigermaßen wieder herzustellen, sah man es für zweckmässig an, auf die Erziehung einzuwirken. Verschiedene Männer von dem reinsten Geiste des Christenthums beseelt, vom apostolischen Eifer ergriffen verbanden sich, um dem verderblichen Zeitgeiste, den sie ganz wohl kannten, und richtig beurtheilten, entgegen zu arbeiten, dieses Geschäft zu übernehmen, und daß sie viel hierin in jeder Rücksicht geleistet haben, wird ihnen Jeder, selbst ihre Feinde, zugestehen. Wäre der Orden der Anhänger Lojola's seiner doppelten Hauptbestimmung, nämlich der christlichen Erziehung, im ganzen Umfange dieses Wortes, und der Verbreitung des christlichen Glaubens obzuliegen, getreu geblieben, die ganze Menschheit würde ihm viel Dank erweisen. Aber einige heterogene Zwecke, die sich einzelne Mitglieder vorsteckten, eine zu große Steif-

heit, mit welcher sie selbe verfolgten, wurden dem Orden verderblich. Es ist aber auch nur zu richtig, daß nicht allein die angegebenen Ursachen, die unter das Vergrößerungsglas gestellt, und nur zum Deckmantel genommen wurden, sondern daß es vielmehr jene geheime Gesellschaft war, die damals schon ihre Pläne zur Ecrasirung des Christenthums gemacht hatte, und welcher dieser Orden in Verfolgung ihrer Absichten entgegen stand, die ihm den tödtlichen Stofs beibrachte. *) In Anbetracht der großen Verdienste, die dieser Orden um die Erziehung hatte, und den wichtigen Gründen, die das Oberhaupt der Kirche überzeugen können, daß es zum Wohle des Staats und der Kirche sey, die Erziehung einem Orden wieder an-

*) Es ist auffallend, daß, wenn man alle Schriften, die gegen den Jesuiten - Orden erschienen sind, selbst die Geschichte dieses Ordens von Peter Wolf durchgeht, man kein einziges auffallendes Factum gegen ihn vollständig bewiesen findet. Nur Vermuthungen sind es, die zurückbleiben. In der Portugisischen Verschwörungsgeschichte gesteht dieß selbst Schroeck christliche Kirchengeschichte seit der Reformation. 6. Th. Leipzig, 1807.

zuvertrauen, finde ich den Wunsch nicht übertrieben, diesen beinahe erloschenen Orden wieder erweckt zu sehen. Bisher scheint sich der Papst hiebei dazu mehr leidend als thätig verhalten zu haben. Wo dieser Orden z. B. in Rußland, beiden Sicilien und dermalen in Spanien wieder hergestellt worden ist, ist es auf Antrag der Regierungen geschehen. An die deutschen Fürsten ist aber noch kein Antrag gemacht worden; und sollte die eine oder die andere derselben dieses Institut oder ein ähnliches wünschen, und in seine Staaten aufnehmen wollen, wer würde es hindern können? Sollte auch dieser Orden wieder resuscitirt werden, so ist vorauszusehen, daß seine Konstitution doch einer Verbesserung unterworfen werden würde, die ihn wenigstens auf lange Zeit ganz wohlthätig machen kann. Es kann daher nur aus einem Vorurtheile die nachtheilige Meinung, die man jetzt gegen ihn hegt, entspringen. Eben so wenig scheint es zu tadeln zu seyn, wenn der Papst auf der Restitution des säcularisirten Kirchenguts besteht. Einmal ist seine Einwilligung hiezu nothwendig, und da dieses Gut mit der Existenz der katholischen Kirche selbst zusammen hängt; so ist es ihm als dem Ober-

haupte der Kirche gar nicht zu verargen, wenn er sich die Erhaltung desselben angelegen seyn läßt. Nicht die Gerechtigkeit, nur das Recht des Stärkeren kann die imponirende Sprache führen: *Sic volo, sic jubeo*. Die Moral, die immer der einzige Leitfaden bei unseren Handlungen seyn sollte, fällt über solche Schritte ein anderes Urtheil. Erwägt man dabei noch, daß dem Papste sogar von der Nation selbst Rechte auf das Kirchengut eingeräumt waren, die ihm zwar faktisch aber nicht rechtlich entzogen werden können; so wird, wenn es wahr seyn sollte, was der H. V. behauptet, die Forderung desselben so ganz exorbitant nicht seyn. Ob der Papst, wenn er auch dieselbe macht, auf ihrer Realisirung bestehen werde, läßt sich kaum vermuthen, da er sich wahrscheinlich damit begnügen wird, wenn nebst den wesentlichen auch einige absolut nicht wesentliche, sondern nur nützliche Anstalten in dieser Kirche hergestellt werden, so, daß sie sich ihrer vorigen Gestalt wieder annähere. Das Wohl der Religion ist das oberste Gesetz. Bei einer Gelegenheit, wie diese ist, keine feste Sprache führen zu wollen, heißt die Kirche verrathen, und ihr Wohl

aufopfern. Hätte der Papst den Forderungen des vormaligen französischen Kaisers nachgegeben, was wäre aus der katholischen Kirche geworden? Oder was hat in Deutschland diese nachgiebige Sprache, die immer seit mehr als einem halben Jahrhunderte geführt wurde, genutzt? Sind nicht diese Stimmführer seit zehn Jahren geäfft, schnöde behandelt, und verachtet worden? Das Blut der Martyrer war der Saame des Christenthums. Nur Standhaftigkeit auf gerechten Forderungen kann die Kirche retten. Aber noch ist ein Punkt übrig, den ich allen erhabenen Regenten Deutschlands, allen weisen Männern der Nation, allen Bekennern des Christenthums, allen Freunden der Religion dringendst vorstelle. „Die „katholische Kirche in Deutschland ist, wie „im Detail gezeigt worden ist, in der traurigsten Lage. Wird ihr in den gegenwärtigen Verhältnissen nicht aufgeholfen, werden ihre Angelegenheiten gleichgültig behandelt, und etwa, wie auf dem Kongresse zu Wien, wieder in das Unbestimmte hinausgeschoben; so ist es bei dem Uebergewichte, welches jetzt der protestantische Theil hat, unvermeidlich, daß ihr Episcopat ganz erlöschen, ihre wenige, schon

„wankende Anstalten ganz zerfallen, und sie
„etwa in einer weniger günstigen Lage, als
„die griechische Kirche unter den Muselmännern seyn dürfte. Wer würde es aber bei
„der Zahl ihrer Bekenner, bei ihrem offen-
„bar rechtlichen Anspruche auf ihre Existenz
„verkennen können, daß ihr hohes Unrecht
„geschehe? Der ihr zugefügte Schade möch-
„te aber noch für Deutschland in Bezug auf
„das Ganze der weniger betrudende seyn;
„die Gefahr für das Christenthum, die sicher
„aus der Unterdrückung der katholischen Re-
„ligion und Kirche entspringen wird, ist
„weit bedeutender. Der Protestantismus hat
„sich bereits größtentheils seinen Dogmen
„nach in einen Rationalismus aufgelöst. Viele
„seiner Schriftsteller und selbst solche, die
„öffentliche Lehrstellen bekleiden, und sonst
„an Einflusvollen Stellen stehen, bekennen
„sich laut zu Grundsätzen, die Antipoden der
„positiv christlichen sind. Der Kultus die-
„ser Kirche wird selbst von weisen Regierun-
„gen als nicht ganz geeignet, Religiösität zu
„erzeugen, oder ihr dauerhafte Nahrung zu
„gegen, angesehen. Stephani *) hat schon

*) Stephani über die absolute Einheit der Kirche und des Staats. Würzburg, 1802.

„den Regierungen eine theophilantropinistische Kirche angepriesen. Brauer *) hat nachdrücklich die Gefahren geschildert, die die protestantische Kirche bei der Stimmung des großen Theils ihres gelehrten Standes habe, und dagegen gewarnt. Das Salz des Christenthums ist dermalen noch der reine Katholicismus. Obschon er auch diefs nicht mehr ist, was er ehemals war, obschon sich auch in seinem Schoosse eine Parthei erhoben, und ziemlich weit verbreitet hat, die theils angesteckt von einem falschen Rationalism, theils hingerissen von dem Schwindelgeiste einer irreligiösen Ungebundenheit, und abgeneigt aller strengen Sittenlehre nach blendender Freiheit schnaubt, so ist doch eine Grundessenz wahrer christlicher Religion bei dem edleren Theile ihrer Kirchenvorsteher, und bei dem größten Theile des gläubigen Volkes geblieben, und diese Kirche allein darf sich noch rühmen, mehr als jede andere wahre Religiosität und reine

*) Brauers Gedanken über Protestantismus, und dessen Einfluss auf die Rechte der Kirchengewalt und der Religionslehrer. Carlsruhe, 1802.

„Tugend zu haben. Verschwindet diese, und
 „mit ihr der Katholicismus, so wird das üb-
 „rige confessionelle Christenthum einem Kar-
 „tenhause gleichen, welches der Hauch eines
 „Knaben einstürzt. Nur die christliche Re-
 „ligion ist diejenige, die durch eine Erfah-
 „rung seit mehr als achtzehn Jahrhunderten
 „sich als wahrhaft beglückend für die Mensch-
 „heit bewiesen hat. Was waren die Steppen
 „Germaniens und des ganzen Nordens, ehe
 „die christliche Religion in denselben sie-
 „gend wurde? Was sind die ehemals blüh-
 „endsten und reichsten Provinzen Asiens, seit-
 „dem die christliche Religion in demselben
 „unterdrückt ist? Und sind sie nicht das,
 „was sie noch sind, nur durch die christ-
 „liche Religion? Die Wanderungen des
 „christlichen Glaubens weiset die Welt - und
 „Kirchengeschichte nach. Die Zeichen der
 „Zeit prognostizieren sie. Regenten, wer-
 „det ihr hiebei etwas gewinnen? Bei einer
 „solchen Veränderung müssen sich nothwen-
 „digerweise die Bande der bürgerlichen Ge-
 „sellschaft lösen, die Grundpfeiler des Staats
 „— Religion und Moralität — werden aus-
 „gehoben, das Bürgerglück geht zu Grund.
 „Seht auf die Staaten des Alterthums zurück --

„*et nunc reges intelligite* — Völkerstämme
„Deutschlands! Habt ihr euch je besser
„befunden, als unter der Aegyde der christ-
„lichen Religion? Euere Vorväter, ehe sie
„diese kannten, was waren Sie? Eine zwar
„kraftvolle, aber keine glückliche Nation.
„Mit dem Wachsthum des Christenthums
„wuchs Ruhe, Zufriedenheit, Kultur, innere
„Stärke, äußeres Ansehen und Glück. Ohne
„christliche Religion werdet ihr euch isoli-
„ren, dann wird euer Boden mit Unkraut
„und Wäldern bedeckt werden; die Väter eu-
„rer Stämme werden verschwinden, Kultur
„und Industrie, so wie die heilige Christus-
„lehre wird aufhören, und euch nicht mehr
„einigen; ihr werdet dann als ein irreligiöses,
„verachtetes Volk in euere Wälder zurück-
„treten, und zu eueren alten verächtlichen
„Bildern ohne Idee, und die nur einen dürf-
„tigen Sinn gewähren, zurückkehren. — Doch
„den Blick hinweg von diesem Gemälde! —
„Mit dem Verfasser der Apologie des dog-
„matischen Protestantismus rufe ich
„Allen zu: „Rückkehre zu unseren
„Herrn und Meister, den wir alle
„verläugnet haben durch Wort und
„That! Unter seinen Auspicien — am

„Fufse seines Kreuzes wollen wir al-
„le — Katholiken und Protestanten —
„uns einander versöhnt die Hände
„reichen, und, womöglich, bei dieser
„Gelegenheit die Barriere, die zwi-
„schen uns ist, ausheben, und in ei-
„nen Schafstall zurückkehren, und
„Christen im ächten und schönsten
„Sinne des Worts seyn.“ *) Nur dann
„leuchtet hiezu ein Strahl der Hoffnung,
„wenn auch die katholische Kirche eine ge-
„setzmäßige Verfassung wieder erhalten, und
„den übrigen Reichskirchen gleichgestellt seyn
„wird.

Quod est in votis.

*) Fabricius Apologie des dogmatischen Protestantismus.
Stuttgard, 1814.

Bayerische
Staatsbibliothek
MÜNCHEN

BEIER
chen 8
herstr. 10

Frey, Franz Andreas,

Bemerkungen zu der Schrift: Ideen zu der Organisation der deutschen Kirche
ein Beitrag zum künftigen Konkordate (Frankfurt am Main, 1814)

Germanien [i.e. Bamberg] 1815

J.can.p. 1213 p

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10547474-6